

Kulturstatistiken



Kulturindikatoren auf einen Blick

Ein Ländervergleich

Ausgabe 2024

Kulturstatistiken

Kulturindikatoren auf einen Blick

Ein Ländervergleich

Ausgabe 2024

Impressum

Herausgegeben von:

Statistische Ämter des Bundes und der Länder

Herstellung und Redaktion:

Hessisches Statistisches Landesamt

Rheinstraße 35/37

65185 Wiesbaden

Telefon: 0611 3802-0

E-Mail: info@statistik.hessen.de

Internet: <https://statistik.hessen.de>

Fachliche Informationen zu dieser Veröffentlichung:

Hessisches Statistisches Landesamt

Referat Bildung, Kultur

Telefon: 0611 3802-335

E-Mail: kultur@statistik.hessen.de

Erscheinungsfolge: zweijährlich

Erschienen im Dezember 2024

Kostenfreier Download im Internet:

<https://www.statistikportal.de/de/veroeffentlichungen/kulturindikatoren-auf-einen-blick>

Fotorechte:

© Statistische Ämter des Bundes und der Länder

Umschlag: Sommer Szene, Malstatt: Compagnie Albédo „Fool Foule“

Foto: Iris Maurer

© Hessisches Statistisches Landesamt, Wiesbaden, 2024

(im Auftrag der Herausbergemeinschaft)

Vervielfältigung und Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet.

Hinweise für die Leserinnen und Leser

In den jeweiligen Kapiteln dieser Publikation werden die einzelnen Indikatoren auf einer Doppelseite vorgestellt. Die Darstellung der Indikatoren erfolgt in textlicher Form mit den wichtigsten Ergebnissen und Hintergrundinformationen sowie mit zwei farblich hervorgehobenen Informationskästen zur Indikatorbeschreibung und für methodische Hinweise. Zur besseren Veranschaulichung wird darüber hinaus für jeden Indikator eine Tabelle sowie eine anschauliche Grafik dargestellt.

Die Tabellen und Grafiken sind grundsätzlich nach Ländern aufgebaut – in der Tabelle nach alphabetischer Reihenfolge und in der Grafik nach Rangfolge der Länderergebnisse. Bei anderer räumlicher Einteilung (z. B. nach Ländergruppen) wird die abweichende Gliederung des Tabellen- und Grafikaufbaus gesondert in der Überschrift aufgeführt. Die Tabellen beinhalten in der Regel zu ausgewählten Jahren sowohl absolute Werte als auch berechnete Indikatorwerte. Die Grafiken stellen die Ergebnisse des räumlichen Vergleichs im jeweils aktuellsten Berichtsjahr dar. Quelle der Grafiken und Tabellen ist, soweit nicht anders angegeben: Statistische Ämter des Bundes und der Länder.

Zu den im Text mit blauem „G“ gekennzeichneten Sachverhalten sind Zusatzinformationen vorhanden, die aufgrund ihres Umfangs nicht in den Text eingefügt werden können und somit in den Glossarteil am Ende der Publikation aufgenommen wurden. Bei den meisten Indikatoren werden absolute Werte auf die Bevölkerungszahl der Länder bezogen. Aus redaktionellen Gründen ist die Grundlage der Bevölkerungszahl die Bevölkerungsfortschreibung auf Basis des Zensus 2011. Um ein übermäßiges Wiederholen von Bevölkerungsdaten in den Tabellen zu vermeiden, sind diese für den Zeitraum 2012 bis 2023 im Anhang enthalten. Zu einigen Indikatoren gibt es ergänzende Daten, die in Tabellenform nicht im Hauptteil dargestellt werden können und somit ebenfalls im Anhang zu finden sind.

In dieser Veröffentlichung wird für die Bezeichnung „Bundesländer“ auch der im Grundgesetz vorgesehene Begriff „Länder“ verwendet. Beim Nachweis „westdeutsche Länder“ bzw. „ostdeutsche Länder“ in den Texten und Tabellen ist der Stadtstaat Berlin, wenn nicht anders angegeben, im Aggregat „ostdeutsche Länder“ mit enthalten.

Zeichenerklärungen

—	= Genau Null oder auf Null geändert (nichts vorhanden) bzw. keine Veränderung
.	= Zahlenwert unbekannt
x	= Tabellenfeld gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll
()	= Aussagewert eingeschränkt, da der Zahlenwert statistisch unsicher ist

Abkürzungsverzeichnis

ARD	Arbeitsgemeinschaft der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten der Bundesrepublik Deutschland
bspw.	beispielsweise
bzw.	beziehungsweise
CD	compact disc (englisch)
DVD	digital versatile disc (englisch)
EU	Europäische Union
G	Glossar (siehe Hinweise für die Leserinnen und Leser)
e. V.	eingetragener Verein
einschl.	einschließlich
inkl.	inklusive
Kap.	Kapitel
PC	Personalcomputer
TV	Television (englisch)
u. a.	unter anderem
usw.	und so weiter
vgl.	vergleiche
z. B.	zum Beispiel
z. T.	zum Teil
ZDF	Zweites Deutsches Fernsehen

Inhaltsverzeichnis

Hinweise für die Leserinnen und Leser	4
Zusammenfassung der wichtigsten Ergebnisse	6
Einleitung	12
I. Indikatoren zur Sparte Musik	
I.1 Anzahl der Orchester und Orchestermitglieder (Spielzeit 2021/2022)	16
I.2 Konzertbesuche von öffentlich finanzierten Orchestern je 1000 Einwohnerinnen und Einwohner (Spielzeit 2021/2022)	18
I.3 Anteil der Schülerinnen und Schüler in öffentlichen Musikschulen an der Bevölkerung nach Altersgruppen (2022)	20
II. Indikatoren zur Sparte Bibliotheken, Museen und Archive	
II.1 Anzahl der Bibliotheken je 100 000 Einwohnerinnen und Einwohner (2023)	24
II.2 Entleihungen und Besuche in Bibliotheken je Einwohnerin und Einwohner (2023)	26
II.3 Anzahl der Museen je 100 000 Einwohnerinnen und Einwohner (2022)	28
II.4 Museumsbesuche je Einwohnerin und Einwohner (2022)	30
II.5 Anzahl der Staatlichen Archive des Bundes und der Länder und Umfang an Archivalien (2023)	32
III. Indikatoren zur Sparte Baukultur, Denkmalschutz und Denkmalpflege	
III.1 Öffentliche Ausgaben für Denkmalschutz und Denkmalpflege je Einwohnerin und Einwohner (2021)	36
III.2 Anzahl der Architektinnen und Architekten sowie Stadtplanerinnen und Stadtplaner (2024)	38
IV. Indikatoren zur Sparte Film, Fernsehen und Hörfunk	
IV.1 Kinos je 100 000 Einwohnerinnen und Einwohner (2023)	42
IV.2 Kinobesuche je Einwohnerin und Einwohner (2023)	44
IV.3 Kulturangebot der öffentlich-rechtlichen Fernseh- und Radioprogramme (2023)	46
V. Indikatoren zur Sparte Darstellende Kunst und Tanz	
V.1 Anzahl der Sitzplätze in öffentlichen Theatern je 1000 Einwohnerinnen und Einwohner (Spielzeit 2021/2022)	50
V.2 Theaterbesuche je 1000 Einwohnerinnen und Einwohner (Spielzeit 2021/2022)	52
VI. Indikatoren zur Sparte Literatur und Presse	
VI.1 Erstauflagen von Büchern je 10 000 Einwohnerinnen und Einwohner (2023)	56
VI.2 Verkaufte Tagesauflagen von lokalen und regionalen Abonnementzeitungen je 1000 Einwohnerinnen und Einwohner (2023)	58
VII. Kulturelle Aus- und Weiterbildung und Kulturarbeitsmarkt	
VII.1 Belegungen von künstlerischen Fächern je Schülerin und Schüler in der gymnasialen Oberstufe an allgemeinbildenden Schulen (Schuljahr 2022/2023)	62
VII.2 Anteil der Bildungsausländerinnen und -ausländer an den Erstsemestern in der Fächergruppe „Kunst, Kunstwissenschaft“ (2023)	64
VII.3 Betreuungsrelation in der Fächergruppe „Kunst, Kunstwissenschaft“ an den Hochschulen (2022)	66
VII.4 Anteil der Hochschulabsolventinnen und -absolventen eines Erststudiums der Fächergruppe „Kunst, Kunstwissenschaft“ (2022)	68
VII.5 Belegungen von Volkshochschulkursen des Programmbereichs „Kultur, Gestalten“ je 100 000 Einwohnerinnen und Einwohner (2022)	70
VII.6 Anteil der Kulturberufe an allen neu abgeschlossenen Ausbildungsverträgen (2023)	72
VII.7 Anteil der Erwerbstätigen in Kulturberufen (2023)	74
VII.8 Versicherte in der Künstlersozialkasse je 10 000 Einwohnerinnen und Einwohner (2024)	76
VII.9 Durchschnittlicher Bruttostundenverdienst in Kulturberufen (2023)	78
VIII. Öffentliche und private Kulturausgaben	
VIII.1 Öffentliche Ausgaben für Kultur je Einwohnerin und Einwohner (2021)	82
VIII.2 Ausgaben der privaten Haushalte für ausgewählte Kulturgüter (2022)	84
IX. Ausstattung privater Haushalte mit Unterhaltungselektronik, Informations- und Kommunikationstechnik	
IX.1 Ausstattungsgrad privater Haushalte mit Geräten der Unterhaltungselektronik (2022)	88
IX.2 Ausstattungsgrad privater Haushalte mit Internetanschluss und Personalcomputer (2022)	90
Tabellenanhang	93
Glossar	100
Verwendete Datenquellen außerhalb der amtlichen Statistik	104
Literatur aus dem Projekt „Bundesweite Kulturstatistik“	105
Projektbearbeitung	106
Adressen der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder	107

Zusammenfassung der wichtigsten Ergebnisse

Vorbemerkung

In diesem Kapitel werden interessante Einzelergebnisse festgehalten. Im Fokus der Zusammenfassung stehen der Deutschlandwert, die höchsten Werte der einzelnen Länder sowie sonstige länderspezifische Auffälligkeiten. Für Deutschland wird, soweit möglich, eine zeitliche Entwicklung der Kennzahlen berücksichtigt.

I. Indikatoren zur Sparte Musik

Bundesweit 2,2 Millionen Besuche bei rund 6 730 dargebotenen Konzerten

Der Deutsche Bühnenverein erhebt jährlich Daten von öffentlichen Theatern, Konzert- und Theaterorchestern, Privattheatern und Festspielen zu zahlreichen Merkmalen. In der Spielzeit 2021/2022 musizierten 8 970 Mitglieder in 118 öffentlich finanzierten Orchestern. Weiterhin wurden 6 730 Konzerte durch öffentlich finanzierte Orchester dargeboten. Für diese Konzerte wurden 2,2 Millionen Besuche gezählt. Auch wenn die Spielzeit 2021/2022 die erste Spielzeit nach dem Ende der pandemiebedingten Beschränkungen war, war die zögerliche Rückkehr der Menschen in das öffentliche Leben noch deutlich an den Zahlen ablesbar. Für die Spielzeit 2021/2022 bedeutete das gegenüber der Spielzeit 2018/2019 einen Rückgang der Konzerte um 29,0 % und der Besuche um 60,4 %. Bezogen auf die Bevölkerungszahl kamen in der Spielzeit 2021/2022 in Deutschland auf 1 000 Einwohnerinnen und Einwohner 26,2 Konzertbesuche. Berlin wies mit 77,2 Besuchen den Spitzenwert für diesen Indikator auf, gefolgt von Bremen mit 59,7 und Hamburg mit 51,8 Konzertbesuchen je 1 000 Einwohnerinnen und Einwohner.

83,0 % der unterrichteten Personen an einer öffentlichen Musikschule waren jünger als 19 Jahre

Der Verband deutscher Musikschulen (VdM) stellt jährlich Daten zum öffentlichen Musikschulwesen zusammen. Im Jahr 2022 wurden in Deutschland 1,5 Millionen Schülerinnen und Schüler an 933 öffentlichen Musikschulen unterrichtet. Mit 1,2 Millionen war der überwiegende Anteil von ihnen zu diesem Zeitpunkt unter 19 Jahre alt. Bezogen auf die Bevölkerung gleichen Alters lag der Anteil der Lernenden an öffentlichen Musikschulen bis 19 Jahre bundesweit bei 8,1 %, 2021 waren es 7,7 %. Unter den Ländern besaß Baden-Württemberg den größten Anteil an Schülerinnen und Schüler an öffentlichen Musikschulen (12,6 %). Mit etwas Abstand folgten Nordrhein-Westfalen (8,7 %) und Brandenburg (8,4 %).

II. Indikatoren zur Sparte Bibliotheken, Museen und Archive

166 Millionen Bibliotheksbesuche im Jahr 2023

Das Deutsche Hochschulbibliothekszentrum (hbz) veröffentlicht jährlich die Deutsche Bibliotheksstatistik (DBS). Für das Jahr 2023 meldeten die deutschen Bibliotheken insgesamt 8 860 Standorte der Öffentlichen und wissenschaftlichen Bibliotheken in Deutschland. Im selben Jahr wurden die Bibliotheken bundesweit 165,7 Millionen Mal besucht. Somit kamen auf jede Einwohnerin und jeden Einwohner durchschnittlich 2,0 physische Besuche. Die Rangfolge der Länder wird von Berlin (2,9 Besuche je Einwohnerin und Einwohner), Hamburg und Bayern (jeweils 2,8) angeführt.

In den Öffentlichen Bibliotheken wurden überdies bundesweit 311,8 Millionen Entleihungen von physischen oder digitalen Medien gemeldet. Damit entlieh im Bundesdurchschnitt jede Einwohnerin oder jeder Einwohner 3,7 Medien im Jahr 2023. Die meisten physischen Entleihungen in den Öffentlichen Bibliotheken je Einwohnerin und Einwohner gab es in Hamburg mit 5,2, in Sachsen mit 4,4 und in Baden-Württemberg mit 4,2. Der Bundesdurchschnitt lag bei 3,1 entliehenen physischen Medien. Auch bei den digitalen Entleihungen in den Öffentlichen Bibliotheken lag Hamburg bezogen auf die Bevölkerungszahlen mit durchschnittlich 1,0 Entleihungen je Einwohnerin und Einwohner an der Spitze der Rangfolge und damit über dem Bundesdurchschnitt von 0,6. Die wissenschaftlichen Bibliotheken meldeten für 2023 rund 37,7 Millionen physische Entleihungen. Das waren durchschnittlich 0,4 physische Entleihungen je Einwohnerin und Einwohner. Hier gab es in den beiden Stadtstaaten Berlin mit 1,6 und Bremen mit 1,2 die meisten Entleihungen je Einwohnerin und Einwohner, gefolgt von Hessen mit 0,6.

Besuchszahlen der Museen haben sich 2022 gegenüber dem Vorjahr mehr als verdoppelt

Das Institut für Museumsforschung (IfM) führt jährlich eine statistische Gesamterhebung unter den deutschen Museen durch. Für das Jahr 2022 zählte das IfM insgesamt 6 810 Museen in Deutschland. Vor allem in den süddeutschen Bundesländern befinden sich viele Museen: Bayern und Baden-Württemberg sind die einzigen beiden Bundesländer, in denen jeweils über 1 000 Museen im Berichtszeitraum gezählt wurden.

Die Museen, die Angaben zu den Besuchszahlen machten, meldeten für das Jahr 2022 zusammen 81,4 Millionen Museumsbesuche. Damit hat sich die Zahl gegenüber dem Jahr 2021, in dem es pandemiebedingte Einschränkungen gab, mit 38,8 Millionen Besuchen mehr als verdoppelt. Bezogen auf die Bevölkerungszahlen ging jede Einwohnerin und jeder Einwohner 2022 durchschnittlich 1,0 Mal in ein Museum. Der Stadtstaat Berlin nimmt mit 3,8 Besuchen je Einwohnerin und Einwohner den Spitzenplatz ein.

79 Archive des Bundes und der Länder verwalteten insgesamt 2,0 Millionen laufende Meter Schriftgut

Die Kennzahlen zu den Staatlichen Archiven werden von den Archivverwaltungen der Länder und des Bundes im Rahmen der Zusammenarbeit der Konferenz der Leiterinnen und Leiter der Archivverwaltungen des Bundes und der Länder (KLA) und des Statistischen Bundesamtes zusammengetragen. Im Jahr 2023 gab es in Deutschland 79 Standorte Staatlicher Archive. 21 Standorte davon gehören zu den Staatlichen Archiven des Bundes. Die übrigen 58 Standorte verteilten sich auf die Archive der Länder. Die meisten Archivstandorte befanden sich in Bayern (9) und Baden-Württemberg (8).

Der Umfang des Archivmaterials belief sich im Jahr 2023 auf 2,0 Millionen laufende Meter. Die Archivalien wurden von insgesamt 90 290 Nutzerinnen und Nutzern vor Ort (Benutzungstage) eingesehen und verwendet. Werden die Benutzungstage der Staatlichen Archive der Länder auf die jeweiligen Bevölkerungszahlen bezogen, ist ein regionaler Vergleich möglich. Der Stadtstaat Bremen (51,4 Benutzungstage je 10 000 Einwohnerinnen und Einwohner) lag klar an der Spitze der Länderrangliste, gefolgt von Hamburg (23,9) und Thüringen (16,5).

III. Indikatoren zur Sparte Baukultur, Denkmalschutz und Denkmalpflege

Öffentliche Ausgaben für Denkmalschutz und Denkmalpflege 2021 gegenüber 2011 um 39 % gestiegen

Die öffentlichen Ausgaben für Denkmalschutz und Denkmalpflege stiegen zwischen den Jahren 2011 und 2021 von 531,0 Millionen Euro auf 739,0 Millionen Euro an. Zuletzt kamen auf jede Einwohnerin und jeden Einwohner rund 8,88 Euro, die für die Pflege und den Erhalt von Denkmälern durch die öffentlichen Haushalte aufgewendet wurden. Der Kulturfinanzstatistik ist weiterhin zu entnehmen, dass mit 41,7 % der größte Teil der Ausgaben für Denkmalschutz und Denkmalpflege von den Ländern (307,8 Millionen Euro) aufgebracht wurde, gefolgt von den Gemeinden mit 31,7 % (234,3 Millionen Euro). Auf den Bund entfielen 26,6 % der Ausgaben (196,9 Millionen Euro). Die Ausgaben des Bundes haben sich von 82,1 Millionen Euro im Jahr 2011 auf 196,9 Millionen Euro im Jahr 2021 mehr als verdoppelt.

Im Vergleich der Länderausgaben (einschließlich Gemeinden) des Indikators „Öffentliche Ausgaben für Denkmalschutz und Denkmalpflege je Einwohnerin und Einwohner“ zeigte sich, dass von Thüringen mit 19,60 Euro am meisten je Einwohnerin und Einwohner in diesem Kulturbereich aufgewendet wurde, gefolgt von Sachsen mit 14,12 Euro und Sachsen-Anhalt mit 14,07 Euro je Einwohnerin und Einwohner.

Architektendichte in Deutschland bei 1,7 Architektinnen und Architekten je 1 000 Einwohnerinnen und Einwohner

Die Bundeskammerstatistik der Bundesarchitektenkammer zählte zum Stichtag 1. Januar 2024 insgesamt 142 220 Architektinnen und Architekten sowie Stadtplanerinnen und Stadtplaner in Deutschland. Die meisten wurden in Nordrhein-Westfalen (32 390), die wenigsten in Mecklenburg-Vorpommern (870) gezählt. Wird die Anzahl der Architektinnen und Architekten sowie der Stadtplanerinnen und Stadtplaner auf die Bevölkerungszahl bezogen, ergibt sich eine durchschnittliche Dichte von 1,7 Architektinnen und Architekten je 1 000 Einwohnerinnen und Einwohner in Deutschland. In der Länderrangfolge belegten die Stadtstaaten Hamburg (3,0) und Berlin (2,7) die ersten beiden Plätze, gefolgt von Baden-Württemberg (2,4).

IV. Indikatoren zur Sparte Film, Fernsehen und Hörfunk

Knapp ein Viertel mehr Kinobesuche in 2023 als im Vorjahr

Die Filmförderungsanstalt (FFA) stellt jährlich Kennzahlen zu den Kinos, Leinwänden (Kinosäle) und Filmbesuchen in Deutschland zur Verfügung. Für das Jahr 2023 zählte die FFA insgesamt 1 740 Kinospielestätten und 4 900 Leinwände. Diese Kinos wurden insgesamt 95,7 Millionen Mal besucht. Im Vergleich zum Vorjahr entspricht dies einer Steigerung von 17,7 Millionen Besuchen bzw. 22,7 %. Bezogen auf die Bevölkerungszahl in Deutschland entfielen auf jede Einwohnerin und jeden Einwohner im Jahr 2023 durchschnittlich 1,1 Kinobesuche. Beim Ländervergleich des Indikatorwerts „Kinobesuche je Einwohnerin und Einwohner“ nahmen die Stadtstaaten Berlin, Bremen und Hamburg bei den Kinobesuchen eine überdurchschnittliche Stellung ein. Berlin und Bremen lagen mit 2,2 und 2,0 Kinobesuchen je Einwohnerin und Einwohner auf den ersten beiden Plätzen der Rangliste, gefolgt von Hamburg mit 1,8.

Ressort „Kultur und Wissenschaft“ nahm 2023 rund 8 % der Sendezeit der Dritten Fernsehprogramme ein

Im gesamten Ersten Fernsehprogramm nahm im Jahr 2023 das Ressort „Kultur und Wissenschaft“ rund 97 Stunden bzw. einen Anteil von 1,1 % der Gesamtsendezeit ein. Die Sendezeit des Ressorts „Musik“ war mit insgesamt rund 9 Stunden bzw. einem Anteil von 0,1 % der Gesamtsendezeit deutlich geringer. Die einzig eindeutig kulturrelevante Kategorie des ZDF „Konzert- und Bühnendarbietung“ machte 2023 mit etwa 20 Stunden 0,2 % am gesamten ZDF-Programm aus. Beim Fernsehprogramm der neun Landesrundfunkanstalten in Deutschland entfielen im Jahr 2023 zusammen rund 5 370 Sendestunden auf das Ressort „Kultur und Wissenschaft“ und rund 540 Stunden auf das Ressort „Musik“. Bezogen auf die Gesamtsendezeit entspricht dies einem Anteil von 7,8 % für „Kultur und Wissenschaft“ und 0,8 % für „Musik“.

V. Indikatoren zur Sparte Darstellende Kunst und Tanz

Deutlicher Anstieg der Theaterbesuche in der Spielzeit 2021/2022

Die Theaterstatistik des Deutschen Bühnenvereins enthält Daten zu den Besuchen der verschiedenen Theaterformen und -gattungen. Für die Spielzeit 2021/2022 wurden in den öffentlichen und privaten Theatern insgesamt 11,6 Millionen Besuche gezählt. Gegenüber der Spielzeit 2020/2021 (3,0 Millionen Besuche), die noch stark von der Corona-Pandemie geprägt war, stieg die Zahl der Theaterbesuche um rund das Dreifache an. Die höchsten Besuchszahlen gab es in der Spielzeit 2021/2022 mit 2,1 Millionen in Nordrhein-Westfalen, gefolgt von Berlin mit 1,6 Millionen Theaterbesuchen sowie Baden-Württemberg und Bayern mit jeweils 1,5 Millionen Theaterbesuchen.

Bei der Kennzahl „Theaterbesuche je 1 000 Einwohnerinnen und Einwohner“ ergab sich für die Spielzeit 2021/2022 ein Indikatorwert von 137. Hamburg nahm mit einem Indikatorwert von 514 dabei den Spitzenplatz in der Länderrangliste ein. Der Hansestadt folgten die weiteren Stadtstaaten Berlin mit 415 und Bremen mit 227.

VI. Indikatoren zur Sparte Literatur und Presse

Rund 7 Erstauflagen von Büchern je 10 000 Einwohnerinnen und Einwohner

Deutschlands Verlage und Institutionen brachten im Jahr 2023 insgesamt 60 230 Erstauflagen auf den Markt. Im Jahr 2018 lag die Anzahl der veröffentlichten Erstauflagen in Deutschland noch bei 71 550 Titeln. Damit ging die Zahl in den vergangenen fünf Jahren um 11 320 Titel bzw. 15,8 % zurück.

Bezogen auf die Bevölkerungszahl reduzierte sich dementsprechend der Indikatorwert in diesem Zeitraum von 8,6 Erstauflagen je 10 000 Einwohnerinnen und Einwohner im Jahr 2018 auf 7,1 Erstauflagen im Jahr 2023. Werden die Erstauflagen den Ländern nach dem Verlagssitz zugeordnet, erreichen bei der Kennzahl „Erstauflagen von Büchern je 10 000 Einwohnerinnen und Einwohner“ Hamburg und Berlin mit 28,6 bzw. 22,4 die mit Abstand höchsten Werte.

Im zweiten Quartal 2023 wurden 8,9 Millionen Exemplare von Abonnementzeitungen pro Erscheinungstag verkauft

Die Daten zur verkauften Auflagenhöhe von Tageszeitungen beruhen auf statistischen Auswertungen der Zeitungsmarktforschung Gesellschaft der deutschen Zeitungen (ZMG) bzw. der Informationsgemeinschaft zur Feststellung der Verbreitung von Werbeträgern (IVW). Im zweiten Quartal des Jahres 2023 wurden pro Erscheinungstag 10,9 Millionen Exemplare von 320 Tageszeitungen in Deutschland verkauft. Davon entfielen 8,9 Millionen auf den Absatz von 309 lokalen und regionalen Abonnementzeitungen.

Die regionale Zuordnung der Zeitungen erfolgt ausschließlich nach dem Erscheinungsort. Im Ländervergleich der Auflagenhöhe je 1 000 Einwohnerinnen und Einwohner erzielte der Stadtstaat Bremen mit 205 Exemplaren einen Spitzenwert, gefolgt von Baden-Württemberg mit 130 Exemplaren und Mecklenburg-Vorpommern mit 124 Exemplaren je 1 000 Einwohnerinnen und Einwohner.

VII. Indikatoren zur kulturellen Ausbildung, Weiterbildung und dem Kulturarbeitsmarkt

Leichter Rückgang der Belegungszahlen künstlerischer Fächer im Schuljahr 2022/2023 gegenüber Vorjahr

Die Kultusministerkonferenz (KMK) sammelt Länderdaten zur Belegung von Kursen in der gymnasialen Oberstufe (Qualifikationsphasen I und II) der Integrierten Gesamtschulen und Gymnasien. Im Schuljahr 2022/2023 wurden bundesweit 548 260 Belegungen von künstlerischen Fächern wie „Musik“, „Kunst“, „Literatur“ oder ähnliche Fächer gezählt. Bezogen auf die Anzahl der Schülerinnen und Schüler ergab sich für Deutschland ein Indikatorwert von 1,0. Somit belegten jede Schülerin und jeder Schüler durchschnittlich einen Kurs in einem künstlerischen Fach. Dieser Wert ist im Zehnjahresvergleich (Schuljahr 2012/2013: 0,9 Belegungen je Schülerin und Schüler) leicht angestiegen. Kurse im Bereich „Kunst, Gestaltung, Werken“ wurden im Schuljahr 2022/2023 etwa doppelt so häufig belegt wie im Bereich „Musik“.

Durchschnittlich standen 11 Studierende der Fächergruppe „Kunst, Kunstwissenschaft“ einer Lehrperson gegenüber

An Deutschlands Hochschulen standen im Wintersemester 2022/2023 in der Fächergruppe „Kunst, Kunstwissenschaft“ 101 100 Studierenden insgesamt 21 170 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des wissenschaftlichen und künstlerischen Personals gegenüber. Ein Indikator zur Messung der Studienbedingungen und der Ausbildungsqualität stellt die Betreuungsrelation als Verhältnis der Studierenden zum wissenschaftlichen und künstlerischen Personal in Vollzeitäquivalenten dar. Für das Jahr 2022 errechnete sich bundesweit ein Wert von 11,3 Studierenden je Beschäftigte oder Beschäftigten. Die Betreuungsrelation in Deutschland über alle Fächergruppen hinweg lag 2022 bei 12,0 Studierenden je Beschäftigte oder Beschäftigten. Der Ländervergleich des Indikators zeigt, dass im Jahr 2022 die Flächenländer Mecklenburg-Vorpommern (5,8), Sachsen (8,0) und Schleswig-Holstein (8,4) die günstigsten Betreuungsrelationen für die Studierenden der Fächergruppe „Kunst, Kunstwissenschaft“ boten.

Von den insgesamt 301 260 Absolventinnen und Absolventen eines Erststudiums an Deutschlands Hochschulen im Jahr 2022 gehörten 9 990 bzw. 3,3 % zur Fächergruppe „Kunst, Kunstwissenschaft“. Der Frauenanteil in dieser Fächergruppe lag bei 65,0 %.

Anstieg der Belegungen im Programmbereich „Kultur und Gestalten“ im Jahr 2022 um rund drei Viertel gegenüber dem Vorjahr

Statistiken zum Volkshochschulwesen werden jährlich durch das Deutsche Institut für Erwachsenenbildung (DIE) in der Publikation „Volkshochschul-Statistik“ veröffentlicht. Im Jahr 2022 wurden an 826 von insgesamt 845 Volkshochschulen (VHS) in Deutschland 584 980 Kursbelegungen im Programmbereich „Kultur, Gestalten“ gezählt. Das sind 75,6 % Belegungen mehr als im Jahr 2021. Auf 100 000 Einwohnerinnen und Einwohner kamen im Jahr 2022 rund 693 Kursbelegungen. Mit 80,5 % nahmen vor allem Frauen im Jahr 2022 die Angebote der Volkshochschulen im Programmbereich „Kultur, Gestalten“ in Anspruch. Im Ländervergleich des Indikatorwertes bildeten Baden-Württemberg (1 160 Belegungen je 100 000 Einwohnerinnen und Einwohner), Bayern (1 133) und Hamburg (1 049) die Spitzengruppe.

Mehr Frauen als Männer in neu abgeschlossenen kulturspezifischen Ausbildungsberufen vertreten

Im Jahr 2023 zählte die Berufsbildungsstatistik insgesamt 479 790 neu abgeschlossene Ausbildungsverträge. Einen kulturspezifischen Beruf begannen 9 760 Personen, was 2,0 % aller Neuabschlüsse entspricht. Von allen neu abgeschlossenen Ausbildungsverträgen der Berufsbildungsstatistik waren 63,9 % männliche Auszubildende und 36,1 % weibliche Auszubildende. Bei den kulturspezifischen Berufen hingegen war das Geschlechterverhältnis umgekehrt: Hier waren Frauen mit 59,3 % etwas häufiger vertreten als Männer mit 40,7 %. Im Ländervergleich wiesen die Stadtstaaten Berlin (4,4 %), Hamburg (3,9 %) und Bremen (2,4 %) die höchsten Anteilswerte bei den Neuabschlüssen in Kulturberufen auf.

1,3 Millionen Erwerbstätige in Kulturberufen

Beim jährlichen Mikrozensus der Statistischen Ämter wird ein Prozent aller Haushalte in Deutschland nach ihrer wirtschaftlichen und sozialen Situation gefragt. Dabei geben die erwerbstätigen Befragten an, in welchem Beruf sie beschäftigt sind. Im Jahr 2023 betrug die Zahl der Erwerbstätigen in einem Kulturberuf hochgerechnet 1,3 Millionen, mehr als die Hälfte (52,1 %) darunter waren Frauen. Im Vergleich zum Jahr 2022 stieg die Anzahl der Erwerbstätigen in Kulturberufen kaum an (plus 7 000 Personen bzw. 0,5 %). Der Anteil der Erwerbstätigen in Kulturberufen an den Erwerbstätigen in Deutschland insgesamt lag im Jahr 2023 bei 3,1 %. Die beiden Berufsgruppen „Technische Mediengestaltung“ und „Redaktion und Journalismus“ hatten unter den Kulturberufen mit 18,7 % und 16,0 % die größten Anteilswerte. Im Ländervergleich betrug der Anteil an allen Erwerbstätigen in Berlin 8,6 % und in Hamburg 6,2 %. Damit erreichten diese Bundesländer als einzige Werte über dem Bundesdurchschnitt.

Versichertenzahlen der Künstlersozialkasse sanken bundesweit leicht

In der Künstlersozialkasse (KSK) sind selbstständige Künstlerinnen und Künstler sowie Publizistinnen und Publizisten sozialversichert. Künstlerinnen und Künstler mit einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung werden hingegen nicht berücksichtigt. Zum Stichtag 1. Januar 2024 waren bei der KSK insgesamt 191 100 Versicherte gemeldet. Das waren 1 500 Personen weniger als im Jahr 2023. Bundesweit kamen im Jahr 2024 auf 10 000 Einwohnerinnen und Einwohner 22,6 Versicherte in der Künstlersozialkasse. Berlin lag mit 108,5 versicherten Künstlerinnen und Künstlern je 10 000 Einwohnerinnen und Einwohner im Jahr 2024 an der Spitze. Hamburg folgte mit 68,2 Versicherten je 10 000 Einwohnerinnen und Einwohner. Auf dem dritten Platz der Rangliste befand sich mit deutlichem Abstand Bremen (27,2 Versicherte).

Frauen in Kulturberufen verdienen im Durchschnitt 16,3 % weniger als Männer

Mit der Verdiensterhebung der amtlichen Statistik können die Bruttostundenverdienste von abhängig Beschäftigten ermittelt werden. Im Jahr 2023 lag der durchschnittliche Bruttostundenverdienst für Beschäftigte in Kulturberufen in Deutschland bei 24,77 Euro. Während Frauen durchschnittlich 22,52 Euro verdienten, lag der Bruttostundenverdienst bei den Männern mit 26,92 Euro um 4,40 Euro höher. Frauen haben somit im Durchschnitt 16,3 % weniger verdient als Männer. Im Ländervergleich zeigt sich der niedrigste Verdienstsunterschied zwischen Frauen und Männern in Brandenburg, wo Frauen in Kulturberufen im Durchschnitt 6,2 % weniger verdienten als Männer, sowie in Sachsen-Anhalt mit 6,6 % und Rheinland-Pfalz mit 8,6 %.

VIII. Öffentliche und private Kulturausgaben

Öffentliche Kulturausgaben im Jahr 2021 gegenüber Vorjahr leicht gestiegen

Die Ausgaben der öffentlichen Haushalte für Kultur betrugen im Jahr 2021 insgesamt 14,9 Milliarden Euro. Dies entsprach einem Anteil von 1,74 % am gesamten Staatshaushalt. Davon stellte der Bund einen Anteil von 23,4 % bereit, während die Länder mit 37,6 % und die Gemeinden mit 39,0 % die größten Anteile für Kultur aufwendeten. Auf jede Einwohnerin und jeden Einwohner kamen durchschnittlich 179,59 Euro.

Die Bundeshauptstadt Berlin verzeichnete mit 264,50 Euro je Einwohnerin und Einwohner im Jahr 2021 die höchsten öffentlichen Kulturausgaben im Ländervergleich. Mit leichtem Abstand folgte Sachsen mit 237,38 Euro pro Kopf. Den dritten Platz belegte die Hansestadt Hamburg mit 228,63 Euro je Einwohnerin und Einwohner.

Im Schnitt gab 2022 jeder Haushalt 2 940 Euro für Freizeit, Sport und Kultur aus

Für die Daten der Laufenden Wirtschaftsrechnungen der amtlichen Statistik werden in Deutschland Haushalte zu ihren Konsumgewohnheiten und der Ausstattung mit einer Vielzahl von Gebrauchsgütern befragt. Ein bundesdeutscher Haushalt gab 2022 durchschnittlich 2 940 Euro für „Freizeit, Sport und Kultur“ aus. Dies entspricht 8,6 % der gesamten privaten Konsumausgaben eines privaten Haushalts im Jahr 2022. Dabei gaben die privaten Haushalte in den westdeutschen Ländern (2 964 Euro) etwas mehr für Freizeit, Unterhaltung und Kultur aus als die privaten Haushalte in den ostdeutschen Ländern (2 844 Euro).

In den Ausgaben für Freizeit, Sport und Kultur sind auch Ausgaben für ausgewählte Kulturgüter, wie z. B. für den Erwerb von Musikinstrumenten und audiovisuellen Medien, Büchern (auch CD-ROMs, E-Book-Downloads), Zeitungen, Zeitschriften oder Kulturdienstleistungen enthalten. Mit zusammengerechnet 660 Euro betrug ihr Anteil an den Ausgaben für Freizeit, Unterhaltung und Kultur 2022 bundesweit 22,4 %. Davon machten die Kulturdienstleistungen sowie der Erwerb von Zeitungen und Zeitschriften den größten Anteil aus. Für Kulturdienstleistungen gaben die privaten Haushalte durchschnittlich 290 Euro (9,8 %) und für Zeitungen und Zeitschriften 220 Euro (7,3 %) aus.

IX. Ausstattung privater Haushalte mit Unterhaltungselektronik, Informations- und Kommunikationstechnik

Mehr als jeder zweite private Haushalt besaß ein Smart TV

In den Laufenden Wirtschaftsrechnungen der amtlichen Statistik sind auch Daten zur Ausstattung der privaten Haushalte mit Geräten der Unterhaltungselektronik enthalten. Im Jahr 2022 waren 98,1 % aller privaten Haushalte in Deutschland mit einem Mobiltelefon (inkl. Smartphone) und 96,5 % mit einem Fernsehgerät ausgestattet. Eine besonders starke Zunahme gab es seit 2012 bei der Ausstattung mit Flachbildfernsehern. Besaßen im Jahr 2012 noch 58,9 % aller Haushalte in Deutschland ein solches Gerät, hat sich der Ausstattungsgrad im Jahr 2022 mit 91,7 % deutlich erhöht. Der Ausstattungsgrad in den Haushalten mit DVD- und Blu-Ray-Geräten sank dagegen bundesweit von 72,2 % im Jahr 2012 auf 55,4 % im Jahr 2022. Der in 2022 erstmalig erfasste Ausstattungsgrad der privaten Haushalte mit einem Smart TV (einem mit dem Internet verbundenen Fernsehgerät) lag deutschlandweit bei 58,5 %.

Immer weniger private Haushalte mit stationärem PC

Die Laufenden Wirtschaftsrechnungen der amtlichen Statistik enthalten auch Merkmale zur Ausstattung der privaten Haushalte mit Internetanschluss und PC. Sinkende Mobilfunk- und Internetpreise sowie neuere Technologien ermöglichen eine immer flächendeckendere mobile Internetnutzung. Im Jahr 2022 waren deutschlandweit 63,4 % der privaten Haushalte mit einem mobilen Internetzugang ausgestattet. Fünf Jahre zuvor waren dies noch 53,1 %. Beim Internetzugang insgesamt (stationär und mobil) zeigt sich hingegen, dass die privaten Haushalte in Deutschland mit einem Anteil von 95,5 % im Jahr 2022 fast flächendeckend ausgestattet waren.

Der bundesweite Ausstattungsgrad der privaten Haushalte mit einem PC erhöhte sich im Vergleich der Jahre 2012 und 2022 von 83,5 % auf 92,0 %. Während sich in diesem Zeitraum die Ausstattung mit einem stationären PC von 59,6 % auf 42,9 % reduzierte, stieg der Ausstattungsgrad der privaten Haushalte mit einem mobilen PC von 57,5 % auf 85,2 %.

Einleitung

Die Kulturstatistik in Deutschland befindet sich im Wandel. In ihrem Abschlussbericht von 2007 konstatierte die Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland“¹⁾ seinerzeit ein sehr heterogenes und wenig vergleichbares kulturstatistisches Datenangebot für Deutschland. Vor diesem Hintergrund erschien im Jahr 2008 die erste Auflage der Veröffentlichung „Kulturindikatoren auf einen Blick“, die einen systematischen Einstieg in und einen Überblick über die kulturstatistische Berichterstattung bot. Durch die Initiative der Kultusministerkonferenz (KMK) sowie der Bundesbeauftragten für Kultur und Medien (BKM) im Jahr 2014 im Rahmen eines Bund-Länder-Projekts zur Weiterentwicklung des kulturstatistischen Datenangebots in Deutschland, folgten statistische Veröffentlichungen als Spartenberichte. Zu den veröffentlichten Spartenberichten zählen die Bereiche „Musik“ (2016), „Museen, Bibliotheken und Archive“ (2017), „Baukultur, Denkmalschutz und Denkmalpflege“ (2018), „Film, Fernsehen und Hörfunk“ (2019), „Soziokultur und kulturelle Bildung“ (2020), „Bildende Kunst“ (2021), „Darstellende Kunst“ (2021) sowie „Literatur und Presse“ (2022).²⁾ Diese Spartenberichte erfassen bereits bestehende Daten der deutschen Kulturlandschaft, bilden diese ab und benennen Datenlücken, um Weiterentwicklungen zur Verbesserung der Datenlage, auch in Zusammenarbeit mit den datenproduzierenden Verbänden und Vereinen, voranzutreiben.

Eine weitere Komponente dieses Projekts ist die fortlaufende Aktualisierung und Erweiterung der „Kulturindikatoren auf einen Blick“ durch die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder. Die letzte Veröffentlichung erschien im Dezember 2022. Daneben wurde zuletzt im Februar 2024 die handliche Kurzversion „Kulturindikatoren | kompakt“ mit grafisch aufbereiteten und ausgewählten Kennzahlen der Kulturstatistik veröffentlicht. Der vorliegende Bericht setzt die Aktualisierung und Erweiterung fort mit dem Ziel, einen systematischen Einstieg und Überblick über die kulturstatistische Berichterstattung zu bieten und Entwicklungslinien, Trends und Veränderungen im Zeit- und Ländervergleich aufzuzeigen. Um die bestehenden kulturstatistischen Daten besser einordnen und interpretieren zu können, werden sie zu einer Bezugsgröße ins Verhältnis gesetzt (in der Regel zu den Bevölkerungszahlen der Bundesländer), um schließlich als Indikatorwerte besser vergleichbar zu sein. Die Berichterstattung über Indikatorsysteme ist in der Statistik ein bewährtes und zuverlässiges Verfahren, um Entwicklungslinien, Erfolge und Leistungen besser zu identifizieren und sichtbar zu machen.

Die Gliederung dieses Berichts erfolgt nach den verschiedenen Kultursparten, wie sie u. a. bereits durch die Spartenberichte vorgegeben waren. Neben den Sparten „Musik“ (Kapitel I), „Bibliotheken, Museen und Archive“ (Kapitel II) und „Baukultur, Denkmalschutz und Denkmalpflege“ (Kapitel III) werden auch die Sparten „Film, Fernsehen und Hörfunk“ (Kapitel IV), „Darstellende Kunst und Tanz“ (Kapitel V) sowie „Literatur und Presse“ (Kapitel VI) berücksichtigt. Anders als in den vorherigen Ausgaben, wurde das ehemalige Kapitel zu den spartenübergreifenden Kulturindikatoren in drei Kapitel untergliedert: In „kulturelle Aus- und Weiterbildung und Kulturmarktsystem“ (Kapitel VII), „öffentliche und private Kulturausgaben“ (Kapitel VIII) und „Ausstattung privater Haushalte mit Unterhaltungselektronik, Informations- und Kommunikationstechnik“ (Kapitel IX). Entsprechend des Datenangebots, insbesondere auf Länderebene, wurden Indikatoren zu den jeweiligen Kapiteln ausgewählt und in Unterkapiteln ausgewertet. Im Vergleich zu den „Kulturindikatoren auf einen Blick“ in der Ausgabe 2022 wurde im Zuge der Weiterentwicklung ein neuer Indikator aufgenommen: der „durchschnittliche Bruttostundenverdienst in Kulturberufen“ (Indikator VII.9).

Zu beachten ist außerdem, dass in dieser Momentaufnahme mit statistischen Daten des kulturellen Lebens in Deutschland teilweise noch immer die Auswirkungen der globalen Corona-Pandemie ersichtlich sind. Die Auswirkungen der Krise haben die Produktion, Rezeption und Distribution in Deutschland wie auch weltweit – wie andere Bereiche des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Lebens auch – besonders stark getroffen. Diese Einschränkungen sind in den Ergebnissen ab dem Jahr 2020 sichtbar.

Die Erstellung des vorliegenden Berichts wurde inhaltlich und fachlich vom Arbeitskreis Kulturstatistik begleitet.

1) Vgl. Deutscher Bundestag 2007: Schlussbericht der Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland“, Drucksache 16/7000.

2) Die Berichte sind abrufbar unter: https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bildung-Forschung-Kultur/Kultur/_inhalt.html#sprg233780, letzter Abruf am 22.08.2024.

Kapitel I

Indikatoren zur Sparte Musik

I.1 Anzahl der Orchester und Orchestermmitglieder (Spielzeit 2021/2022)

Indikatorenbeschreibung

Der Indikator gibt Auskunft über die Anzahl der im Deutschen Bühnenverein e. V. organisierten öffentlich finanzierten Orchester in Deutschland sowie die Anzahl der Orchestermmitglieder getrennt nach Orchesterarten. Dazu zählen nach der Klassifikation des Deutschen Bühnenvereins e. V. die selbstständigen Konzertorchester, die integrierten Theaterorchester sowie die Rundfunkorchester.

In der Spielzeit 2021/2022 gab es 118 öffentlich finanzierte Orchester in Deutschland

Fast 9 000 Mitglieder in öffentlich finanzierten Orchestern

In der Spielzeit 2021/2022 gab es in Deutschland insgesamt 118 öffentlich finanzierte Orchester mit gut 8 970 Mitgliedern. Gegenüber der vorherigen Spielzeit (107 Orchester) ist die Zahl der öffentlich finanzierten Orchester insgesamt um 10,3 % gestiegen. Unterteilt nach Orchesterarten waren 69 ins Theater integrierte Orchester, 40 selbstständige Konzertorchester und 9 Rundfunkorchester in der Spielzeit 2021/2022 zu verzeichnen. In der Orchesterlandschaft in Deutschland spielt somit der Musiktheaterbetrieb der Theaterorchester anteilig an allen Konzert- und Theaterorchestern mit 58,5 % die größte Rolle. Im Vergleich zur Spielzeit 2020/2021 (65 Orchester) hat sich die Anzahl der Theaterorchester um 4 Orchester erhöht. Auch die Anzahl der Mitglieder ist in dieser Orchesterart im Vergleich zwischen den Spielzeiten 2020/2021 und 2021/2022 von 4 850 auf 5 150 gestiegen. Der Anteil der selbstständigen Konzertorchester lag bei 33,9 % der Orchester (Anstieg im Vergleich zur vorherigen Spielzeit um 6 Orchester und 192 Mitglieder), der Anteil der Rundfunkorchester bei 7,6 % (Anstieg im Vergleich zur vorherigen Spielzeit um 2 Orchester und 172 Mitglieder).

Bei der Auswertung auf Länderebene zeigte sich, dass das bevölkerungsreichste Bundesland auch die meisten öffentlich finanzierten Orchester aufwies. Für die Spielzeit 2021/2022 meldete Nordrhein-Westfalen 20 Orchester. Dahinter folgten Baden-Württemberg und Sachsen mit jeweils 15 Orchestern. Unterschiede zwischen diesen Ländern waren bei der Verteilung der Orchestertypen festzustellen. Nordrhein-Westfalen hatte mit 11 selbstständigen Konzertorchestern einen relativ hohen Anteil (55,0 %) bei diesem Typus. Sachsen hingegen wies mit 60,0 % (9 Orchester) einen vergleichsweise großen Anteil an Theaterorchestern auf. In Baden-Württemberg gab es mit jeweils 7 Orchestern bzw. 46,7 % gleich viele selbstständige Konzertorchester und Theaterorchester.

Die wenigsten gemeldeten öffentlich finanzierten Orchester in der Spielzeit 2021/2022 gab es in Bremen und im Saarland (jeweils 2 Orchester) sowie in Hamburg und in Schleswig-Holstein (jeweils 3 Orchester).

Über die Hälfte aller Orchestermmitglieder entfiel auf vier Bundesländer

Die Anzahl der Orchestermmitglieder insgesamt stieg im Vergleich zur vorherigen Spielzeit von 8 300 auf 8 970. In vier Ländern lag der Wert bei über 1 000 Mitgliedern: Die meisten Mitglieder wies Nordrhein-Westfalen (1 620 Mitglieder) auf, gefolgt von Sachsen (1 180), Baden-Württemberg (1 050) und Bayern (1 030). Die wenigsten Mitglieder befanden sich in Bremen (130), im Saarland (170) und in Hamburg (200).

Methodische Hinweise zum Indikator I.1

Für den Indikator wird die Theaterstatistik des Deutschen Bühnenvereins e. V. herangezogen. Der Verein erhebt Daten von öffentlichen Theatern, Orchestern (inkl. Rundfunkorchester), Privattheatern und Festspielen. Zu den Orchestern liegen zahlreiche Merkmale vor, u. a. zum Personalbestand, zu Einnahmen und Ausgaben sowie zu Konzerten, zu Konzertbesuchen und zur Anzahl der Orchester sowie der Orchestermmitglieder getrennt nach Orchesterart. Es besteht keine Verpflichtung zur Meldung der Daten.

Der Deutsche Bühnenverein e. V. unterteilt in seiner Theaterstatistik die Orchester in selbstständige Konzertorchester, in Theater integrierte Theaterorchester sowie in Rundfunkorchester. Selbstständige Konzertorchester verfügen über einen eigenen Etat und befinden sich zumeist in Rechtsträgerschaft des Landes, des Landkreises oder der Stadt. Wenn sie in privater Rechtsform betrieben werden, sind sie überwiegend von dieser Körperschaft finanziert. In Theatern, die über kein eigenes Personal verfügen, versehen sie meist den Theaterdienst. Integrierte Theaterorchester sind ohne eigenen Etat organisatorisch an das jeweilige Theaterhaus angegliedert. Rundfunkorchester sind jene Orchester, die Teil eines öffentlich-rechtlichen Rundfunkunternehmens sind. Als Mitglieder eines Konzert- und Theaterorchesters werden alle aktiven Musikerinnen und Musiker in den Orchestern des Deutschen Bühnenvereins e. V. gezählt.

Tabelle I.1

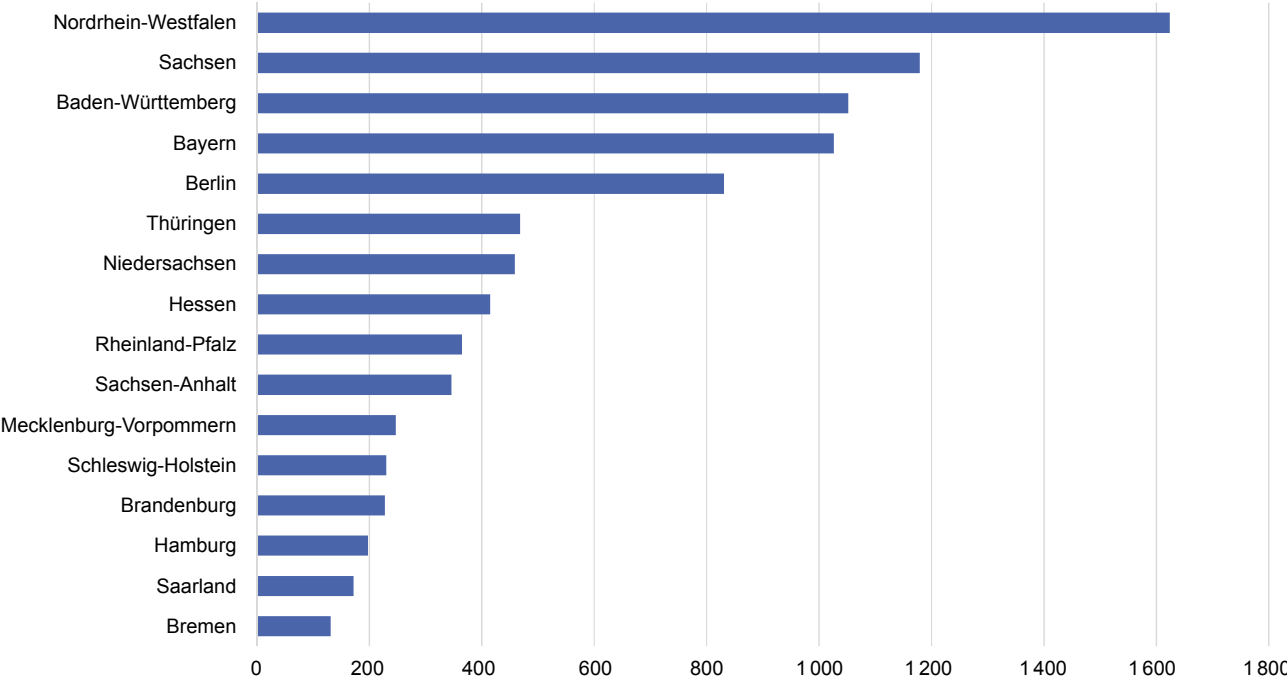
Öffentlich finanzierte Orchester und Orchestermitglieder nach Spielzeiten und Bundesländern

Land	2020/21		2021/22							
	Orchester	Mitglieder	Orchester	davon			Mitglieder	davon		
				Selbstständige Konzertorchester	Theaterorchester	Rundfunkorchester		Selbstständige Konzertorchester	Theaterorchester	Rundfunkorchester
Baden-Württemberg	10	702	15	7	7	1	1 052	338	560	154
Bayern	13	1 028	13	4	8	1	1 026	293	617	116
Berlin	8	802	8	2	4	2	831	231	395	205
Brandenburg	2	89	4	2	2	–	228	97	131	–
Bremen	3	128	2	1	1	–	131	78	53	–
Hamburg	2	203	3	2	–	1	198	198	–	–
Hessen	6	513	5	–	5	–	415	–	415	–
Mecklenburg-Vorpommern	4	266	4	–	4	–	247	–	247	–
Niedersachsen	6	377	7	1	6	–	459	51	408	–
Nordrhein-Westfalen	18	1 578	20	11	7	2	1 624	937	535	152
Rheinland-Pfalz	5	350	5	3	2	–	365	243	122	–
Saarland	2	172	2	–	1	1	172	–	84	88
Sachsen	14	1 101	15	5	9	1	1 179	440	637	102
Sachsen-Anhalt	4	309	5	1	4	–	346	24	322	–
Schleswig-Holstein	3	215	3	–	3	–	230	–	230	–
Thüringen	7	470	7	1	6	–	468	74	394	–
Deutschland	107	8 303	118	40	69	9	8 971	3 004	5 150	817

Quelle: Deutscher Bühnenverein e. V., eigene Berechnungen der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder

Abbildung I.1

Anzahl der Orchestermitglieder in der Spielzeit 2021/2022 nach Bundesländern



Quelle: Deutscher Bühnenverein e. V., eigene Berechnungen der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder

© Statistische Ämter des Bundes und der Länder

I.2 Konzertbesuche von öffentlich finanzierten Orchestern je 1 000 Einwohnerinnen und Einwohner (Spielzeit 2021/2022)

Indikatorenbeschreibung

Der Indikator gibt Auskunft darüber, wie häufig Konzerte der im Deutschen Bühnenverein e. V. organisierten, öffentlich finanzierten Orchester besucht werden. Der Indikator spiegelt zum einen das Angebot an Konzerten und zum anderen das Besucherinteresse bzw. die Nachfrage nach diesen in den einzelnen Ländern wider. Die Anzahl der Konzertbesuche wird auch auf die Bevölkerungszahlen der einzelnen Länder bezogen.

Konzertbesuche in der Spielzeit 2021/2022 gegenüber Vorjahr mehr als verdoppelt

Die 118 öffentlich finanzierten Orchester haben in der Spielzeit 2021/2022 insgesamt rund 6 730 Konzerte angeboten, die rund 2,2 Millionen Mal besucht wurden. Damit stieg die Anzahl der dargebotenen Konzerte und Besuche im Vergleich zur vorherigen Spielzeit 2020/2021, die noch stark von der Corona-Pandemie geprägt war, deutlich auf das Doppelte bzw. 1,5-fache an. Aber auch, wenn die Spielzeit 2021/2022 die erste Spielzeit nach dem Ende der pandemiebedingten Beschränkungen war, war die zögerliche Rückkehr der Menschen in das öffentliche Leben noch deutlich an den Zahlen ablesbar. Für die Spielzeit 2021/2022 bedeutete das gegenüber der Spielzeit 2018/2019 einen Rückgang der Konzerte um 29,0 % und der Besuche um 60,4 %. Bei einem Zehnjahresvergleich mit der Spielzeit 2011/2012 zeigte sich ein ähnlicher Rückgang (-23,0 % bei der Anzahl der Konzerte und -58,9 % bei der Besuchszahl).

Nordrhein-Westfalen bot die meisten Konzerte an

Nordrhein-Westfalen bot im Ländervergleich in der Spielzeit 2021/2022 mit 1 440 die meisten Konzerte an und lag als einziges Bundesland bei über 1 000 Konzerten. Es folgten Baden-Württemberg mit 890 und Sachsen mit 710 Konzerten. In der letzten Spielzeit vor der Corona-Pandemie 2018/2019 boten diese beiden Länder noch mehr als 1 000 Konzerte an. Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg zählten in der Spielzeit 2021/2022 mit 389 040 und 377 850 die meisten Konzertbesuche. Ihnen folgten Bayern und Berlin mit 363 940 und 289 890 Besuchen. Baden-Württemberg zählte mit 890 Konzerten zwar deutlich mehr als Berlin mit 570, lag bei den Besuchen mit 377 850 aber nicht so deutlich über dem Wert von Berlin. Die wenigsten Konzerte wurden mit jeweils rund 110 in Schleswig-Holstein und im Saarland gespielt. Erwartungsgemäß wurden dort mit 28 700 (Schleswig-Holstein) und 13 970 (Saarland) auch die wenigsten Besuche gezählt.

26,2 Konzertbesuche je 1 000 Einwohnerinnen und Einwohner in Deutschland

Wird die Anzahl der Konzertbesuche auf die Bevölkerungszahl bezogen, liegt der durchschnittliche Wert in Deutschland bei 26,2 Besuchen je 1 000 Einwohnerinnen und Einwohner in der Spielzeit 2021/2022. Vor zehn Jahren, in der Spielzeit 2011/2012, hatte dieser bei 66,7 Konzertbesuchen je 1 000 Einwohnerinnen und Einwohner gelegen. Den Spitzenwert von 77,2 Besuchen je 1 000 Einwohnerinnen und Einwohner in der Spielzeit 2021/2022 erzielte Berlin, gefolgt von Bremen mit 59,7 und Hamburg mit 51,8. Danach folgte als erstes Flächenland Sachsen mit 44,6 Konzertbesuchen je 1 000 Einwohnerinnen und Einwohner. Deutlich unter dem Bundesdurchschnitt lagen Hessen mit 7,4 Besuchen je 1 000 Einwohnerinnen und Einwohner, Schleswig-Holstein mit 9,7 und Niedersachsen mit 10,0. Die übrigen Bundesländer bewegten sich bei Werten zwischen 14,1 und 33,5 Konzertbesuchen je 1 000 Einwohnerinnen und Einwohner.

Methodische Hinweise zum Indikator I.2

Für den Indikator werden die Theaterstatistiken des Deutschen Bühnenvereins e. V. herangezogen. Der Verein erhebt Daten von öffentlichen Theatern, Orchestern (inkl. Rundfunkorchester), Privattheatern und Festspielen. Zu den Orchestern liegen zahlreiche Merkmale vor, u. a. zum Personalbestand, den Einnahmen und Ausgaben sowie zu den Konzerten, Konzertbesuchen und der Anzahl der Orchester sowie der Orchestermmitglieder getrennt nach Orchesterart. Daten zu den Aufführungsorten bzw. Spielstätten der Orchester liegen nicht vor. Es besteht keine Verpflichtung zur Meldung der Daten. Bei der Interpretation der Ergebnisse ist zu beachten, dass Konzertangebote in Stadtstaaten und zum Teil in weiteren Großstädten überregional ausgerichtet sind und daher in höherem Maße auch von Einwohnerinnen und Einwohnern anderer Länder wahrgenommen werden.

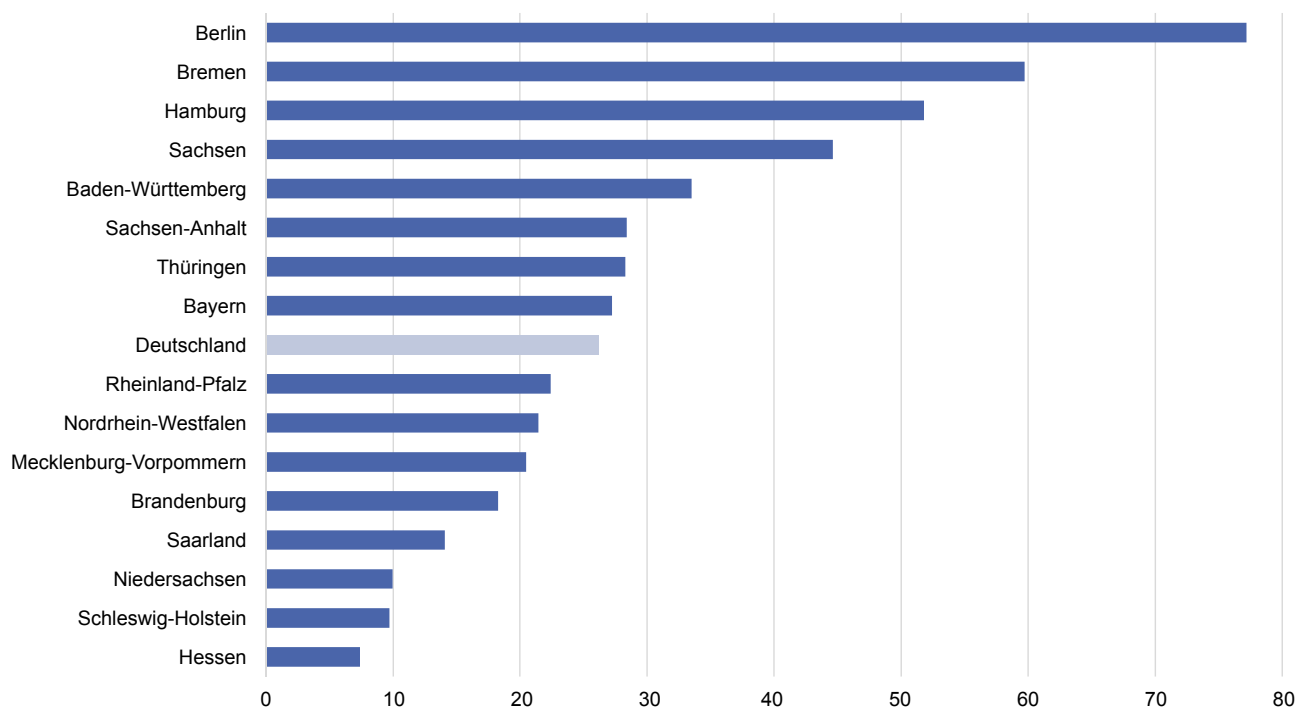
Tabelle I.2

Konzertbesuche öffentlich finanzierter Orchester nach Spielzeiten und Bundesländern

Land	2011/2012			2020/2021			2021/2022		
	Konzerte	Besuche	Besuche je 1000 Einwohnerinnen und Einwohner	Konzerte	Besuche	Besuche je 1000 Einwohnerinnen und Einwohner	Konzerte	Besuche	Besuche je 1000 Einwohnerinnen und Einwohner
Baden-Württemberg	1 019	578 852	54,8	273	71 003	6,4	887	377 851	33,5
Bayern	962	795 863	63,6	385	134 053	10,2	573	363 936	27,2
Berlin	722	683 766	202,6	446	215 877	58,7	565	289 892	77,2
Brandenburg	341	115 978	47,3	109	11 585	4,6	248	47 018	18,3
Bremen	201	111 153	169,8	50	7 264	10,7	117	40 903	59,7
Hamburg	246	303 850	175,2	48	25 554	13,8	195	97 997	51,8
Hessen	179	103 586	17,2	167	18 183	2,9	217	47 242	7,4
Mecklenburg-Vorpommern	158	70 215	43,9	112	24 449	15,2	167	33 310	20,5
Niedersachsen	272	179 480	23,1	77	13 296	1,7	302	81 109	10,0
Nordrhein-Westfalen	1 598	977 314	55,7	478	81 959	4,6	1 443	389 039	21,4
Rheinland-Pfalz	271	150 698	37,8	227	24 534	6,0	468	93 201	22,4
Saarland	129	51 581	51,9	65	5 166	5,3	107	13 967	14,1
Sachsen	1 551	825 853	203,9	642	158 486	39,2	707	182 336	44,6
Sachsen-Anhalt	408	125 391	55,5	167	28 951	13,3	319	62 106	28,4
Schleswig-Holstein	122	61 590	21,9	57	12 706	4,3	108	28 697	9,7
Thüringen	553	237 376	109,4	207	41 065	19,5	303	60 122	28,3
Deutschland	8 732	5 372 546	66,7	3 510	874 131	10,5	6 726	2 208 726	26,2

Quelle: Deutscher Bühnenverein e. V., eigene Berechnungen der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder

Abbildung I.2

Konzertbesuche öffentlich finanzierter Orchester je 1 000 Einwohnerinnen und Einwohner in der Spielzeit 2021/2022 nach Bundesländern

Quelle: Deutscher Bühnenverein e. V., eigene Berechnungen der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder

© Statistische Ämter des Bundes und der Länder

I.3 Anteil der Schülerinnen und Schüler in öffentlichen Musikschulen an der Bevölkerung nach Altersgruppen (2022)

Indikatorenbeschreibung

Das Erlernen eines Musikinstruments fördert die Persönlichkeitsentwicklung, insbesondere im Kindes- und Jugendalter. Öffentliche Musikschulen stellen dafür ein qualifiziertes und spezielles musikalisches Unterrichtsangebot des Instrumental- und Vokalmusizierens bereit. Ein Indikator hierfür ist der Anteil der Schülerinnen und Schüler in öffentlichen Musikschulen an der Bevölkerung. Dabei wird die Gesamtzahl der Schülerinnen und Schüler an der Bevölkerung im Alter bis unter 19 Jahre sowie nach einzelnen Altersgruppen herangezogen.

Jede zweite unterrichtete Person an einer öffentlichen Musikschule war jünger als zehn Jahre

In Deutschland wurden 2022 insgesamt 1,5 Millionen Schülerinnen und Schüler an öffentlichen Musikschulen unterrichtet

Im Jahr 2022 zählten die gut 930 öffentlichen Musikschulen in Deutschland etwa 1,5 Millionen Schülerinnen und Schüler. Mit 1,2 Millionen Schülerinnen und Schülern war der Großteil von ihnen zu diesem Zeitpunkt unter 19 Jahre alt (83,0 %). Weitere 155 660 (10,6 %) waren 19 Jahre und älter, für 94 500 (6,4 %) lag keine Altersangabe vor. Die Anzahl der jungen Schülerinnen und Schüler unter 19 Jahre variiert deutlich mit den Altersgruppen: Demnach entfielen 40,1 % der jungen Lernenden auf den Primarbereich (sechs bis neun Jahre) und 28,6 % auf den Sekundarbereich I (zehn bis 14 Jahre). Gut ein Fünftel (20,7 %) gehörten dem Elementarbereich (unter sechs Jahre) an. Die wenigsten jungen Schülerinnen und Schüler fanden sich mit 10,6 % anteilmäßig im Sekundarbereich II (15 bis 18 Jahre). Auch in den Bundesländern ist die Zahl der Schülerinnen und Schüler unter 19 Jahren an öffentlichen Musikschulen unterschiedlich verteilt. Über zwei Drittel (69,7 %) von ihnen entfielen auf die vier bevölkerungsreichsten Bundesländer Nordrhein-Westfalen (286 200), Baden-Württemberg (259 860), Bayern (185 300) und Niedersachsen (118 290). Die wenigsten Schülerinnen und Schüler unter 19 Jahren gab es in den bevölkerungsmäßig deutlich kleineren Bundesländern Saarland (6 260) und Bremen (3 550).

Jeder 12. junge Mensch nahm Unterricht an einer öffentlichen Musikschule

Im Jahr 2022 nahm in Deutschland jeder zwölfte junge Mensch unter 19 Jahren Unterricht an einer Musikschule. Gegenüber dem Vorjahr erhöhte sich der Anteil von 7,7 % im Jahr 2021 auf 8,1 % im Jahr 2022. Dieser Wert errechnet sich aus dem Anteil der Musikschülerinnen und -schüler bis einschließlich 18 Jahren an der Bevölkerung im gleichen Alter. Auf Ebene der Länder schwankt dieser Anteil zwischen 2,9 % und 12,6 %. Über dem Bundeswert lagen Baden-Württemberg (12,6 %), Nordrhein-Westfalen (8,7 %) und Brandenburg (8,4 %). Niedersachsen lag mit 8,0 % nur knapp darunter. Die niedrigsten Werte hatten hingegen Schleswig-Holstein (4,7 %), das Saarland (3,9 %) und Bremen (2,9 %). Differenziert nach Altersgruppen ist bemerkenswert, dass in Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg jeweils mehr als ein Fünftel (22,1 % bzw. 21,4 %) der Sechs- bis Neunjährigen Unterricht an einer öffentlichen Musikschule nahm sowie in Hamburg knapp ein Fünftel in der Altersgruppe der Zehn- bis 14-Jährigen (19,4 %). Das ist auf länderspezifische musikpädagogische Programme für Kinder zurückzuführen.

Methodische Hinweise zum Indikator I.3

Der Verband deutscher Musikschulen (VdM) stellt jährlich Daten zum öffentlichen Musikschulwesen zusammen. Die Meldung der Daten öffentlicher Musikschulen ist verpflichtender Bestandteil der Mitgliedschaft im VdM. Die Daten werden für den Zeitraum vom 1. Januar bis 31. Dezember gemeldet. Es wird jede Person genau einmal gezählt, die innerhalb des Zeitraums ein oder mehrere Unterrichtsangebote einer Musikschule in Anspruch genommen hat.

Bei der Interpretation des Indikators ist zu beachten, dass im Laienbereich Musikunterricht auch in nicht öffentlich geförderten Institutionen erteilt wird. Der Bundesverband der Freien Musikschulen e. V. geht beispielsweise in seiner Jahresstatistik von 2016, eine Stichtagserfassung zwischen dem 15. Dezember 2016 und 8. Januar 2017, von hochgerechnet 158 000 Musikschülerinnen und -schülern bei 6 300 Lehrkräften in insgesamt 340 Mitgliedsschulen aus. Neuere Zahlen liegen hierzu nicht vor. Darüber hinaus findet Musikunterricht auch in anderen Bereichen, wie bspw. in Vereinen, an Volkshochschulen oder in Kirchen statt.

Tabelle I.3

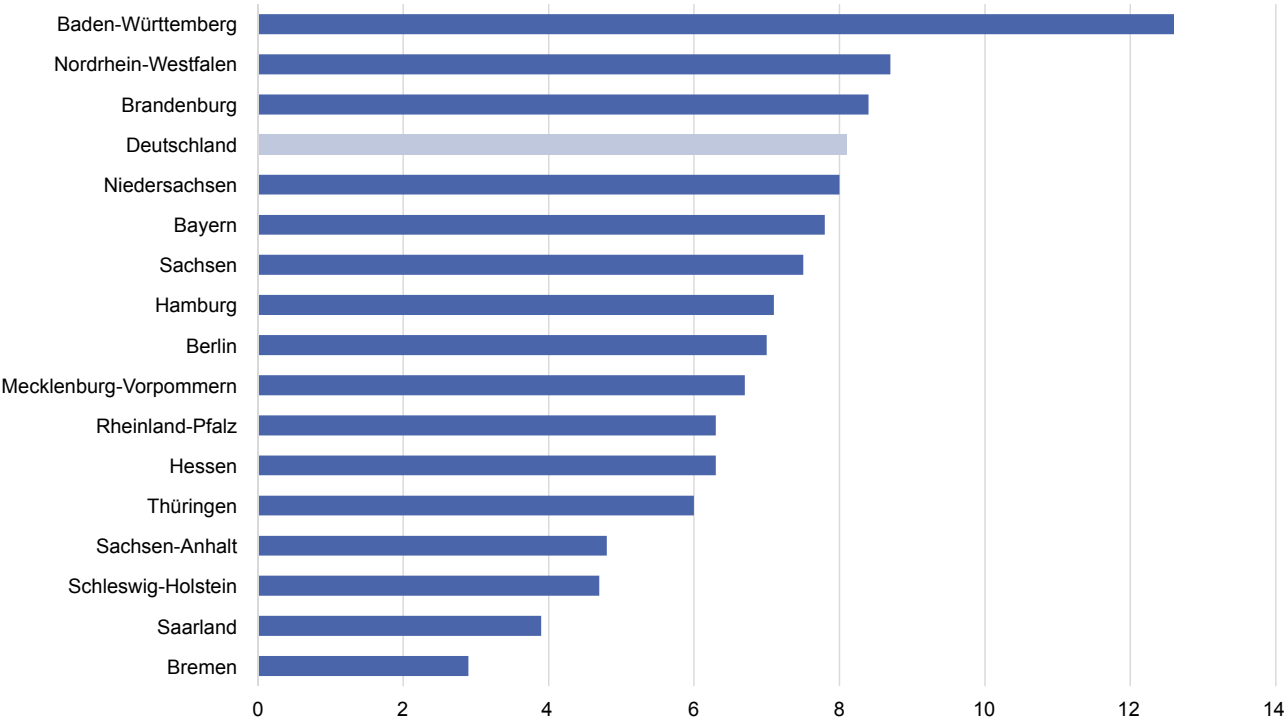
Schülerinnen und Schüler unter 19 Jahre in öffentlichen Musikschulen nach Bundesländern

Land	2021		2022		Schülerinnen und Schüler nach Altersgruppen			
	Anzahl	% ¹⁾	Anzahl	% ¹⁾	unter 6 Jahre	6 bis 9 Jahre	10 bis 14 Jahre	15 bis 18 Jahre
					% ¹⁾			
Baden-Württemberg	243 414	12,1	259 858	12,6	9,4	21,4	14,2	6,6
Bayern	168 400	7,3	185 304	7,8	4,5	15,7	8,6	3,9
Berlin	41 108	6,4	46 563	7,0	5,2	10,0	7,7	5,8
Brandenburg	34 583	8,1	37 296	8,4	6,0	12,1	10,4	5,3
Bremen	3 065	2,6	3 548	2,9	1,2	5,3	3,9	1,8
Hamburg	24 223	7,3	24 159	7,1	1,3	6,1	19,4	2,6
Hessen	66 141	5,9	72 793	6,3	4,4	9,8	7,7	3,7
Mecklenburg-Vorpommern	17 789	6,8	18 011	6,7	3,7	10,3	8,1	5,3
Niedersachsen	104 262	7,3	118 291	8,0	8,0	12,6	8,1	3,4
Nordrhein-Westfalen	263 118	8,2	286 203	8,7	3,8	22,1	8,0	3,3
Rheinland-Pfalz	43 119	6,0	46 790	6,3	5,2	9,7	7,4	3,3
Saarland	6 462	4,1	6 261	3,9	2,2	7,9	4,1	2,0
Sachsen	50 664	7,4	52 509	7,5	4,5	12,2	8,4	5,5
Sachsen-Anhalt	17 835	5,2	17 104	4,8	3,2	7,2	5,8	3,5
Schleswig-Holstein	22 202	4,4	24 461	4,7	3,3	7,0	6,3	2,8
Thüringen	19 689	5,8	20 996	6,0	3,1	9,1	7,5	4,7
Deutschland	1 126 074	7,7	1 220 147	8,1	5,2	15,1	9,0	4,1

1) Anteil an der Bevölkerung gleichen Alters. — — — Quelle: Verband deutscher Musikschulen (VdM), eigene Berechnungen der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder

Abbildung I.3

Anteil der Schülerinnen und Schüler unter 19 Jahre in öffentlichen Musikschulen 2022 nach Bundesländern (Anteil an der Bevölkerung gleichen Alters in %)



Quelle: Verband deutscher Musikschulen (VdM), eigene Berechnungen der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder

© Statistische Ämter des Bundes und der Länder

Kapitel II

Indikatoren zur Sparte Bibliotheken, Museen und Archive

II.1 Anzahl der Bibliotheken je 100 000 Einwohnerinnen und Einwohner (2023)

Indikatorenbeschreibung

Die Anzahl der Bibliotheken wird auf die Bevölkerungszahl⁶ bezogen. Der Indikator gibt damit den Versorgungsgrad an öffentlichen Bibliotheksstandorten sowie wissenschaftlichen Universal- und Hochschulbibliotheksstandorten (Haupt- und Zweigstellen) in der Bevölkerung in Deutschland und den Bundesländern an.

Rheinland-Pfalz mit den meisten Bibliotheken je 100 000 Einwohnerinnen und Einwohner

2023 gab es rund 8 900 öffentliche und wissenschaftliche Bibliotheksstandorte in Deutschland

Im Jahr 2023 haben die deutschen Bibliotheken insgesamt gut 8 860 Bibliotheksstandorte in Deutschland gemeldet. Den Großteil (92,0 %) dieser Standorte machten die gut 8 150 Haupt- und Zweigstellen der Öffentlichen Bibliotheken aus. Bei den wissenschaftlichen Bibliotheken wurden insgesamt 710 Standorte in Deutschland gezählt (8,0 %). Im Ländervergleich haben Bayern und Nordrhein-Westfalen mit deutlichem Abstand die meisten Bibliotheksstandorte (Bayern: 1 940 und Nordrhein-Westfalen: 1 710) gemeldet. Ihnen folgte Baden-Württemberg mit 1 310 Bibliotheksstandorten. Zwischen 500 und 1 000 Haupt- und Zweigstellen lagen die Bundesländer Niedersachsen (880), Hessen (670) und Rheinland-Pfalz (630). In der Gruppe zwischen 100 und 500 Bibliotheksstandorten bewegten sich vor allem die ostdeutschen Flächenländer Sachsen (490), Thüringen (250), Sachsen-Anhalt (220), Brandenburg (210) und Mecklenburg-Vorpommern (110) sowie Schleswig-Holstein (180) und der Stadtstaat Berlin (120). Unter 100 Bibliotheksstandorte zählten das Saarland (80) sowie die Stadtstaaten Hamburg (50) und Bremen (20). Für die Stadtstaaten ist anzumerken, dass sie als attraktive Hochschulstandorte (auch für die Fächergruppe „Kunst, Kunstwissenschaft“, vgl. Kap. VII.2) einen hohen Anteil von wissenschaftlichen Bibliotheksstandorten an allen Bibliotheksstandorten haben: In Bremen betrug dieser Anteil 38,1 %, in Berlin 37,9 % und in Hamburg 28,8 %.

Im Schnitt 10,5 Bibliotheksstandorte je 100 000 Einwohnerinnen und Einwohner in Deutschland

Wird die Anzahl dieser Standorte auf die Einwohnerinnen und Einwohner bezogen, erhält man den Versorgungsgrad der Bevölkerung mit Bibliotheken. Im Durchschnitt entfielen im Jahr 2023 auf 100 000 Einwohnerinnen und Einwohner in Deutschland 10,5 Bibliotheksstandorte. Rheinland-Pfalz erreichte mit 15,1 Standorten je 100 000 Einwohnerinnen und Einwohner den höchsten Indikatorwert, gefolgt von 14,4 Standorten in Bayern. Den dritten Platz in der Länderrangfolge belegte Sachsen mit 12,0 Haupt- und Zweigstellen je 100 000 Einwohnerinnen und Einwohner. Ebenfalls über dem Bundesdurchschnitt lagen Thüringen mit 11,9, Baden-Württemberg mit 11,5 und Niedersachsen mit 10,8 Bibliotheksstandorten je 100 000 Einwohnerinnen und Einwohner. Hessen lag im Bundesdurchschnitt von 10,5. Unter dem Bundesdurchschnitt bewegten sich Sachsen-Anhalt (10,0), Nordrhein-Westfalen (9,4), Brandenburg (8,1), das Saarland (7,9), Mecklenburg-Vorpommern (6,8) und Schleswig-Holstein (6,2). Die Stadtstaaten Berlin (3,1), Bremen (3,0) und Hamburg (2,7) belegten die letzten drei Plätze der Rangliste. Das lässt sich auch durch die vergleichsweise hohen Bevölkerungszahlen und den im Vergleich zu den meisten Flächenländern verhältnismäßig geringeren Zahlen an Bibliotheksstandorten erklären. Dabei ist allerdings anzumerken, dass in den Stadtstaaten – wie das folgende Kapitel II.2 zeigt – die Anzahl der Entleihungen je Einwohnerin und Einwohner überdurchschnittlich hoch war.

Methodische Hinweise zum Indikator II.1

Datengrundlage ist die Deutsche Bibliotheksstatistik (DBS), die durch das Hochschulbibliothekszentrum (hbz) des Landes Nordrhein-Westfalen erstellt wird. Sie ist die einzige Statistik, die alle wichtigen Kennzahlen der Öffentlichen und wissenschaftlichen Bibliotheken Deutschlands enthält. Die DBS erhebt trotz einer hohen Beteiligungsquote keinen Anspruch auf Vollständigkeit, da die Teilnahme freiwillig erfolgt. Somit unterscheiden sich sowohl die Anzahl der meldenden Bibliotheken als auch die gemeldeten Merkmale von Jahr zu Jahr. Die getroffenen Aussagen beziehen sich deshalb nur auf die im Jahr 2023 meldenden Bibliotheken.

Es sei darauf hingewiesen, dass für diesen Indikator die Anzahl der Bibliotheken aus der Anzahl der Haupt- und Zweigstellen (Standorte) herangezogen wurde, wie sie durch die Institutionen gemeldet wurden.

Tabelle II.1

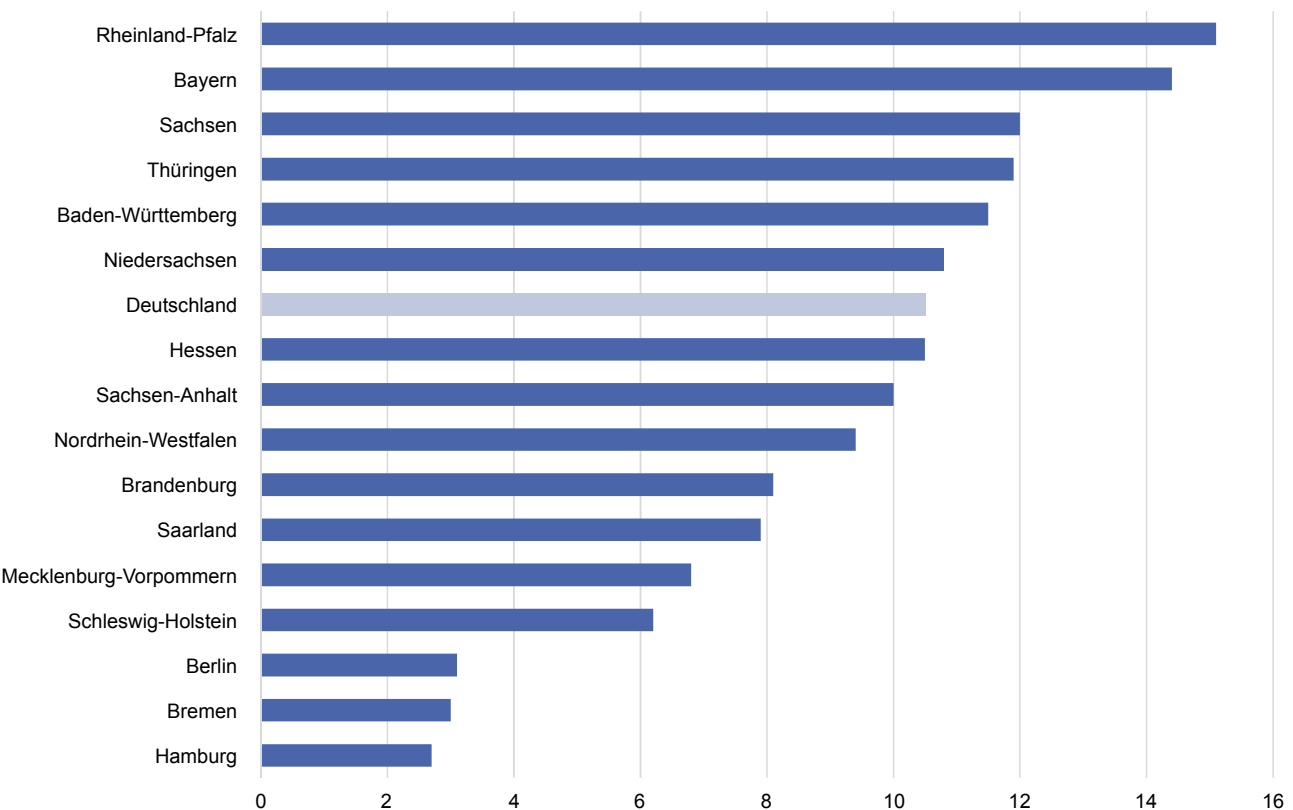
Anzahl der Öffentlichen und wissenschaftlichen Bibliotheken (Haupt- und Zweigstellen) 2023 nach Bundesländern

Land	Insgesamt	Davon		Je 100 000 Einwohnerinnen und Einwohner
		Öffentliche Bibliotheken	wissenschaftliche Bibliotheken	
Baden-Württemberg	1 305	1 223	82	11,5
Bayern	1 939	1 819	120	14,4
Berlin	116	72	44	3,1
Brandenburg	210	198	12	8,1
Bremen	21	13	8	3,0
Hamburg	52	37	15	2,7
Hessen	672	608	64	10,5
Mecklenburg-Vorpommern	110	92	18	6,8
Niedersachsen	879	825	54	10,8
Nordrhein-Westfalen	1 705	1 539	166	9,4
Rheinland-Pfalz	631	596	35	15,1
Saarland	79	74	5	7,9
Sachsen	489	456	33	12,0
Sachsen-Anhalt	219	198	21	10,0
Schleswig-Holstein	183	172	11	6,2
Thüringen	252	230	22	11,9
Deutschland	8 862	8 152	710	10,5

Quelle: Deutsche Bibliotheksstatistik 2023, eigene Berechnungen der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder

Abbildung II.1

Anzahl der Öffentlichen und wissenschaftlichen Bibliotheken (Haupt- und Zweigstellen) je 100 000 Einwohnerinnen und Einwohner 2023 nach Bundesländern



Quelle: Deutsche Bibliotheksstatistik 2023, eigene Berechnungen der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder

© Statistische Ämter des Bundes und der Länder

II.2 Entleihungen und Besuche in Bibliotheken je Einwohnerin und Einwohner (2023)

Indikatorenbeschreibung

Die Entleihungen der Medien der meldenden Bibliotheken (Öffentliche Bibliotheken sowie wissenschaftliche Universal- und Hochschulbibliotheken) sowie die Besuchszahlen werden bundes- und länderweise zur Bevölkerungszahl¹⁰ ins Verhältnis gesetzt.

166 Millionen Besuche in den Bibliotheken im Jahr 2023

Im Jahr 2023 haben die Öffentlichen Bibliotheken insgesamt gut 311,8 Millionen Entleihungen physischer und digitaler Medien gemeldet. Den größten Anteil der Entleihungen in Öffentlichen Bibliotheken machten mit 84,7 % die physischen Medien aus. Der Anteil der digitalen Entleihungen an allen Entleihungen lag 2023 bei 15,3 %. Im Bundesschnitt entliehen in den Öffentlichen Bibliotheken jede Einwohnerin und jeder Einwohner 3,7 Medien im Jahr.

Durchschnittlich 3,1 physische Entleihungen je Einwohnerin und Einwohner in Öffentlichen Bibliotheken

Beim Vergleich der Bundesländer untereinander wies der Indikator bei den Entleihungen eine große Spannweite auf. In den Öffentlichen Bibliotheken gab es in Hamburg mit 5,2, in Sachsen mit 4,4 und in Baden-Württemberg mit 4,2 die meisten physischen Entleihungen je Einwohnerin und Einwohner. Der Bundesdurchschnitt lag bei 3,1 entliehenen Medien. Auch bei den digitalen Entleihungen in den Öffentlichen Bibliotheken lag Hamburg bezogen auf die Bevölkerungszahlen mit durchschnittlich 1,0 Entleihungen je Einwohnerin und Einwohner an der Spitze der Rangfolge und damit über dem Bundesdurchschnitt von 0,6. Es folgten Baden-Württemberg, Bremen und Berlin mit jeweils 0,8 Entleihungen je Einwohnerin und Einwohner.

Bei den wissenschaftlichen Bibliotheken wurden für 2023 gut 37,7 Millionen physische Entleihungen gezählt. Durchschnittlich waren damit 0,4 physische Entleihungen je Einwohnerin und Einwohner zu verzeichnen. Hier gab es in den beiden Stadtstaaten Berlin mit 1,6 und Bremen mit 1,2 die meisten Entleihungen je Einwohnerin und Einwohner, gefolgt von Hessen mit 0,6.

Berlin mit den meisten Bibliotheksbesuchen je Einwohnerin und Einwohner

Für das Jahr 2023 meldeten die Öffentlichen und wissenschaftlichen Bibliotheken insgesamt 165,7 Millionen Besuche in ihren Haupt- und Zweigstellen. Mit 61,8 % entfiel der größte Teil der Besuche auf Öffentliche Bibliotheken, der Anteil der Besuche an wissenschaftlichen Bibliotheken lag bei 38,2 %. Bezogen auf die Bevölkerungszahl ergab sich ein Wert von 2,0 Besuchen je Einwohnerin und Einwohner an Öffentlichen und wissenschaftlichen Bibliotheken insgesamt. Im Ländervergleich erreichte die Bundeshauptstadt Berlin mit 2,9 Besuchen den höchsten Wert, dicht gefolgt von Hamburg und Bayern mit jeweils 2,8. Die wenigsten Besuche je Einwohnerin und Einwohner wurden im Saarland (0,7) gezählt, gefolgt von Thüringen (1,2), Brandenburg und Sachsen-Anhalt (jeweils 1,3).

Methodische Hinweise zum Indikator II.2

Datengrundlage ist die Deutsche Bibliotheksstatistik (DBS), die durch das Hochschulbibliothekszentrum (hbz) des Landes Nordrhein-Westfalen erstellt wird. Sie ist die einzige Statistik, die alle wichtigen Kennzahlen der Öffentlichen und wissenschaftlichen Bibliotheken Deutschlands enthält. Bei den Entleihungen wurden alle zu leihenden Medien berücksichtigt. Zu den physischen Entleihungen zählen sowohl Print- als auch Non-Print-Medien (Non-Print-Medien: Tonträger, audiovisuelle und elektronische Medien, Spiele usw.). Bei den Öffentlichen Bibliotheken wurden auch digitale Medien (zeitlich befristeter Zugriff auf E-Books oder andere virtuelle Einzelmedien) berücksichtigt.

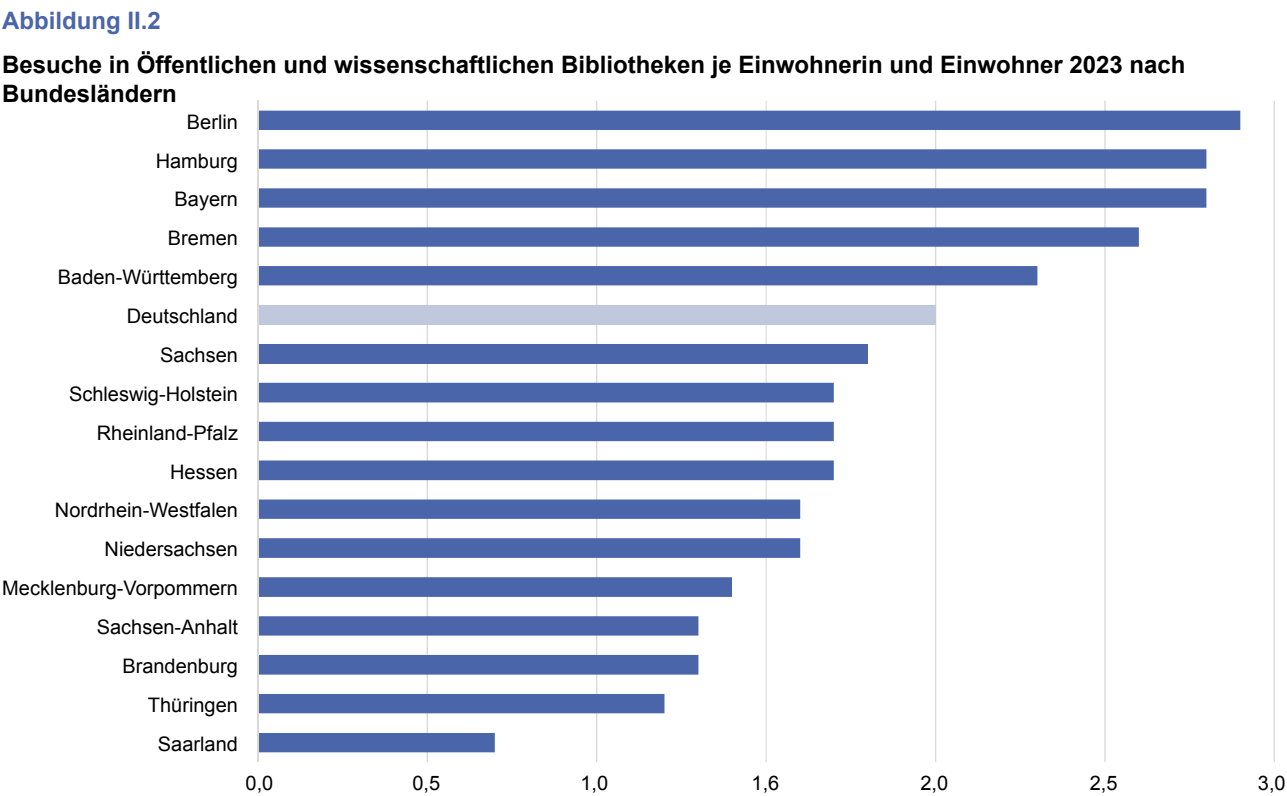
Die Teilnahme an der DBS ist freiwillig. Somit unterscheiden sich sowohl die Anzahl der meldenden Bibliotheken als auch die gemeldeten Merkmale von Jahr zu Jahr. Die getroffenen Aussagen beziehen sich deshalb nur auf die für das Jahr 2023 meldenden Bibliotheken. Es sei darauf hingewiesen, dass die physischen Besuche einer Person in einer Bibliothek gezählt werden, unabhängig davon, ob diese Person in der Bibliothek registriert ist oder nicht bzw. ob die Person Medien entleiht oder nicht. Es zählen auch Besuche von Veranstaltungen, Ausstellungen und Führungen. Digitale Besuche der Internetseiten zählen hingegen nicht.

Tabelle II.2

Besuche und Entleihungen in Öffentlichen und wissenschaftlichen Bibliotheken 2023 nach Bundesländern

Land	Öffentliche Bibliotheken							Wissenschaftliche Bibliotheken			
	Besuche	physische Entleihungen			digitale Entleihungen			Besuche	physische Entleihungen		
	in Millionen	je Einwohnerin und Einwohner	in Millionen	Zahl meldende Bibliotheken	je Einwohnerin und Einwohner	in Millionen	Zahl meldende Bibliotheken	in Millionen	je Einwohnerin und Einwohner	in Millionen	Zahl meldende Bibliotheken
Baden-Württemberg	14,5	4,2	47,5	991	0,8	9,6	919	11,8	0,5	6,2	45
Bayern	20,9	4,0	54,1	1 622	0,6	7,6	1 567	16,3	0,3	4,0	42
Berlin	5,6	3,3	12,6	13	0,8	3,2	13	5,2	1,6	6,1	10
Brandenburg	2,2	2,5	6,5	134	0,2	0,5	117	1,1	0,2	0,4	8
Bremen	1,1	3,8	2,6	3	0,8	0,5	3	0,6	1,2	0,8	1
Hamburg	3,8	5,2	10,0	3	1,0	2,0	1	1,6	0,4	0,7	6
Hessen	6,0	1,9	12,3	503	0,7	4,3	394	4,9	0,6	4,0	13
Mecklenburg-Vorpommern	1,3	2,1	3,4	78	0,4	0,7	76	1,0	0,5	0,8	7
Niedersachsen	8,2	2,7	22,1	647	0,5	4,3	527	5,1	0,4	3,3	20
Nordrhein-Westfalen	22,3	2,5	45,7	1 289	0,4	7,5	1 179	6,5	0,3	5,6	29
Rheinland-Pfalz	3,4	2,1	8,9	537	0,5	2,3	493	3,5	0,4	1,5	14
Saarland	0,5	1,3	1,3	64	0,2	0,2	59	0,2	0,3	0,3	2
Sachsen	5,5	4,4	17,8	343	0,4	1,5	346	1,9	0,5	2,2	13
Sachsen-Anhalt	1,6	2,1	4,5	152	0,3	0,6	153	1,3	0,2	0,4	6
Schleswig-Holstein	3,8	3,5	10,3	125	0,6	1,8	122	1,2	0,1	0,4	8
Thüringen	1,7	2,2	4,6	177	0,5	1,0	195	0,9	0,4	0,9	11
Deutschland	102,4	3,1	264,2	6 681	0,6	47,6	6 164	63,3	0,4	37,7	235

Quelle: Deutsche Bibliotheksstatistik 2023, Stand: 05.08.2024, eigene Berechnungen der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder



Quelle: Deutsche Bibliotheksstatistik 2023, Stand: 05.08.2024, eigene Berechnungen der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder

© Statistische Ämter des Bundes und der Länder

II.3 Anzahl der Museen je 100 000 Einwohnerinnen und Einwohner (2022)

Indikatorenbeschreibung

Der Indikator gibt Auskunft über die Anzahl der Museen. Daneben wird die Zahl der Museen auf die Bevölkerungszahl⁶ bezogen, damit gibt der Indikator den Versorgungsgrad an Museen in der Bevölkerung in Deutschland und den Bundesländern an.

6 810 Museen vom Institut für Museumsforschung 2022 in Deutschland gezählt

Anzahl der Museen gegenüber Vorjahr nahezu unverändert

Im Jahr 2022 hat das Institut für Museumsforschung (IfM) in seiner Datenbank insgesamt rund 6 810 Museen in Deutschland gezählt. Im Vergleich zum Vorjahr reduzierte sich die Zahl der Einrichtungen lediglich um eine Einrichtung. Im Zehnjahresvergleich zeigte sich, dass die Anzahl der Museen in Deutschland von 6 360 im Jahr 2012 auf 6 810 im Jahr 2022 (7,1 %) deutlich zunahm. Vor allem in Süddeutschland fanden sich viele Museen: In Bayern und Baden-Württemberg wurden jeweils über 1 000 Museen im Berichtszeitraum gezählt. Mit deutlichem Abstand folgte Nordrhein-Westfalen mit 790 Museen. Die wenigsten Museen hingegen waren im Saarland (90) sowie in den beiden Stadtstaaten Hamburg (60) und Bremen (30) zu finden.

Der Versorgungsgrad der Bundesländer mit Museen errechnet sich durch das Verhältnis der Einrichtungen zu den Bevölkerungszahlen. Im Durchschnitt entfielen im Jahr 2022 auf 100 000 Einwohnerinnen und Einwohner in Deutschland 8,1 Museen. Gegenüber dem Vorjahr blieb der Versorgungsgrad nahezu gleich. Im Zehnjahresvergleich stieg er nur leicht an, so waren im Jahr 2012 bundesweit 7,9 Museen je 100 000 Einwohnerinnen und Einwohner gezählt worden.

Die Anzahl der Museumseinrichtungen variierte 2022 zwischen den Bundesländern stark und reichte von gut 30 bis rund 1 230 Museen, dadurch zeigte sich auch beim Indikatorwert eine große Varianz: Schleswig-Holstein lag genau im Bundesdurchschnitt von 8,1 Museen je 100 000 Einwohnerinnen und Einwohner, zehn Bundesländer lagen darüber und fünf Bundesländer lagen darunter. Die ersten drei Plätze der Länderrangfolge belegten Mecklenburg-Vorpommern (13,8 Museen je 100 000 Einwohnerinnen und Einwohner), Brandenburg (12,6) und Rheinland-Pfalz (11,4). Die hohen Werte von Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg, die relativ geringe Absolutwerte bei der Museumsanzahl aufwiesen, sind auf die vergleichsweise geringen Bevölkerungszahlen zurückzuführen. Die niedrigsten Werte zeigten sich im Stadtstaat Bremen (5,0), in Nordrhein-Westfalen (4,3) und im Stadtstaat Hamburg (3,3).

Thüringen mit größtem Anstieg bei Anzahl der Museen je 100 000 Einwohnerinnen und Einwohner zwischen 2012 und 2022

Insbesondere beim Zeitvergleich mit 2012 werden größere Veränderungen bei den Indikatorwerten der Länder deutlich. Bei der einen Hälfte der Bundesländer stiegen in diesem Zeitraum die Werte an, während sie bei der anderen Hälfte sanken. Die stärksten Zuwächse verzeichneten Thüringen (von 10,0 Museen je 100 000 Einwohnerinnen und Einwohner im Jahr 2012 auf 11,3 im Jahr 2022), das Saarland (von 7,3 auf 8,6) und Rheinland-Pfalz (von 10,4 auf 11,4). Die größte Abnahme zeigte sich in Brandenburg (von 13,9 Museen je 100 000 Einwohnerinnen und Einwohner im Jahr 2012 auf 12,6 im Jahr 2022), gefolgt von Hessen (von 6,9 auf 6,3).

Methodische Hinweise zum Indikator II.3

Die Daten stammen aus der statistischen Gesamterhebung zu den Museen der Bundesrepublik Deutschland, die vom Institut für Museumsforschung (IfM) durchgeführt wird. Zur Bestimmung der Grundgesamtheit der Museen wurden folgende Kriterien herangezogen: Es muss eine Sammlung sowie eine Präsentation von Objekten mit kultureller, historischer oder allgemein wissenschaftlicher Zielsetzung vorhanden sein. Die Einrichtung muss öffentlich zugänglich sein und überwiegend nicht kommerzielle Ausstellungen anbieten. Überdies muss der Ausstellungsbereich klar abgegrenzt sein. Mit diesen Kriterien werden Museen von Schlössern und Denkmälern ohne Ausstellungsgut, Verkaufsgalerien und Kunstgewerbemärkten sowie städtebaulichen Ensembles abgegrenzt. Der Indikator bezieht sich auf die Anzahl der Museen, die vom IfM im Rahmen der Vollerhebung angeschrieben wurden. Nicht angeschrieben wurden hingegen jene Museumseinrichtungen eines Berichtsjahres, wo bekannt war, dass sie ganzjährig geschlossen waren. Daher ist die Anzahl der Museen eines Jahres eine Momentaufnahme. Da die Teilnahme an der Erhebung freiwillig ist und nicht alle angeschriebenen Museen geantwortet haben, sind die dargestellten Zahlen nicht auf die Besuchszahlen des Indikators II.4 zu beziehen.

Tabelle II.3

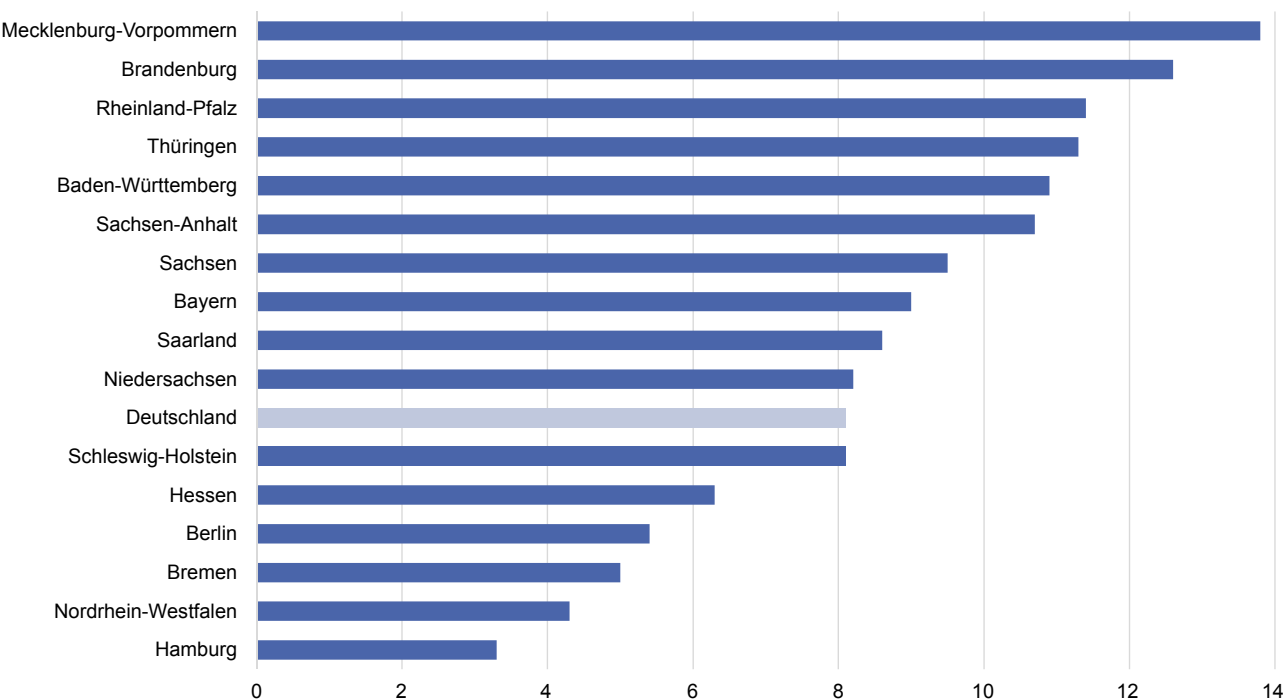
Museen nach Bundesländern

Land	2012		2021		2022	
	Anzahl	je 100 000 Einwohnerinnen und Einwohner	Anzahl	je 100 000 Einwohnerinnen und Einwohner	Anzahl	je 100 000 Einwohnerinnen und Einwohner
Baden-Württemberg	1 070	10,1	1 236	11,1	1 229	10,9
Bayern	1 162	9,3	1 198	9,1	1 208	9,0
Berlin	163	4,8	184	5,0	201	5,4
Brandenburg	341	13,9	323	12,7	324	12,6
Bremen	35	5,3	34	5,0	34	5,0
Hamburg	60	3,5	64	3,5	63	3,3
Hessen	416	6,9	411	6,5	405	6,3
Mecklenburg-Vorpommern	224	14,0	211	13,1	225	13,8
Niedersachsen	625	8,0	681	8,5	670	8,2
Nordrhein-Westfalen	680	3,9	787	4,4	788	4,3
Rheinland-Pfalz	414	10,4	481	11,7	474	11,4
Saarland	73	7,3	87	8,9	85	8,6
Sachsen	399	9,9	390	9,6	388	9,5
Sachsen-Anhalt	238	10,5	238	11,0	235	10,7
Schleswig-Holstein	238	8,5	241	8,2	238	8,1
Thüringen	217	10,0	243	11,5	241	11,3
Deutschland	6 355	7,9	6 809	8,2	6 808	8,1

Quelle: Institut für Museumsforschung, eigene Berechnungen der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder

Abbildung II.3

Anzahl der Museen je 100 000 Einwohnerinnen und Einwohner 2022 nach Bundesländern



Quelle: Institut für Museumsforschung, eigene Berechnungen der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder

© Statistische Ämter des Bundes und der Länder

II.4 Museumsbesuche je Einwohnerin und Einwohner (2022)

Indikatorenbeschreibung

Die Zahl der Museumsbesuche wird auf die Bevölkerungszahl¹⁶ in den einzelnen Bundesländern bezogen. Der Indikator zeigt damit zum einen die Attraktivität der Museen eines Landes, zum anderen auch die Neigung der Bevölkerung, Museen zu besuchen.

Besuchszahlen der Museen haben sich gegenüber dem Vorjahr mehr als verdoppelt

**81,4 Millionen
Museumsbesuche
in Deutschland
im Jahr 2022**

In Deutschland sind die Museen im Jahr 2022 insgesamt rund 81,4 Millionen Mal besucht worden. Damit hat sich die Zahl gegenüber dem Vorjahr mit rund 38,8 Millionen Besuchen mehr als verdoppelt. Laut dem Institut für Museumsforschung (IfM) gab es im Jahr 2021 pandemiebedingte Einschränkungen, fast alle Museen waren bis ins Frühjahr geschlossen. Die darauffolgenden regionalen Regelungen führten zu Rahmenbedingungen, die erstmal nur einen Teil des Publikums zurückbrachten.

Im Ländervergleich wird nach wie vor die Sonderstellung Berlins bei den Museumsbesuchen deutlich. Mit 14,2 Millionen Besuchen im Jahr 2022 lag die Bundeshauptstadt deutlich an der Spitze der Stadtstaaten und fast aller Flächenländer. Diese Zahl ist unter anderem auf das Tourismusaufkommen zurückzuführen. Damit lag Berlin auch über dem Niveau der bevölkerungsreichen Bundesländer Baden-Württemberg (11,1 Millionen Besuche) und Nordrhein-Westfalen (9,5 Millionen Besuche). Nur Bayern wies mit ebenfalls 14,2 Millionen Besuchen einen genauso hohen Wert auf. Die wenigsten Museumsbesuche verzeichneten das Saarland (0,4 Millionen) sowie die beiden Stadtstaaten Bremen (1,3) und Hamburg (1,6).

**Anzahl der Museums-
besuche je Einwohnerin
und Einwohner in
Berlin nach wie vor
am höchsten**

Die Sonderstellung Berlins wird noch deutlicher, wenn die Besuchszahl zu der Bevölkerungszahl in Relation gesetzt wird. Mit durchschnittlich 3,8 Besuchen je Einwohnerin und Einwohner wies die Bundeshauptstadt im Jahr 2022 bundesweit den höchsten Wert auf. Im Bundesschnitt besuchte jede Einwohnerin und jeder Einwohner 1,0 Mal ein Museum. Trotz vergleichsweise geringer absoluter Besuchszahlen lag Bremen mit 1,9 Besuchen je Einwohnerin und Einwohner an zweiter Stelle in der Länderrangliste, gefolgt von Thüringen mit 1,5 Besuchen. Die Besuchszahlen der Museen der großen Flächenländer Bayern und Baden-Württemberg lagen mit 1,1 und 1,0 Besuchen je Einwohnerin und Einwohner im Bundesdurchschnitt. Dagegen waren die Besuchszahlen der Museen in Nordrhein-Westfalen, dem Land mit der viertgrößten absoluten Anzahl an Museumsbesuchen, mit 0,5 Besuchen je Einwohnerin und je Einwohner unter dem Bundesdurchschnitt anzusiedeln. Den geringsten Indikatorwert wies das Saarland mit durchschnittlich 0,4 Besuchen je Einwohnerin und Einwohner auf.

Im Zehnjahresvergleich der Jahre 2012 und 2022 reduzierte sich die durchschnittliche Anzahl der Museumsbesuche je Einwohnerin und Einwohner von 1,4 auf 1,0. Bremen wies in diesem Zeitraum als einziges Bundesland keinen Rückgang auf, hier lag die durchschnittliche Anzahl der Museumsbesuche in beiden Jahren bei 1,9. Den stärksten Rückgang gab es in diesem Zeitraum in Sachsen (von 2,3 im Jahr 2012 auf 1,4 im Jahr 2022) und in Berlin (von 4,7 im Jahr 2012 auf 3,8 im Jahr 2022).

Methodische Hinweise zum Indikator II.4

Die Daten zu den Museumsbesuchen stammen aus der statistischen Gesamterhebung zu den Museen der Bundesrepublik Deutschland, die vom Institut für Museumsforschung durchgeführt wird. Zur Bestimmung der Grundgesamtheit der Museen wurden folgende Kriterien herangezogen: Es muss eine Sammlung sowie eine Präsentation von Objekten mit kultureller, historischer oder allgemein wissenschaftlicher Zielsetzung vorhanden sein. Die Einrichtung muss öffentlich zugänglich sein und bietet überwiegend nicht kommerzielle Ausstellungen an. Überdies muss der Ausstellungsbereich klar abgegrenzt sein. Mit diesen Kriterien werden Museen von Schlössern und Denkmälern ohne Ausstellungsgut, Verkaufsgalerien und Kunstgewerbemärkten sowie städtebaulichen Ensembles empirisch abgegrenzt. Der Indikator bezieht sich auf die Anzahl der Besuche in Museen. Dies ist nicht gleichbedeutend mit der Anzahl verschiedener Besucherinnen und Besucher, da ein Museum durchaus mehrmals von einer Person besucht werden kann. Bei der Interpretation der Ergebnisse ist zu beachten, dass große Museen mit ihren Ausstellungen überregional ausgerichtet sind und daher in höherem Maße auch von Einwohnerinnen und Einwohnern anderer Bundesländer besucht werden. Da es sich um eine freiwillige Erhebung handelt, werden die Ergebnisse von der Bereitschaft der Museen beeinflusst, Daten zu melden. Ein Ausgleich von Antwortausfällen findet nicht statt.

Tabelle II.4

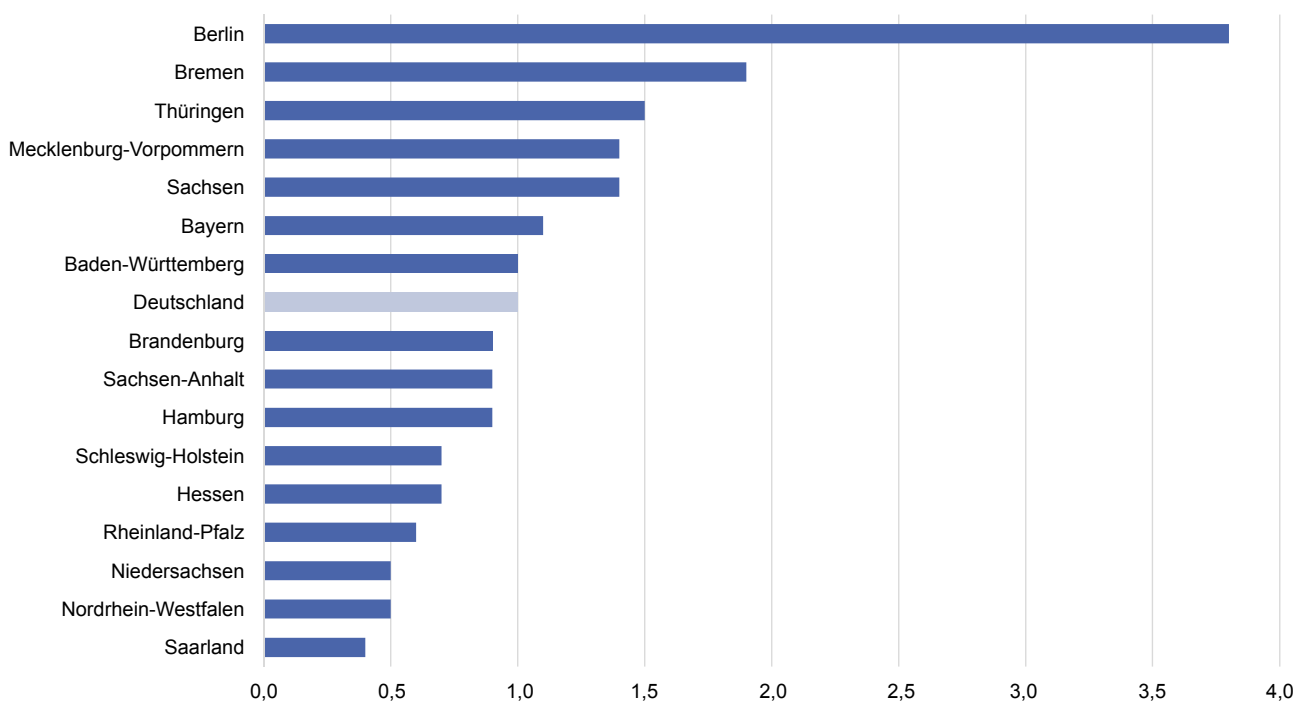
Museumsbesuche nach Bundesländern

Land	2012		2020		2021		2022	
	in Millionen	je Einwohnerin und Einwohner	in Millionen	je Einwohnerin und Einwohner	in Millionen	je Einwohnerin und Einwohner	in Millionen	je Einwohnerin und Einwohner
Baden-Württemberg	15,0	1,4	5,2	0,5	5,1	0,5	11,1	1,0
Bayern	19,8	1,6	6,2	0,5	5,7	0,4	14,2	1,1
Berlin	15,9	4,7	4,9	1,3	5,0	1,4	14,2	3,8
Brandenburg	3,8	1,6	1,2	0,5	1,2	0,5	2,4	0,9
Bremen	1,3	1,9	0,7	1,1	0,6	0,9	1,3	1,9
Hamburg	1,9	1,1	0,7	0,4	0,6	0,3	1,6	0,9
Hessen	6,0	1,0	2,4	0,4	2,0	0,3	4,4	0,7
Mecklenburg-Vorpommern	3,2	2,0	1,5	0,9	1,5	0,9	2,3	1,4
Niedersachsen	6,3	0,8	2,3	0,3	2,6	0,3	4,3	0,5
Nordrhein-Westfalen	16,0	0,9	5,7	0,3	5,2	0,3	9,5	0,5
Rheinland-Pfalz	4,5	1,1	1,6	0,4	1,4	0,4	2,6	0,6
Saarland	0,6	0,6	0,2	0,2	0,2	0,2	0,4	0,4
Sachsen	9,1	2,3	4,4	1,1	3,1	0,8	5,6	1,4
Sachsen-Anhalt	2,8	1,2	1,2	0,6	1,1	0,5	2,0	0,9
Schleswig-Holstein	2,5	0,9	1,2	0,4	1,6	0,5	2,1	0,7
Thüringen	4,0	1,8	1,9	0,9	1,7	0,8	3,3	1,5
Deutschland	112,8	1,4	41,5	0,5	38,8	0,5	81,4	1,0

Quelle: Institut für Museumsforschung, eigene Berechnungen der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder

Abbildung II.4

Museumsbesuche je Einwohnerin und Einwohner 2022 nach Bundesländern



Quelle: Institut für Museumsforschung, eigene Berechnungen der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder

© Statistische Ämter des Bundes und der Länder

II.5 Anzahl der Staatlichen Archive des Bundes und der Länder und Umfang an Archivalien (2023)

Indikatorenbeschreibung

Archive haben gemäß den Grundsätzen der UNESCO die Aufgabe, das kulturelle Erbe in Form von Archivgut zu bewahren und der Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Da in Staatlichen Archiven des Bundes und der Länder Dokumente von öffentlichen Verwaltungshandlungen aufbewahrt und zur Verfügung gestellt werden, leisten sie einen wesentlichen Beitrag zum demokratischen Rechtsstaat. Der Indikator gibt Aufschluss darüber, wie viele Standorte der Archive des Bundes und der Länder es in Deutschland im Jahr 2023 gab. Darüber hinaus werden Angaben zur Personalausstattung, den Benutzungstagen sowie zum Umfang der Archivalien gemacht.

Gut 3 900 Personen waren in den Staatlichen Archiven des Bundes und der Länder beschäftigt

Die Staatlichen Archive des Bundes und der Länder verwalteten insgesamt 2,0 Millionen laufende Meter Schriftgut

Im Jahr 2023 gab es in Deutschland 79 Standorte Staatlicher Archive. Davon gehörten 21 Standorte zu den Staatlichen Archiven des Bundes. Dazu zählen das Bundesarchiv (19 Standorte), das Politische Archiv des Auswärtigen Amtes und das Geheime Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz (jeweils 1 Standort). Die übrigen 58 Standorte verteilen sich auf die Archive der Länder, die meisten befinden sich in Bayern (9) und Baden-Württemberg (8).

In den Staatlichen Archiven des Bundes und der Länder waren 2023 insgesamt gut 3 900 Personen beschäftigt. Davon entfielen 56,2 % (2 190 Personen) auf die Archive des Bundes und 43,8 % (1 710 Personen) auf die Archive der Länder. Von den 1 710 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Archive der Länder waren die meisten in Bayern beschäftigt (280 Personen), dem Land, das auch die meisten Archivstandorte aufwies. Die geringste Beschäftigtenzahl war im Saarland zu verzeichnen (10 Personen).

Der Umfang des Archivguts in den Staatlichen Archiven des Bundes und der Länder belief sich im Jahr 2023 auf gut 2,0 Millionen laufende Regalmeter. Mit 1,4 Millionen Regalmetern bzw. einem Anteil von 70,8 % am Gesamtumfang befand sich der Großteil des Archivguts in den Landesarchiven. Mit 277 330 Regalmetern hatten die neun Archivstandorte des Landesarchivs Bayern den größten Bestand an Archivgut. Den kleinsten Bestand besaß Bremen mit 14 790 Metern Archivgut.

90 290 Nutzerinnen und Nutzer der Lesesäle (Benutzungstage) wurden in den Staatlichen Archiven des Bundes und der Länder gezählt

Die Staatlichen Archive des Bundes und der Länder erheben auch regelmäßig Angaben zu den Benutzungstagen. Sie ergeben sich aus der Summe der an jedem Öffnungstag gezählten Nutzerinnen und Nutzer des Lesesaals. Im Jahr 2023 zählten die Archive insgesamt 90 290 Benutzungstage. Mehr als drei Viertel aller Benutzungstage fielen auf die Archive der Länder, 22,5 % auf die Archive des Bundes. Auch bei den Benutzungstagen in den Länderarchiven lag das Landesarchiv Bayern (14 540 Benutzungstage) an oberster Stelle der Rangliste. Das Land mit den wenigsten Benutzungstagen war das Saarland (500 Benutzungstage). Werden die Benutzungstage der Staatlichen Archive der Länder auf die Bevölkerungszahlen der Länder bezogen, zeigt sich, dass der Stadtstaat Bremen mit 51,4 Benutzungstagen je 10 000 Einwohnerinnen und Einwohner den höchsten Indikatorwert aufwies. Der Stadtstaat Hamburg lag mit einem Indikatorwert von 23,9 Benutzungstagen deutlich dahinter. An dritter Stelle folgte Thüringen mit 16,5 Benutzungstagen. Die wenigsten Benutzungstage je 10 000 Einwohnerinnen und Einwohner gab es mit 3,3 in Nordrhein-Westfalen, gefolgt von Rheinland-Pfalz mit 4,8 und dem Saarland mit 5,0.

Methodische Hinweise zum Indikator II.5

Die Kennzahlen zu den Staatlichen Archiven des Bundes und der Länder werden seit dem Berichtsjahr 2018 von den Archivverwaltungen der Länder und des Bundes im Rahmen einer Zusammenarbeit zwischen dem Statistischen Bundesamt und der Konferenz der Leiterinnen und Leiter der Archivverwaltung des Bundes und der Länder (KLA) zusammengetragen. Die Staatlichen Archive des Bundes und der Länder verwalten die Unterlagen der Verfassungsorgane, Behörden, Gerichte, Streitkräfte, Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts sowie anderer Einrichtungen des Bundes und der Länder.

Tabelle II.5

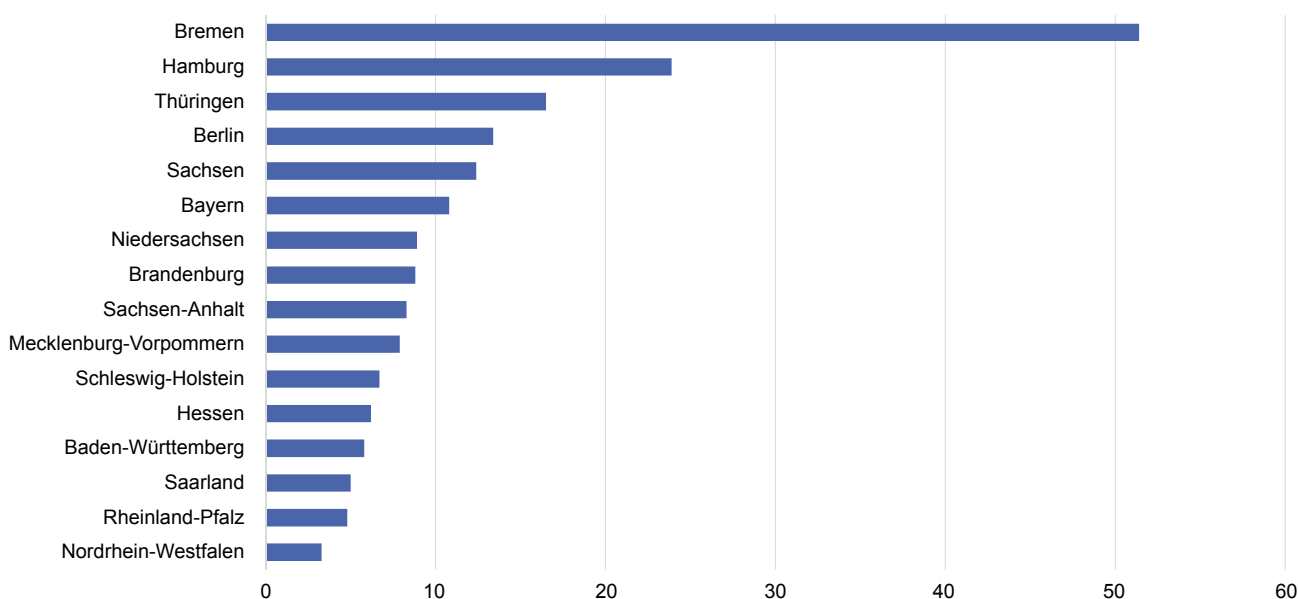
Staatliche Archive des Bundes und der Länder 2023

Archiv	Standorte	Personal	Benutzungstage	Archivalien nach Umfang in laufender Meter
	Anzahl		in 1000	
Deutschland	79	3 902	90,3	2 039,4
Archive des Bundes				
Bundesarchiv ¹⁾	19	2 077	14,7	533,0
Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes	1	29	1,7	28,5
Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz	1	88	3,9	35,0
Zusammen	21	2 194	20,3	596,5
Archive der Länder				
Baden-Württemberg	8	216	6,5	173,6
Bayern	9	283	14,5	277,3
Berlin	1	76	5,1	53,8
Brandenburg	1	60	2,3	49,9
Bremen	1	25	3,6	14,8
Hamburg	1	62	4,6	40,4
Hessen	5	125	4,0	173,1
Mecklenburg-Vorpommern	2	31	1,3	35,3
Niedersachsen	7	191	7,2	100,3
Nordrhein-Westfalen	3	189	6,0	144,4
Rheinland-Pfalz	2	113	2,0	67,3
Saarland	1	10	0,5	16,6
Sachsen	5	117	5,1	108,7
Sachsen-Anhalt	4	68	1,8	64,7
Schleswig-Holstein	1	45	2,0	52,2
Thüringen	7	97	3,5	70,5
Länder zusammen	58	1 708	70,0	1 443,0

1) Seit dem 17. Juni 2021 ist das ehemalige Stasi-Unterlagen-Archiv Teil des Bundesarchivs. Die Daten werden zusammen ausgewiesen. --- Quelle: Staatliche Archive des Bundes und der Länder, eigene Berechnungen der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder

Abbildung II.5

Benutzungstage der Staatlichen Archive der Länder je 10 000 Einwohnerinnen und Einwohner 2023



Quelle: Staatliche Archive des Bundes und der Länder, eigene Berechnungen der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder

© Statistische Ämter des Bundes und der Länder

Kapitel III

Indikatoren zur Sparte Baukultur, Denkmalschutz und Denkmalpflege

III.1 Öffentliche Ausgaben für Denkmalschutz und Denkmalpflege je Einwohnerin und Einwohner (2021)

Indikatorenbeschreibung

Denkmäler⁶ sind als Teil der bebauten Umwelt ein besonderer Ausdruck kulturellen und historischen Schaffens. Häufig werden sie als öffentliche Einrichtungen für Kultur- und Bildungszwecke betrieben. Denkmäler zu erhalten und zu pflegen ist Aufgabe des Bundes, der Länder und der Gemeinden.

Der Indikator gibt Aufschluss über die Höhe der aus allgemeinen Haushaltsmitteln finanzierten Ausgaben der Gebietskörperschaften (Bund, Länder, Gemeinden) für den Aufgabenbereich Denkmalschutz und Denkmalpflege. Die Gemeindeebene umfasst Gemeinden, Gemeindeverbände und Zweckverbände. Dabei werden die Ausgaben auf die Bevölkerungszahl⁶ bezogen.

Öffentliche Ausgaben für Denkmalschutz und Denkmalpflege seit 2011 um 39 % gestiegen

739 Millionen Euro für Denkmalschutz und Denkmalpflege durch die öffentlichen Haushalte im Jahr 2021

Im Jahr 2021 haben die öffentlichen Haushalte für den Aufgabenbereich Denkmalschutz und Denkmalpflege insgesamt 739,0 Millionen Euro zur Verfügung gestellt. In Bezug auf die gesamten öffentlichen Kulturausgaben (14,9 Milliarden Euro) entspricht dies einem Anteil von 4,9 %, im Jahr 2020 lag dieser bei 4,5 % und im Jahr 2011 bei 5,7 %.

Im Jahr 2021 betrug der Länderanteil an den gesamten Ausgaben für Denkmalschutz und Denkmalpflege 41,7 % (307,8 Millionen Euro), der Anteil der Gemeinden lag bei 31,7 % (234,3 Millionen Euro) und der Bundesanteil bei 26,6 % (196,9 Millionen Euro). Im Zehnjahresvergleich zeigt sich, dass die öffentlichen Haushalte im Jahr 2021 insgesamt 39,2 % (+208,0 Millionen Euro) mehr für Denkmalschutz und Denkmalpflege ausgegeben haben als im Jahr 2011, gegenüber dem Jahr 2020 sind die Ausgaben um 14,1 % (+91,5 Millionen Euro) gestiegen. Die Ausgaben des Bundes haben sich im Zeitraum zwischen 2011 und 2021 von 82,1 Millionen Euro auf 196,9 Millionen Euro mehr als verdoppelt (+114,8 Millionen Euro). Die höheren Ausgaben des Bundes für Denkmalschutz und -pflege im Jahr 2021 entstanden vor allem durch Zuschüsse für die Investitionen zur Wiedererrichtung des Gebäudes der Bauakademie in Berlin.

Durchschnittlich 9 Euro je Einwohnerin und Einwohner für Denkmalschutz und Denkmalpflege

Bezogen auf die Bevölkerungszahl gab die öffentliche Hand im Jahr 2021 rund 8,88 Euro je Einwohnerin und Einwohner für Denkmalschutz und Denkmalpflege aus. Der Vergleich unter den Ländern (einschließlich Gemeinden) ergab, wie auch in den Jahren zuvor, eine große Spannweite bei den Denkmalschutzausgaben. Die meisten Kulturausgaben in diesem Bereich verzeichnete Thüringen mit 19,60 Euro je Einwohnerin und Einwohner, gefolgt von Sachsen mit 14,12 Euro und Sachsen-Anhalt mit 14,07 Euro. Dagegen wurde in Bremen als einzigem Land mit 0,54 weniger als ein Euro je Einwohnerin und Einwohner zur Verfügung gestellt.

Der Zeitvergleich der Pro-Kopf-Ausgaben der Länder (einschließlich Gemeinden) im Jahr 2021 mit den Ausgaben im Jahr 2020 zeigt, dass sich in sechs von 16 Ländern die Denkmalschutzausgaben je Einwohnerin und Einwohner erhöht haben. Den höchsten Anstieg verzeichnete Sachsen-Anhalt mit +3,97 Euro je Einwohnerin und Einwohner im Vergleich zu 2020. Darauf folgten Thüringen mit +2,55 Euro und Rheinland-Pfalz mit +1,03 Euro. Den stärksten Rückgang zwischen 2020 und 2021 verzeichnete Mecklenburg-Vorpommern mit -2,08 Euro je Einwohnerin und Einwohner. Dahinter folgten Brandenburg mit -1,84 Euro und Berlin mit -0,69 Euro.

In Deutschland gab es im Jahr 2022 rund 1 Million Denkmäler⁶. Baudenkmäler, welche sich aus Einzelbau- und Gartendenkmälern sowie Denkmalbereichen (Ensembles) zusammensetzen, machten nach Angaben der Landesämter für Denkmalpflege im Jahr 2022 mit 65,0 % den größten Anteil an allen Denkmälern aus. Bei 34,9 % handelte es sich um Bodendenkmäler. Bewegliche Denkmäler spielten mit einem Anteil von 0,1 % eine nachgeordnete Rolle.

Methodische Hinweise zum Indikator III.1

Die Datengrundlage bildet die amtliche Finanzstatistik. Dort werden verschiedene Ausgabenarten und -konzepte unterschieden. Den hier dargestellten öffentlichen Ausgaben liegt das Grundmittelkonzept der Kulturfinanzstatistik zugrunde: Von den Ausgaben eines Aufgabenbereichs werden die jeweiligen zurechenbaren Einnahmen aus dem öffentlichen und nichtöffentlichen Bereich abgezogen. Die Grundmittel zeigen damit die aus allgemeinen Haushaltsmitteln (Steuern, Mitteln aus Finanzausgleich, Kreditmarktmitteln und Rücklagen) zu finanzierenden Ausgaben eines bestimmten Aufgabenbereiches einschließlich der investiven Maßnahmen.

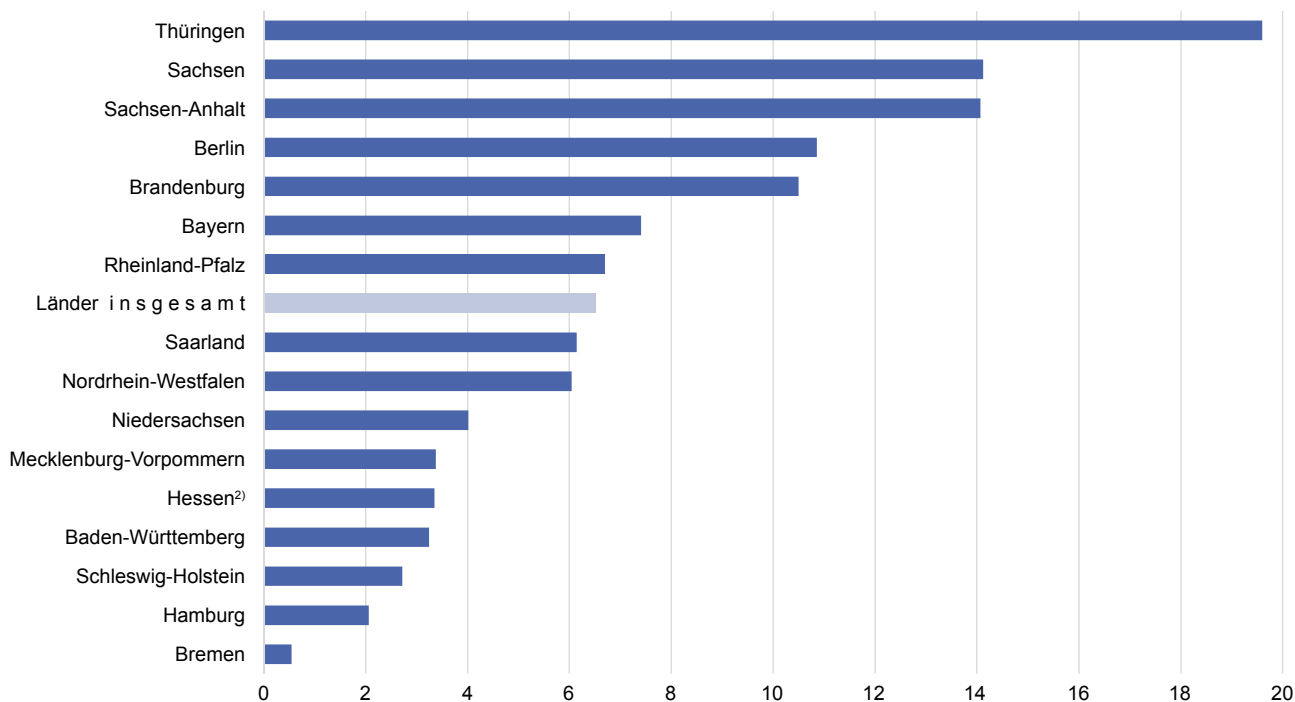
Tabelle III.1

Öffentliche Ausgaben (Grundmittel) für den Aufgabenbereich Denkmalschutz und Denkmalpflege nach Gebietskörperschaften

Gebietskörperschaft	2011		2019 (vorläufiges Ist)		2020 (vorläufiges Ist)		2021 (vorläufiges Ist)	
	Millionen Euro	je Einwohnerin und Einwohner Euro	Millionen Euro	je Einwohnerin und Einwohner Euro	Millionen Euro	je Einwohnerin und Einwohner Euro	Millionen Euro	je Einwohnerin und Einwohner Euro
Baden-Württemberg	49,5	4,71	41,5	3,74	37,8	3,40	36,1	3,24
Bayern	67,2	5,40	104,1	7,96	93,1	7,09	97,4	7,41
Berlin	37,2	11,17	30,9	8,41	42,3	11,54	39,9	10,85
Brandenburg	24,0	9,78	30,2	12,03	31,1	12,34	26,6	10,50
Bremen	0,6	0,86	0,2	0,37	0,7	0,96	0,4	0,54
Hamburg	12,8	7,46	4,2	2,26	4,4	2,37	3,8	2,06
Hessen ¹⁾	16,7	2,79	20,3	3,24	22,5	3,57	21,1	3,35
Mecklenburg-Vorpommern	2,8	1,72	6,6	4,12	8,8	5,46	5,4	3,38
Niedersachsen	23,1	2,97	27,7	3,48	33,7	4,21	32,1	4,01
Nordrhein-Westfalen	69,8	3,98	90,6	5,06	96,9	5,40	108,4	6,05
Rheinland-Pfalz	34,9	8,75	21,0	5,13	23,2	5,67	27,5	6,70
Saarland	4,0	4,05	6,3	6,33	5,3	5,39	6,0	6,14
Sachsen	41,4	10,21	55,1	13,51	61,7	15,15	57,3	14,12
Sachsen-Anhalt	26,8	11,76	15,5	7,04	22,2	10,10	30,7	14,07
Schleswig-Holstein	9,0	3,19	7,0	2,40	8,2	2,84	7,9	2,72
Thüringen	29,2	13,36	29,7	13,84	36,4	17,04	41,6	19,60
Länder insgesamt (einschl. Gemeinden)	448,9	5,59	490,9	5,91	528,2	6,35	542,1	6,52
darunter Gemeinden	160,3	2,00	233,1	2,81	237,5	2,86	234,3	2,82
Bund	82,1	1,02	116,3	1,40	119,3	1,43	196,9	2,37
Gebietskörperschaften insgesamt	531,0	6,61	607,2	7,31	647,5	7,79	739,0	8,88

1) Ein Teil der Aufwendungen des Landes Hessen für Denkmalpflege wird im Landeshaushalt unter „Verwaltung für kulturelle Angelegenheiten“ ausgewiesen.

Abbildung III.1

Öffentliche Ausgaben (Grundmittel, vorläufiges Ist) der Länder¹⁾ für den Aufgabenbereich Denkmalschutz und Denkmalpflege je Einwohnerin und Einwohner 2021 (in Euro)

1) Länderergebnisse einschl. der Ausgaben der Gemeinden. – 2) Ein Teil der Aufwendungen des Landes Hessen für Denkmalpflege wird im Landeshaushalt unter „Verwaltung für kulturelle Angelegenheiten“ ausgewiesen.

© Statistische Ämter des Bundes und der Länder

III.2 Anzahl der Architektinnen und Architekten sowie Stadtplanerinnen und Stadtplaner (2024)

Indikatorenbeschreibung

Die Bebauung von Städten und Regionen ist ein gestalterischer, kreativer und schöpferischer Prozess. Die Architektur, Stadt- und Raumplanung sowie das Bauingenieurwesen und das Baugewerbe tragen maßgeblich zu diesem Prozess bei. Dieser Indikator beschreibt die zahlenmäßige Verteilung von Architektinnen und Architekten (darunter: Hochbauarchitektinnen und -architekten, Innenarchitektinnen und -architekten, Landschaftsarchitektinnen und -architekten) sowie Stadtplanerinnen und Stadtplanern in den einzelnen Bundesländern. Die Zahlen geben Auskunft über die Bedeutung der unterschiedlichen Fachrichtungen innerhalb der Architektur sowie über die Beschäftigungsarten und Geschlechterverteilungen.

In Nordrhein-Westfalen waren die meisten Architektinnen und Architekten sowie Stadtplanerinnen und Stadtplaner beschäftigt

Architektendichte in Hamburg am größten

Die Bundeskammerstatistik zählte zum 1. Januar 2024 insgesamt rund 142 220 Architektinnen und Architekten sowie Stadtplanerinnen und Stadtplaner. Die meisten Architektinnen und Architekten sowie Stadtplanerinnen und Stadtplaner waren in Nordrhein-Westfalen (22,8 % aller in Deutschland Tätigen), Bayern (19,5 %) und Baden-Württemberg (18,8 %) tätig. Am geringsten war ihr Anteil in Mecklenburg-Vorpommern (0,6 %). Unterteilt nach Fachrichtungen war der überwiegende Anteil der Architektinnen und Architekten der Bundeskammerstatistik in der Hochbauarchitektur tätig (84,5 %). Mit deutlichem Abstand folgen die Landschaftsarchitektinnen und -architekten (5,7 %), Stadtplanerinnen und Stadtplaner (5,0 %) sowie Innenarchitektinnen und -architekten (4,7 %). Die Hochbauarchitektur hatte auch in allen Bundesländern die größte Bedeutung. Der Anteil der Landschaftsarchitektinnen und -architekten war in allen ostdeutschen Ländern höher als im Bundesdurchschnitt (5,7 %), insbesondere in den Ländern Mecklenburg-Vorpommern (13,8 %), Brandenburg (9,8 %) und Sachsen (9,3 %). Bei den westdeutschen Bundesländern lagen nur Bayern und Bremen (jeweils 7,0 %) über dem Bundesschnitt der Landschaftsarchitektinnen und -architekten.

Wird die Anzahl der Architektinnen und Architekten sowie der Stadtplanerinnen und Stadtplaner auf die Bevölkerungszahl bezogen, ergibt sich eine durchschnittliche Dichte von 1,7 Architektinnen und Architekten je 1 000 Einwohnerinnen und Einwohner in Deutschland. In der Länderrangfolge belegten die Stadtstaaten Hamburg (3,0) und Berlin (2,7) die ersten beiden Plätze, gefolgt von Baden-Württemberg (2,4). Am unteren Ende der Liste stehen die ostdeutschen Länder Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt (jeweils 0,5).

Gut 60 % der Architektinnen und Architekten sowie Stadtplanerinnen und Stadtplaner waren angestellt tätig oder verbeamtet

Die Bundesarchitektenkammer unterscheidet in ihrer Statistik auch nach Beschäftigungsart und Geschlecht. Mit 60,2 % war der größte Teil der Architektinnen und Architekten sowie Stadtplanerinnen und Stadtplaner angestellt tätig oder verbeamtet. 37,5 % waren freischaffend und 2,3 % gewerblich tätig (z. B. als Bauträgerinnen und -träger, Projektentwicklerinnen und -entwickler, Baubetreuerinnen und -betreuer, Bauunternehmerinnen und -unternehmer, Baustoffhändlerinnen und -händler oder Baustoffherstellerinnen und -hersteller). Mit Blick auf das Geschlechterverhältnis zeigt sich, dass der Männeranteil in der Hochbauarchitektur und bei der Stadtplanung mit 63,0 % und 64,6 % deutlich über dem Frauenanteil (37,0 % und 35,4 %) lag. Dagegen überwogen in der Fachrichtung Innenarchitektur die Frauen mit einem Anteil von 65,9 % zu 34,1 %. In der Landschaftsarchitektur war das Verhältnis relativ ausgeglichen (46,4 % Frauen und 53,6 % Männer).

Methodische Hinweise zum Indikator III.2

Die verwendeten Daten zur Anzahl der Architektinnen und Architekten sowie zu den Stadtplanerinnen und Stadtplanern stammen aus der Bundeskammerstatistik der Bundesarchitektenkammer e. V. Die Bundeskammerstatistik wird jährlich auf Basis der Daten der Mitgliederverwaltung der 16 Länderarchitektenkammern zu einem Bundesergebnis zusammengetragen. Die Verwaltungsdaten enthalten Angaben über die Anzahl der in den jeweiligen Kammerlisten eingetragenen Architektinnen und Architekten nach Fachrichtung (Hochbauarchitektur, Innenarchitektur, Landschaftsarchitektur, Stadtplanung), Beschäftigungsart (freiberuflich, beamtet, angestellt, gewerblich) sowie nach Geschlecht. Die Eintragungsvoraussetzungen sind in den jeweiligen Architekten- oder Baukammergesetzen der Länder geregelt. Neben den fachlichen und berufspraktischen Voraussetzungen werden Architektinnen und Architekten in die Kammerliste eingetragen, die einen Wohnsitz, eine Niederlassung oder eine Beschäftigung an einem Ort im jeweiligen Bundesland vorweisen können.

Tabelle III.2

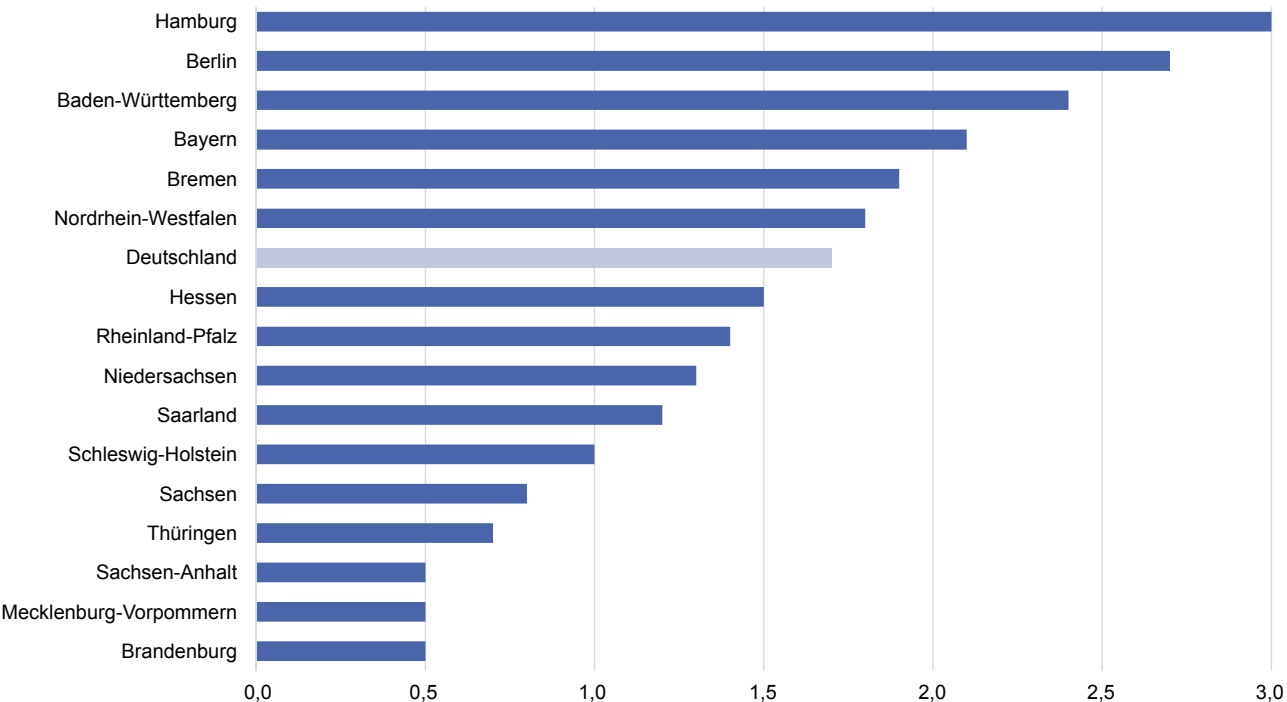
Anzahl der Architektinnen und Architekten sowie Stadtplanerinnen und Stadtplaner zum 1. Januar 2024 nach Bundesländern

Land	Architektinnen/ Architekten und Stadtplanerinnen/ Stadtplaner insgesamt ¹⁾	Hochbau- architektinnen und -architekten	Landschafts- architektinnen und -architekten	Innen- architektinnen und -architekten	Stadtplanerinnen und -planer
		in %			
Baden-Württemberg	26 780	86,3	5,0	4,1	4,5
Bayern	27 771	80,7	7,0	5,4	6,9
Berlin	10 326	88,6	6,0	2,2	3,1
Brandenburg	1 325	83,5	9,8	2,3	4,3
Bremen	1 293	87,2	7,0	3,1	2,8
Hamburg	5 800	85,5	5,2	5,1	4,2
Hessen	9 320	85,5	4,4	5,1	5,0
Mecklenburg-Vorpommern	870	74,7	13,8	4,0	7,5
Niedersachsen	10 337	86,6	5,7	4,3	3,4
Nordrhein-Westfalen	32 390	83,0	5,3	6,1	5,5
Rheinland-Pfalz	5 963	86,4	3,7	5,6	4,3
Saarland	1 200	88,8	2,8	4,6	3,8
Sachsen	3 297	86,3	9,3	2,1	2,4
Sachsen-Anhalt	1 008	83,5	8,4	2,5	5,6
Schleswig-Holstein	2 994	87,5	5,0	2,2	5,3
Thüringen	1 541	84,9	7,5	1,8	5,8
Deutschland	142 215	84,5	5,7	4,7	5,0

1) Ausgewiesen ist die Summe aller Architektinnen und Architekten sowie Stadtplanerinnen und Stadtplaner, nicht die Anzahl aller Mitglieder in den Architektenkammern. Nicht berücksichtigt sind u. a. Architektinnen und Architekten im Ruhestand, nicht berufliche Architektinnen und Architekten sowie Architektinnen und Architekten im Praktikum (weitere Erläuterungen zur Berechnung unter: <https://bak.de/kammer-und-beruf/daten-fakten/bundeskammerstatistik>). ---
Quelle: Bundeskammerstatistik der Bundesarchitektenkammer e. V., eigene Berechnungen der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder

Abbildung III.2

Anzahl der Architektinnen und Architekten sowie Stadtplanerinnen und Stadtplaner¹⁾ je 1 000 Einwohnerinnen und Einwohner zum 1. Januar 2024 nach Bundesländern



1) Ausgewiesen ist die Summe aller Architektinnen und Architekten sowie Stadtplanerinnen und Stadtplaner, nicht die Anzahl aller Mitglieder in den Architektenkammern. Nicht berücksichtigt sind u. a. Architektinnen und Architekten im Ruhestand, nicht berufliche Architektinnen und Architekten sowie Architektinnen und Architekten im Praktikum (weitere Erläuterungen zur Berechnung unter: <https://bak.de/kammer-und-beruf/daten-fakten/bundeskammerstatistik>). ---
Quelle: Bundeskammerstatistik der Bundesarchitektenkammer e. V., eigene Berechnungen der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder

© Statistische Ämter des Bundes und der Länder

Kapitel IV

Indikatoren zur Sparte Film, Fernsehen und Hörfunk

IV.1 Kinos je 100 000 Einwohnerinnen und Einwohner (2023)

Indikatorenbeschreibung

Die Zahl der Kinos (Spielstätten) und der Leinwände wird auf die Bevölkerungszahlen[®] der einzelnen Bundesländer bezogen. Das Verhältnis zwischen Bevölkerungszahl, der Zahl der Kinospiegelstätten sowie der Leinwände eines Landes zeigt den Versorgungsgrad für die film-interessierte Bevölkerung und stellt somit die Grundlage für die Kinobesuche je Einwohnerin und Einwohner dar (siehe Kapitel IV.2). Je größer die Kennwerte ausfallen, desto höher ist der Versorgungsgrad.

**1 744 Kinos mit 4 901
Leinwänden im Jahr
2023 in Deutschland**

Bayern hat die meisten Kinospiegelstätten

In Deutschland hat es im Jahr 2023 insgesamt 1 744 Kinospiegelstätten gegeben. Im Vergleich zum Vorjahr stieg die Anzahl um 14 Spielstätten an (2022: 1 730 Spielstätten) und gegenüber 2013 sogar um 107 (2013: 1 637 Spielstätten). In den Spielstätten selbst wurden in Deutschland insgesamt 4 901 Leinwände gezählt, davon 3 804 in den westdeutschen und 1 097 in den ostdeutschen Bundesländern. Das waren bundesweit insgesamt 10 Leinwände weniger als im Jahr 2022 (4 911 Leinwände), aber 291 mehr als vor zehn Jahren (2013: 4 610 Leinwände). Einen enormen Anstieg an Leinwänden verzeichneten mit Beginn der Corona-Pandemie laut Filmförderungsanstalt (FFA) die Autokinos. Die Zahl der Leinwände in den Autokinos stieg deutschlandweit von 28 im Jahr 2019 auf 454 im Jahr 2020, bevor in den Folgejahren wieder ein deutlicher Rückgang auf 31 Leinwände im Jahr 2023 festzustellen war.

Die Anzahl der Spielstätten und Leinwände in den Bundesländern variierten erwartungsgemäß mit der Bevölkerungsgröße. Vor diesem Hintergrund hatten die drei bevölkerungsreichsten Bundesländer Nordrhein-Westfalen (278 Spielstätten), Bayern (288) und Baden-Württemberg (246) auch die mit Abstand meisten Spielstätten. Bei der Anzahl der Leinwände machten diese drei Länder mit insgesamt 2 427 Leinwänden die Hälfte (49,5 %) der Leinwände in Deutschland aus. Flächen- und bevölkerungsmäßig kleinere Bundesländer bzw. Stadtstaaten wie Hamburg (35 Spielstätten), das Saarland (24) oder Bremen (12) hatten folglich auch weniger Kinos und Leinwände.

**Rund 6 Leinwände
und 2 Kinospiegelstätten
im Schnitt je 100 000
Einwohnerinnen und
Einwohner**

Auf 100 000 Einwohnerinnen und Einwohner entfielen bundesweit durchschnittlich 5,8 Leinwände und 2,1 Spielstätten. Damit haben sich diese Werte im Vergleich zum Vorjahr nicht verändert. Gegenüber dem Jahr 2013 kam es zu einem leichten Anstieg (2013: 5,7 Leinwände und 2,0 Spielstätten). Bezogen auf die Bevölkerungszahlen ergab sich eine andere Rangfolge der Bundesländer als bei den absoluten Zahlen. Mit 8,6 Leinwänden und 4,7 Spielstätten je 100 000 Einwohnerinnen und Einwohner hatte Mecklenburg-Vorpommern den höchsten Versorgungsgrad in der Bevölkerung. Außerdem war hier das Verhältnis der Anzahl der Leinwände zur Anzahl der Spielstätten (1,8 Leinwände je Spielstätte) vergleichsweise gering (Bundeswert: 2,8). Mit einigem Abstand folgte beim Versorgungsgrad von Leinwänden und Spielstätten je 100 000 Einwohnerinnen und Einwohner im Jahr 2023 die Bundeshauptstadt Berlin (7,5 Leinwände und 2,6 Spielstätten). Brandenburg wies ebenfalls einen hohen Versorgungsgrad von 2,7 Spielstätten je 100 000 Einwohnerinnen und Einwohner auf, lag bei den Leinwänden mit 6,2 jedoch im Mittelfeld. Auf einen hohen Wert bei den Leinwänden kamen auch Bremen (6,9 Leinwände und 1,7 Spielstätten) und Bayern (6,5 Leinwände und 2,1 Spielstätten). Die geringsten Indikatorwerte bei den Leinwänden zeigten sich in Rheinland-Pfalz (5,1 Leinwände und 1,7 Spielstätten), Nordrhein-Westfalen (4,9 Leinwände und 1,5 Spielstätten) und Hamburg (4,8 Leinwände und 1,8 Spielstätten).

Methodische Hinweise zum Indikator IV.1

Die Filmförderungsanstalt (FFA) stellt jährlich Kennzahlen zu den Spielstätten (Kinos), Leinwänden (Kinosäle) und Filmbesuchen nach Bundesländern zur Verfügung. Dabei ist die Zahl der Spielstätten nicht mit der Zahl der Leinwände identisch, da eine Spielstätte auch mehrere Leinwände haben kann. Die Zahl der Leinwände schließt auch Sonderformen (z. B. Autokinos) ein. Die Daten lassen sich mit den Bevölkerungszahlen aus der amtlichen Statistik verknüpfen.

Tabelle IV.1

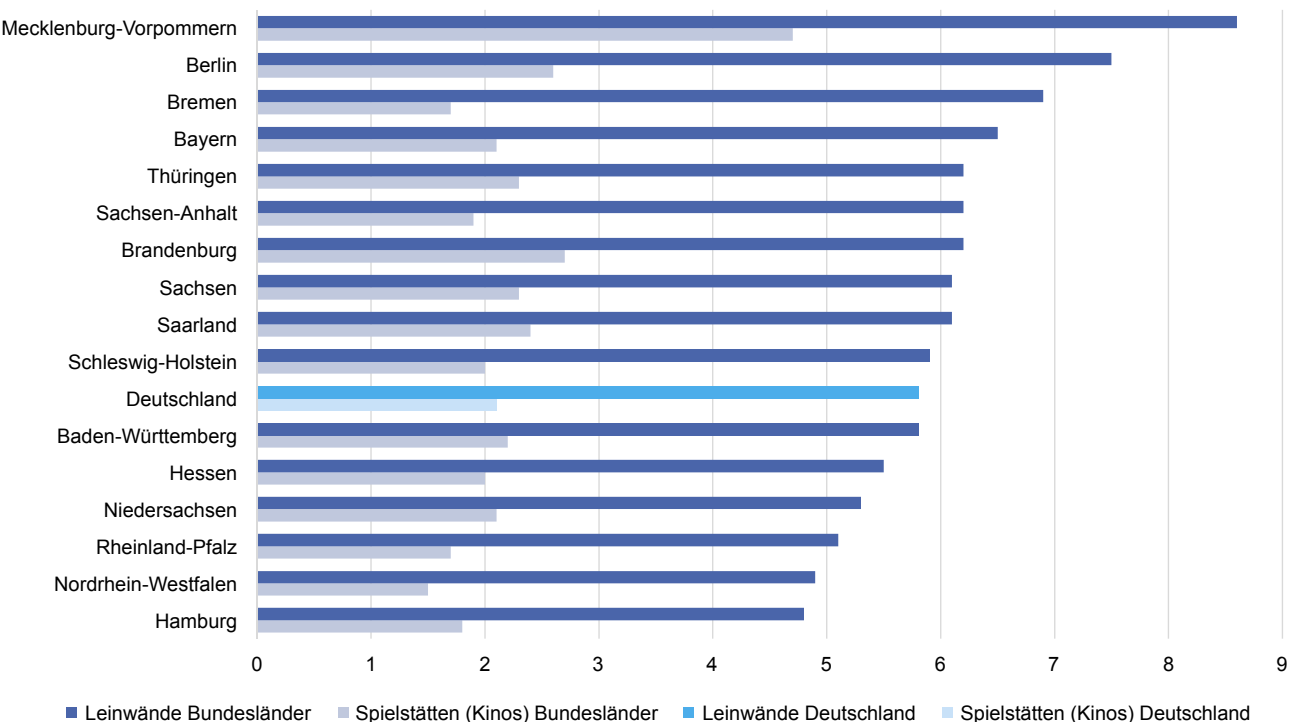
Anzahl der Leinwände und der Spielstätten (Kinos) nach Bundesländern

Land	Leinwände		Leinwände je 100 000 Einwohnerinnen und Einwohner		Spielstätten (Kinos)		Spielstätten (Kinos) je 100 000 Einwohnerinnen und Einwohner	
	2022	2023	2022	2023	2022	2023	2022	2023
Baden-Württemberg	669	658	5,9	5,8	249	246	2,2	2,2
Bayern	871	869	6,5	6,5	289	288	2,2	2,1
Berlin	279	283	7,4	7,5	95	99	2,5	2,6
Brandenburg	155	159	6,0	6,2	67	70	2,6	2,7
Bremen	47	48	6,9	6,9	11	12	1,6	1,7
Hamburg	89	91	4,7	4,8	33	35	1,7	1,8
Hessen	347	355	5,4	5,5	127	129	2,0	2,0
Mecklenburg-Vorpommern	142	140	8,7	8,6	79	77	4,9	4,7
Niedersachsen	444	435	5,5	5,3	173	172	2,1	2,1
Nordrhein-Westfalen	892	900	4,9	4,9	273	278	1,5	1,5
Rheinland-Pfalz	230	212	5,5	5,1	72	69	1,7	1,7
Saarland	62	61	6,2	6,1	23	24	2,3	2,4
Sachsen	241	248	5,9	6,1	87	94	2,1	2,3
Sachsen-Anhalt	135	136	6,2	6,2	41	42	1,9	1,9
Schleswig-Holstein	176	175	6,0	5,9	61	60	2,1	2,0
Thüringen	132	131	6,2	6,2	50	49	2,4	2,3
Deutschland	4 911	4 901	5,8	5,8	1 730	1 744	2,1	2,1

Quelle: Filmförderungsanstalt (FFA), eigene Berechnungen der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder

Abbildung IV.1

Leinwände und Spielstätten (Kinos) je 100 000 Einwohnerinnen und Einwohner 2023 nach Bundesländern



Quelle: Filmförderungsanstalt (FFA), eigene Berechnungen der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder

© Statistische Ämter des Bundes und der Länder

IV.2 Kinobesuche je Einwohnerin und Einwohner (2023)

Indikatorenbeschreibung

Die Zahl der Kinobesuche wird auf die Bevölkerungszahlen⁶ der einzelnen Bundesländer bezogen. Der Indikator spiegelt das Besucherinteresse bzw. die Nachfrage nach diesen in den einzelnen Ländern wider. Je größer der Indikator ausfällt, umso häufiger wird das Kinoangebot genutzt.

23 Millionen Besuche der Top 5 Filme in 2023

Knapp ein Viertel mehr Kinobesuche in 2023 als im Vorjahr

Im Jahr 2023 sind in den Kinos deutschlandweit rund 95,7 Millionen Besuche gezählt worden. Im Vergleich zum Vorjahr entspricht das einer Steigerung von 17,7 Millionen Besuchen bzw. 22,7 %. In den vergangenen zehn Jahren fielen die Besuchszahlen zum Teil sehr unterschiedlich aus. Die meisten Besuche wurden im Jahr 2015 mit 139,2 Millionen verzeichnet, gefolgt von 129,7 Millionen im Jahr 2013. Die wenigsten Besuche waren im Corona-Jahr 2020 mit 38,1 Millionen zu finden. Unabhängig von der Corona-Pandemie ist der zentrale Einflussfaktor für die Höhe der Besuchszahlen erwartungsgemäß das Filmangebot der Kinos in einem Kinojahr. Im Zeitvergleich zeigt sich beispielsweise, dass im Jahr 2015 die Top 5 Filme der internationalen Jahreshitliste der Filmförderungsanstalt (FFA) insgesamt 33 Millionen Besucherinnen und Besucher ins Kino zogen. Im Jahr 2023 waren es bei den Top 5 der erfolgreichsten Filme 23 Millionen Besuche und damit nur 2 Millionen weniger als 2019 (25 Millionen Besuche), dem Jahr vor Beginn der Corona-Pandemie. Die Besuchszahlen in den Autokinos, die während der Corona-Pandemie deutlich anstiegen (von 306 000 Besucherinnen und Besucher im Jahr 2019 auf 2,1 Millionen im Jahr 2020), reduzierten sich wieder deutlich auf 340 000 im Jahr 2023.

1,1 Kinobesuche je Einwohnerin und Einwohner in 2023

In Deutschland wurden im Jahr 2023 je Einwohnerin und Einwohner durchschnittlich 1,1 Kinobesuche gezählt, im Vorjahr waren es 0,9. Wie auch in anderen Kulturbereichen (z. B. Museen, Bibliotheken), nahmen die Stadtstaaten Berlin, Bremen und Hamburg bei den Kinobesuchen eine überdurchschnittliche Stellung ein. Berlin und Bremen lagen mit 2,2 und 2,0 Kinobesuchen je Einwohnerin und Einwohner auf den ersten beiden Plätzen der Rangliste, gefolgt von Hamburg mit 1,8. Als einziges Flächenland kam Bayern mit 1,2 Kinobesuchen auf einen höheren Wert als der Bundesdurchschnitt von 1,1. Im Bundesdurchschnitt lagen Sachsen, Nordrhein-Westfalen und Hessen. Die übrigen Länder hatten niedrigere Werte zu verzeichnen.

Im Zehnjahresvergleich reduzierte sich der Indikatorwert deutschlandweit von 1,6 im Jahr 2013 auf 1,1 im Jahr 2023. Im Ländervergleich zeigte sich der größte Rückgang im Stadtstaat Bremen. Während hier der Wert im Jahr 2013 noch bei 2,9 gelegen hatte, reduzierte er sich im Jahr 2023 auf 2,0. Es folgte Baden-Württemberg mit einem Rückgang von 1,7 auf 1,0. Die geringste Abnahme zeigte sich in diesem Zeitraum in Sachsen mit einem Rückgang von 1,3 auf 1,1 Besuchen je Einwohnerin und Einwohner zwischen 2013 und 2023.

Methodische Hinweise zum Indikator IV.2

Die Filmförderungsanstalt (FFA) stellt jährlich Kennzahlen zu den Spielstätten (Kinos), Leinwänden (Kinosäle) und Filmbesuchen nach Bundesländern zur Verfügung. Dabei ist die Zahl der Spielstätten nicht mit der Zahl der Leinwände identisch, da eine Spielstätte auch mehrere Leinwände haben kann. Die Zahl der Leinwände schließt auch Sonderformen (z. B. Autokinos) ein. Die Daten lassen sich mit den Bevölkerungszahlen aus der amtlichen Statistik verknüpfen.

Der Indikator bezieht sich auf die Anzahl der Besuche in Kinos. Dies ist nicht gleichbedeutend mit der Anzahl der verschiedenen Besucherinnen und Besucher, da eine Person durchaus mehrmals ein Kino oder auch mehrere verschiedene Kinos in mehreren Bundesländern besuchen kann. Bei der Interpretation der Ergebnisse ist zu beachten, dass Kinos in Stadtstaaten und zum Teil in weiteren Großstädten mit ihren Angeboten überregional ausgerichtet sind und daher in höherem Maße auch von Einwohnerinnen und Einwohner anderer, insbesondere angrenzender Bundesländer besucht werden.

Tabelle IV.2

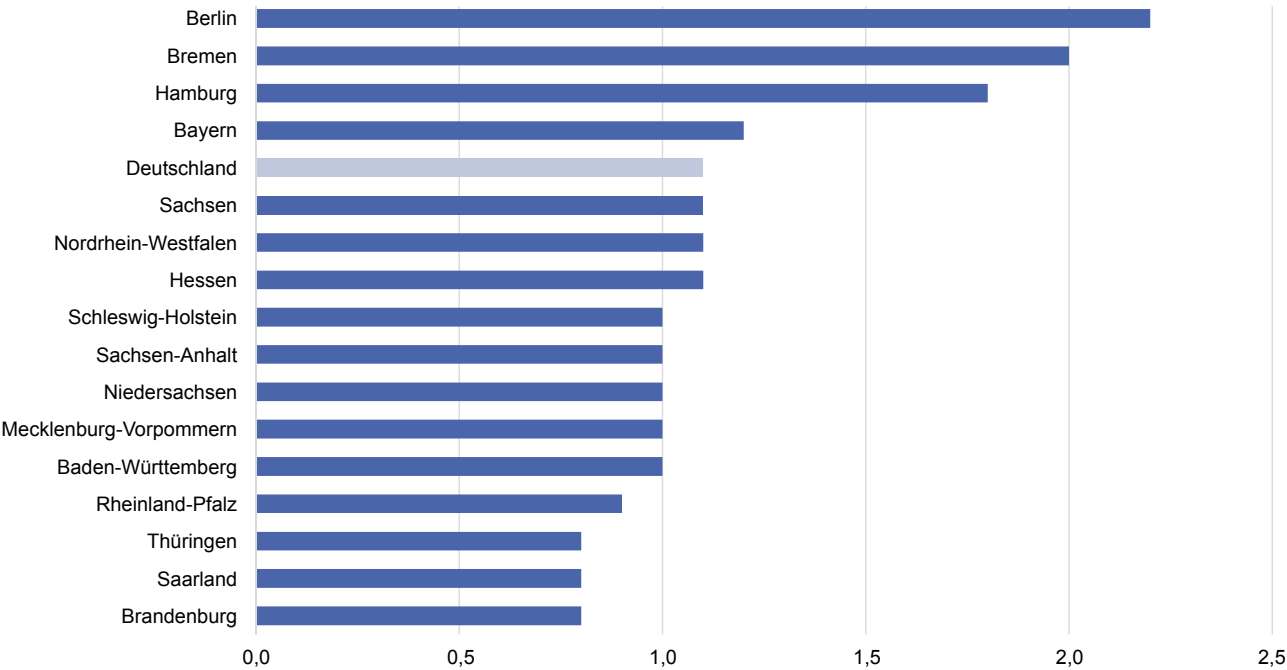
Kinobesuche nach Bundesländern

Land	Kinobesuche			Kinobesuche je Einwohnerin und Einwohner		
	2013	2022	2023	2013	2022	2023
	in Millionen					
Baden-Württemberg	18,0	9,6	11,6	1,7	0,8	1,0
Bayern	23,0	13,2	16,4	1,8	1,0	1,2
Berlin	9,4	6,5	8,2	2,7	1,7	2,2
Brandenburg	2,8	1,9	2,2	1,1	0,7	0,8
Bremen	1,9	1,1	1,4	2,9	1,6	2,0
Hamburg	4,2	2,6	3,3	2,4	1,4	1,8
Hessen	9,9	5,8	7,3	1,6	0,9	1,1
Mecklenburg-Vorpommern	2,1	1,3	1,6	1,3	0,8	1,0
Niedersachsen	10,8	6,6	8,1	1,4	0,8	1,0
Nordrhein-Westfalen	26,3	16,0	19,6	1,5	0,9	1,1
Rheinland-Pfalz	5,7	3,2	3,9	1,4	0,8	0,9
Saarland	1,3	0,7	0,8	1,3	0,7	0,8
Sachsen	5,3	3,7	4,4	1,3	0,9	1,1
Sachsen-Anhalt	2,8	1,9	2,2	1,3	0,9	1,0
Schleswig-Holstein	3,7	2,4	2,8	1,3	0,8	1,0
Thüringen	2,5	1,5	1,8	1,2	0,7	0,8
Deutschland	129,7	78,0	95,7	1,6	0,9	1,1

Quelle: Filmförderungsanstalt (FFA), eigene Berechnungen der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder

Abbildung IV.2

Kinobesuche je Einwohnerin und Einwohner 2023 nach Bundesländern



Quelle: Filmförderungsanstalt (FFA), eigene Berechnungen der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder

© Statistische Ämter des Bundes und der Länder

IV.3 Kulturangebot der öffentlich-rechtlichen Fernseh- und Radioprogramme (2023)

Indikatorenbeschreibung

Die Grundversorgung aller Bürgerinnen und Bürger mit Informationen, Bildung, Kultur und Unterhaltung ist Auftrag der Arbeitsgemeinschaft der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten der Bundesrepublik Deutschland (ARD) im Bereich Hörfunk, des Ersten Fernsehprogramms, des Zweiten Deutschen Fernsehens (ZDF) sowie der Dritten Fernsehprogramme. Die Anteile der kulturellen Sendungen am gesamten Programmangebot spiegeln die Bedeutung von kulturellen Inhalten dieser Anbietenden wider. Für eine regionale Betrachtung nach Sendeanstalten bieten sich die Dritten Fernseh- und die Hörfunkprogramme der Landesrundfunkanstalten an.

Sendezeit für Kultur bei den Dritten Fernsehprogrammen weiter rückläufig

5 370 Sendestunden der neun Landesrundfunkanstalten im Ressort „Kultur und Wissenschaft“

Im gesamten Ersten Fernsehprogramm nahm im Jahr 2023 das Ressort „Kultur und Wissenschaft“ rund 97 Stunden bzw. einen Anteil von 1,1 % der Gesamtsendezeit ein. Die Sendezeit des Ressorts „Musik“ war mit insgesamt rund 9 Stunden bzw. einen Anteil von 0,1 % der Gesamtsendezeit deutlich geringer. Das ZDF weist andere Programmkategorien als die ARD auf (darunter z. B. „Unterhaltung“, „Information“, „Fiktion“, „Kinderprogramm“, „Übertragungen“ oder „Sport“). Die einzig eindeutig kulturell relevante Kategorie „Konzert- und Bühnendarbietung“ machte 2023 mit etwa 20 Stunden 0,2 % am gesamten ZDF-Programm mit gut 8 750 Stunden aus. Beim Fernsehprogramm der neun Landesrundfunkanstalten in Deutschland entfielen im Jahr 2023 zusammen gut 5 370 Sendestunden auf das Ressort „Kultur und Wissenschaft“ und rund 540 Stunden auf das Ressort „Musik“. Bezogen auf die Gesamtsendezeit entspricht dies einem Anteil von 7,8 % und 0,8 %. Die höchsten Sendeanteile für „Kultur und Wissenschaft“ unter den Landesrundfunkanstalten wiesen der Bayerische Rundfunk (BR) mit 17,7 % und mit deutlichem Abstand der Mitteldeutsche Rundfunk (MDR) mit 8,3 % auf. Mit 3,6 % hatte der Rundfunk Berlin-Brandenburg (RBB) den geringsten Anteil am Gesamtprogramm beim Ressort „Kultur und Wissenschaft“, gefolgt vom Hessischen Rundfunk (HR) und Westdeutschen Rundfunk (WDR) mit jeweils 6,1 %. Die Anteile des Ressorts „Musik“ waren 2023 bei allen Landesrundfunkanstalten durchweg gering. Den höchsten Anteil hatte mit 1,9 % der Westdeutsche Rundfunk (WDR). Bezogen auf das Gesamtprogramm mit 9 540 Stunden wies der Rundfunk Berlin-Brandenburg (RBB) auch beim Musikprogramm mit 17 Stunden den geringsten Anteil auf. Im Vergleich zum Vorjahr hat sich der Anteil der Landesrundfunkanstalten beim Ressort „Kultur und Wissenschaft“ um 0,4 Prozentpunkte und beim Musikprogramm um 0,1 Prozentpunkte verringert. Im Fünfjahresvergleich, gegenüber dem Jahr 2018, reduzierte sich der Anteil beim Ressort „Kultur und Wissenschaft“ sogar um 1,5 Prozentpunkte, beim Ressort „Musik“ stieg er dagegen um 0,2 Prozentpunkte an.

Kulturrelevantes Programmangebot der Hörfunkprogramme

57,0 % Musikanteil am gesamten Hörfunkprogramm der Landesrundfunkanstalten

Zu den Hörfunkprogrammen mit Kulturbezug zählen die Bereiche „Kultur und Bildung“ sowie „Musik“. Sie werden von den öffentlichen Landesrundfunkanstalten in Deutschland sowie vom Deutschlandradio (darunter: „Deutschlandfunk Kultur“, „Deutschlandfunk“ und „Deutschlandfunk Nova“) angeboten. 267 850 Stunden umfasste das analoge Musik- und 40 970 das analoge Kultur-Bildungs-Programm der Landesrundfunkanstalten im Jahr 2023. Zusätzlich wurden 90 140 Stunden digitales Musik- und 4 840 Stunden digitales Kultur-Bildungs-Programm angeboten. Der Musikanteil am gesamten Hörfunkprogramm (analog und digital) betrug 57,0 %. Davon entfielen 28,3 % auf Rock-/Popmusik, 19,7 % auf Unterhaltungsmusik und 9,0 % auf Klassik. Der Wortbeitrag „Kultur und Bildung“ nahm einen Anteil von 7,3 % ein.

Methodische Hinweise zum Indikator IV.3

Für den Indikator werden die Daten der Arbeitsgemeinschaft der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten der Bundesrepublik Deutschland (ARD) und des Zweiten Deutschen Fernsehens (ZDF) herangezogen. Die insgesamt elf Ressorts des gesamten Programmangebots der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten haben eine eigene Systematik und die Zuordnung der Sendungen zu den Ressorts werden jeweils eigenständig vorgenommen. Für den Indikator wurden die Kategorien „Kultur und Wissenschaft“ sowie „Musik“ herangezogen. Der Sender ZDF hat eigene Programmkategorien, die sich von denen der Dritten Fernsehprogramme unterscheiden. Beim Hörfunk wird in der Kategorie „Musik“ differenziert nach „Rock-/Popmusik“, „Unterhaltungsmusik“ und „Klassik“.

Tabelle IV.3

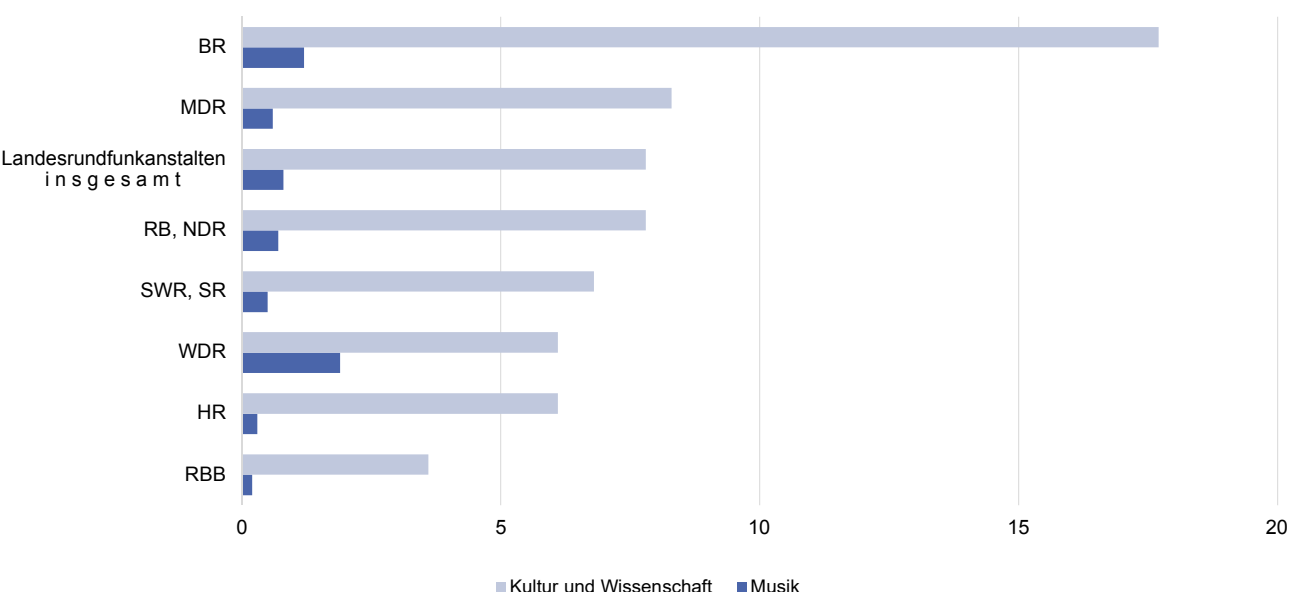
Kulturrelevante Sendezeiten zu den Themen „Kultur und Wissenschaft“ sowie „Musik“ in den Dritten Fernsehprogrammen der Landesrundfunkanstalten

Landesrundfunkanstalt	Zugehörige Länder	2022				2023			
		Kultur und Wissenschaft		Musik		Kultur und Wissenschaft		Musik	
		Stunden	% ¹⁾	Stunden	% ¹⁾	Stunden	% ¹⁾	Stunden	% ¹⁾
Bayerischer Rundfunk (BR)	Bayern	1 548	18,1	88	1,0	1 502	17,7	103	1,2
Hessischer Rundfunk (HR)	Hessen	581	6,6	22	0,3	535	6,1	25	0,3
Mitteldeutscher Rundfunk (MDR)	Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen	762	8,3	53	0,6	762	8,3	53	0,6
Radio Bremen (RB)/Norddeutscher Rundfunk (NDR)	Bremen, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Schleswig-Holstein	762	7,8	82	0,8	754	7,8	71	0,7
Rundfunk Berlin-Brandenburg (RBB)	Berlin, Brandenburg	267	2,8	110	1,2	340	3,6	17	0,2
Südwestrundfunk (SWR)/Saarländischer Rundfunk (SR)	Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz, Saarland	1 018	8,8	80	0,7	788	6,8	53	0,5
Westdeutscher Rundfunk (WDR)	Nordrhein-Westfalen	701	6,1	182	1,6	689	6,1	217	1,9
Landesrundfunkanstalten insgesamt²⁾	Deutschland	5 640	8,2	618	0,9	5 371	7,8	538	0,8

1) Anteil der kulturrelevanten Sendezeiten an den Gesamtsendestunden der Landesrundfunkanstalt. — 2) Abweichungen in den Summen ergeben sich durch Runden der Zahlen. — Quelle: Arbeitsgemeinschaft der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten der Bundesrepublik Deutschland (ARD), eigene Berechnungen der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder

Abbildung IV.3

Sendezeiten zu den Themen „Kultur und Wissenschaft“ sowie „Musik“ in den Dritten Fernsehprogrammen der Landesrundfunkanstalten 2023 (in %)¹⁾



1) Anteil der kulturrelevanten Sendezeiten an den Gesamtsendestunden der Landesrundfunkanstalt. — Quelle: Arbeitsgemeinschaft der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten der Bundesrepublik Deutschland (ARD), eigene Berechnungen der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder

© Statistische Ämter des Bundes und der Länder

Kapitel V

Indikatoren zur Sparte Darstellende Kunst und Tanz

V.1 Anzahl der Sitzplätze in öffentlichen Theatern je 1 000 Einwohnerinnen und Einwohner (Spielzeit 2021/2022)

Indikatorenbeschreibung

Bei diesem Indikator wird die Zahl der Sitzplätze in öffentlichen Theatern, die dem Publikum angeboten werden, auf die Bevölkerungszahl⁶ bezogen. Der Indikator spiegelt somit die räumliche Kapazität der öffentlichen Theater wider.

Mecklenburg-Vorpommern mit den meisten Sitzplätzen je 1 000 Einwohnerinnen und Einwohner

In der Spielzeit 2021/2022 boten die öffentlichen Theater in Deutschland ihrem Publikum in ihren 754 Spielstätten insgesamt 178 720 Plätze an. Gegenüber der vorherigen Spielzeit 2020/2021 (89 370 Sitzplätze), die noch stark von der Corona-Pandemie geprägt war, waren dies doppelt so viele Plätze. Die Zahl der Spielstätten stieg im Vergleich dieses Zeitraumes um rund ein Fünftel. Dabei ist zu beachten, dass nur die Spielstätten gezählt wurden, die in der jeweiligen Spielzeit auch bespielt wurden. Die meisten Spielstätten mit den meisten angebotenen Sitzplätzen gab es in der Spielzeit 2021/2022 in Nordrhein-Westfalen mit 118 Spielstätten und 29 310 Sitzplätzen. Es folgten Baden-Württemberg (108 Spielstätten, gut 26 110 Sitzplätze) und Bayern (105 Spielstätten, rund 24 140 Sitzplätze). An vierter Stelle der Rangliste lag als erstes ostdeutsches Bundesland Sachsen mit 76 Spielstätten und insgesamt rund 16 870 Sitzplätzen. Die wenigsten Spielstätten und Sitzplätze in öffentlichen Theatern wurden für Bremen (9 Spielstätten, gut 1 330 Sitzplätze), das Saarland (7 Spielstätten, rund 2 030 Sitzplätze) und Hamburg (12 Spielstätten, gut 3 320 Sitzplätze) gemeldet. Die Anzahl der Spielstätten stieg im Vergleich zum Vorjahr in allen Bundesländern an bzw. blieb in einem Bundesland unverändert (Bremen).

Alle ostdeutschen Länder lagen in der Spielzeit 2021/2022 über dem bzw. im Durchschnitt von 2,1 Sitzplätzen je 1 000 Einwohnerinnen und Einwohner

Die durchschnittliche Anzahl angebotener Sitzplätze in den öffentlichen Theatern bezogen auf die Bevölkerungszahl lag in der Spielzeit 2021/2022 bei 2,1 Sitzplätzen je 1 000 Einwohnerinnen und Einwohner. Im Vergleich zur Spielzeit 2020/2021 (1,1 Sitzplätze je 1 000 Einwohnerinnen und Einwohner) verdoppelte sich dieser Wert nahezu. Unter den Ländern erreichte Mecklenburg-Vorpommern mit 4,5 angebotenen Sitzplätzen je 1 000 Einwohnerinnen und Einwohner den Spitzenwert. Doch auch Thüringen mit 4,2, Berlin und Sachsen mit jeweils 4,1 sowie Sachsen-Anhalt mit 3,7 Sitzplätzen je 1 000 Einwohnerinnen und Einwohner lagen in dieser Spielzeit deutlich über dem Bundesdurchschnitt. Diese hohen Werte sind auch auf die vergleichsweise geringen Bevölkerungszahlen der Bundesländer zurückzuführen. So hatte bspw. Hessen insgesamt etwas mehr Plätze im Vergleich zu Thüringen, aber aufgrund der größeren Bevölkerung einen geringeren Indikatorwert. Brandenburg lag mit 2,1 genau im Bundesdurchschnitt. Die wenigsten Sitzplätze je 1 000 Einwohnerinnen und Einwohner gab es in Niedersachsen mit 1,0, gefolgt von Rheinland-Pfalz und Hessen mit jeweils 1,4. Die vergleichsweise größte Veränderung beim Indikatorwert gegenüber der vorherigen Spielzeit 2020/2021 war in Berlin zu verzeichnen: Dort stieg der Wert von 1,4 Sitzplätzen je 1 000 Einwohnerinnen und Einwohner auf 4,1. Den geringsten Anstieg beim Indikatorwert hatte Rheinland-Pfalz zu verbuchen. Dort wuchs die Anzahl der angebotenen Sitzplätze je 1 000 Einwohnerinnen und Einwohner von 1,0 auf 1,4.

Methodische Hinweise zum Indikator V.1

Für den Indikator wird die jährlich erhobene Theaterstatistik des Deutschen Bühnenvereins e. V. herangezogen. Der Verein erhebt Daten von öffentlichen Theatern, Orchestern (inkl. Rundfunkorchester), Privattheatern und Festspielen zu verschiedensten Merkmalen, wie z. B. Besuchen, Personal oder Einnahmen und Ausgaben. Die Teilnahme an der Erhebung erfolgt freiwillig. Die Anzahl der angebotenen Sitzplätze (ohne Freilichtbühnen, Konzerthallen etc.) je 1 000 Einwohnerinnen und Einwohner errechnet sich aus der Summe der angebotenen Sitzplätze bezogen auf die Bevölkerungszahl des Landes.

Bei der Interpretation des Indikators ist zu beachten, dass die dem Publikum tatsächlich angebotene Platzzahl häufig niedriger ist, als die nach der ursprünglichen Baukonzeption vorhandenen Sitzplätze, weil entweder Plätze wegen schlechter Sichtverhältnisse gegenüber dem ursprünglichen Sitzplan generell nicht mehr verkauft werden oder aber bei bestimmten Inszenierungen der infrage stehenden Spielzeit Teile des Zuschauerraumes überbaut worden sind und deshalb Plätze entfielen.

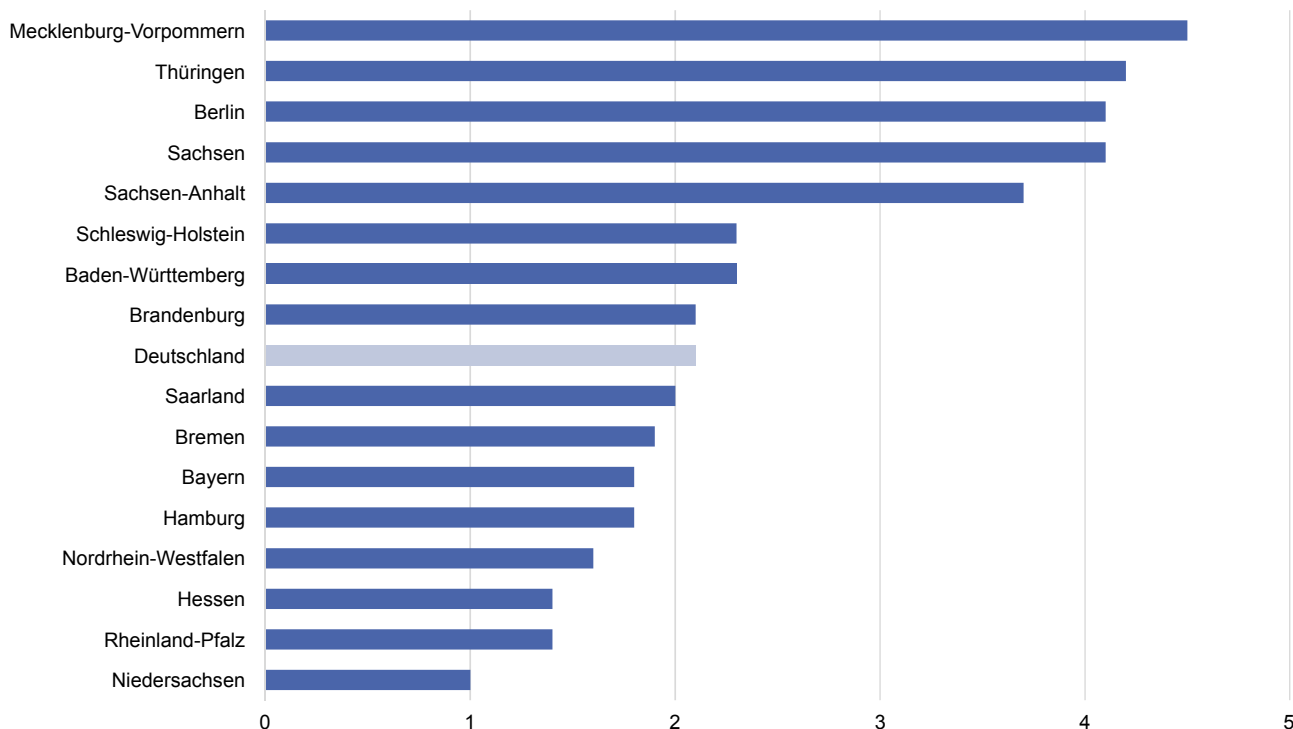
Tabelle V.1

Spielstätten und angebotene Sitzplätze in öffentlichen Theatern nach Bundesländern

Land	2020/2021			2021/2022		
	Spielstätten	Zahl der angebotenen Plätze		Spielstätten	Zahl der angebotenen Plätze	
		insgesamt	je 1 000 Einwohnerinnen und Einwohner		insgesamt	je 1 000 Einwohnerinnen und Einwohner
Baden-Württemberg	81	7 796	0,7	108	26 114	2,3
Bayern	86	12 125	0,9	105	24 136	1,8
Berlin	27	5 221	1,4	35	15 522	4,1
Brandenburg	19	2 503	1,0	31	5 491	2,1
Bremen	9	652	1,0	9	1 333	1,9
Hamburg	10	1 400	0,8	12	3 322	1,8
Hessen	39	5 686	0,9	41	9 218	1,4
Mecklenburg-Vorpommern	29	4 834	3,0	35	7 331	4,5
Niedersachsen	40	4 242	0,5	42	8 152	1,0
Nordrhein-Westfalen	105	13 436	0,7	118	29 310	1,6
Rheinland-Pfalz	24	4 220	1,0	29	5 967	1,4
Saarland	5	619	0,6	7	2 026	2,0
Sachsen	64	13 229	3,3	76	16 866	4,1
Sachsen-Anhalt	41	4 888	2,3	48	8 127	3,7
Schleswig-Holstein	17	2 739	0,9	19	6 846	2,3
Thüringen	36	5 780	2,7	39	8 959	4,2
Deutschland	632	89 370	1,1	754	178 720	2,1

Quelle: Deutscher Bühnenverein e. V., eigene Berechnungen der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder

Abbildung V.1

Angebotene Sitzplätze in öffentlichen Theatern je 1 000 Einwohnerinnen und Einwohner in der Spielzeit 2021/2022 nach Bundesländern

Quelle: Deutscher Bühnenverein e. V., eigene Berechnungen der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder

© Statistische Ämter des Bundes und der Länder

V.2 Theaterbesuche je 1 000 Einwohnerinnen und Einwohner (Spielzeit 2021/2022)

Indikatorenbeschreibung

Bei diesem Indikator wird die Zahl der Theaterbesuche auf die Bevölkerungszahl^G bezogen. Der Indikator spiegelt sowohl das Angebot als auch die Nachfrage nach Theateraufführungen wider.

11,6 Millionen Theaterbesuche in der Spielzeit 2021/2022

Deutlicher Anstieg der Theaterbesuche in der Spielzeit 2021/2022

Der Deutsche Bühnenverein e. V. hat in der Spielzeit 2021/2022 in Deutschland insgesamt rund 11,6 Millionen Besuche von Theaterveranstaltungen gezählt. Auf die öffentlichen Theater entfielen 9,0 Millionen und auf die Privattheater 2,6 Millionen Besuche. Da allerdings keine Verpflichtung zur Meldung der Daten an den Deutschen Bühnenverein e. V. besteht, ist insbesondere von einer Untererfassung der Privattheaterbesuche auszugehen. In vier von 16 Bundesländern meldeten die Spielstätten zum Teil deutlich über 1 Million Besuche. Die höchste Besuchszahl gab es mit 2,1 Millionen Theaterbesuchen in Nordrhein-Westfalen. Gegenüber der Spielzeit 2020/2021, die noch stark von der Corona-Pandemie geprägt war, stieg die Zahl der Theaterbesuche um rund das Dreifache an. Sie lag in der Spielzeit 2020/2021 deutschlandweit bei 3,0 Millionen Besuchen. Die Spielzeit 2021/2022 war die erste Spielzeit für die Bühnen nach dem Ende der pandemiebedingten Beschränkungen. Dennoch lagen die Besuchszahlen noch unter dem Niveau der letzten Spielzeit vor der Pandemie, der Spielzeit 2018/2019, mit 26,3 Millionen Besuchen. Vor fünf Jahren (26,9 Millionen Besuche) und vor zehn Jahren (27,0 Millionen Besuche) hatten die Theaterbesuche sogar noch etwas darüber gelegen.

Werden die Besuchszahlen der öffentlichen Theater zu jenen der privaten Theater ins Verhältnis gesetzt, so war in der Spielzeit 2021/2022 vor allem in Hamburg mit 55,8 % ein vergleichsweise geringer Besuchsanteil öffentlicher Theater an allen Theaterbesuchen zu konstatieren. Da Musicals vor allem durch Privattheater angeboten werden, bestätigte sich damit der Ruf Hamburgs als Musical-Hauptstadt. Mit 97,7 % hatte Schleswig-Holstein hier den höchsten Anteilswert. Unter den Besuchen der öffentlichen Theater können Musiktheaterbesuche gesondert ausgewiesen werden. In der Spielzeit 2021/2022 wurden Opern, Tanzveranstaltungen, Operetten oder Musicals in öffentlichen Theatern etwa 4,0 Millionen Mal besucht. Bezogen auf die Besuche öffentlicher Theater insgesamt ergab dies einen Anteil von 44,8 %. Besonders hoch war dieser Anteil mit 74,0 % in Berlin. In Brandenburg hingegen war dieser Anteil mit 25,5 % eher gering, was möglicherweise durch das Musiktheaterangebot in Berlin zu erklären ist.

Stadtstaaten in Spielzeit 2021/2022 mit höchsten Besuchszahlen je 1 000 Einwohnerinnen und Einwohner

Bezogen auf die Bevölkerungszahl ergab sich für Deutschland in der Spielzeit 2021/2022 ein Indikatorwert von 137 Theaterbesuchen je 1 000 Einwohnerinnen und Einwohner. Hamburg nahm mit einem Indikatorwert von 514 dabei den Spitzenplatz in der Länderrangliste ein. Der Hansestadt folgten die weiteren Stadtstaaten Berlin mit 415 und Bremen mit 227. Deutlich unter dem Bundesdurchschnitt lagen die Länder Schleswig-Holstein (74 Theaterbesuche je 1 000 Einwohnerinnen und Einwohner), Brandenburg (75) und Niedersachsen (83). Bezogen auf die öffentlichen Theater ergab sich für Deutschland ein Indikatorwert von 107, darunter waren 48 Besuche von Musiktheaterveranstaltungen. Im Ländervergleich wiesen Berlin mit 304 Besuchen je 1 000 Einwohnerinnen und Einwohner, Hamburg mit 287 und Bremen mit 192 die höchsten Werte bei Theaterbesuchen an öffentlichen Theatern auf.

Methodische Hinweise zum Indikator V.2

Für den Indikator wird die jährlich erhobene Theaterstatistik des Deutschen Bühnenvereins e. V. herangezogen. Der Verein erhebt Daten von öffentlichen Theatern, Orchestern (inkl. Rundfunkorchestern), Privattheatern und Festspielen zu verschiedensten Merkmalen, wie z. B. Besuche, Personal oder Einnahmen und Ausgaben. Die Teilnahme an der Erhebung erfolgt freiwillig. Die Anzahl der Theaterbesuche berechnet sich aus den Veranstaltungen der Privattheater und der öffentlichen Theater (inkl. auswärtiger Gastspiele). Zu den Veranstaltungen der öffentlichen Theater zählen Schauspiel, Kinder- und Jugendtheater, Figurentheater und sonstige Veranstaltungen, z. B. Kabarett oder Lesungen sowie die Musiktheaterveranstaltungen Oper, Tanz, Operette und Musical. Konzertveranstaltungen werden hingegen nicht mitgezählt, da sie im Indikator I.2 gesondert dargestellt werden. Detailliertere Informationen zu Veranstaltungen der Privattheater lagen nicht vor. Zu berücksichtigen ist, dass sich der Indikator auf Besuche, nicht jedoch auf Personen bezieht, da eine Person pro Saison mehrmals ins Theater gehen kann (z. B. Abonnements). Es sei auch darauf hingewiesen, dass Besucherinnen und Besucher nicht nur aus dem jeweiligen Bundesland, sondern aus anderen Regionen stammen können.

Tabelle V.2

Theaterbesuche nach Bundesländern

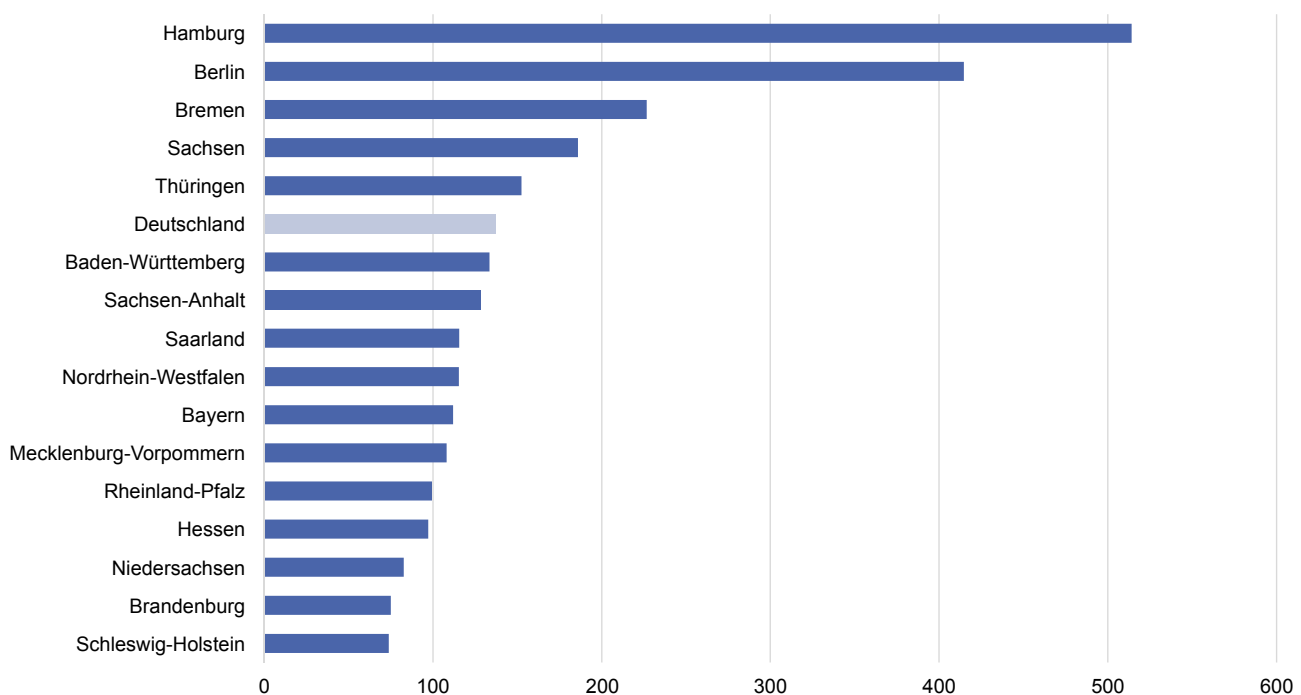
Land	2020/2021	2021/2022					
	Theater- besuche insgesamt	Theater- besuche insgesamt	darunter		Theater- besuche insgesamt	darunter	
			öffentliche Theater ¹⁾	darunter		öffentliche Theater ¹⁾	darunter
				Musik- theater ²⁾			Musik- theater ²⁾
	in 1000				je 1 000 Einwohnerinnen und Einwohner		
Baden-Württemberg	361	1 506	1 158	466	134	103	41
Bayern	407	1 496	1 296	660	112	97	49
Berlin	373	1 558	1 142	845	415	304	225
Brandenburg	61	193	155	40	75	60	15
Bremen	34	155	131	56	227	192	82
Hamburg	153	973	543	226	514	287	120
Hessen	203	622	499	238	97	78	37
Mecklenburg-Vorpommern	103	176	149	44	108	91	27
Niedersachsen	165	673	604	203	83	74	25
Nordrhein-Westfalen	347	2 092	1 406	535	115	78	30
Rheinland-Pfalz	121	414	375	128	99	90	31
Saarland	19	115	101	59	116	102	59
Sachsen	353	760	649	226	186	159	55
Sachsen-Anhalt	89	281	271	87	128	124	40
Schleswig-Holstein	58	218	213	83	74	72	28
Thüringen	107	324	292	124	152	137	58
Deutschland	2 954	11 555	8 985	4 021	137	107	48

1) Unter Veranstaltungen der öffentlichen Theater zählen Schauspiel, Kinder- und Jugendtheater, Figurentheater und sonstige Veranstaltungen, z. B. Kabarett oder Lesungen sowie die Musiktheaterveranstaltungen Oper, Tanz, Operette und Musical. — 2) Ohne Konzertveranstaltungen.

--- Quelle: Deutscher Bühnenverein e. V., eigene Berechnungen der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder

Abbildung V.2

Theaterbesuche je 1 000 Einwohnerinnen und Einwohner in der Spielzeit 2021/2022 nach Bundesländern



Quelle: Deutscher Bühnenverein e. V., eigene Berechnungen der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder

© Statistische Ämter des Bundes und der Länder

Kapitel VI

Indikatoren zur Sparte Literatur und Presse

VI.1 Erstauflagen von Büchern je 10 000 Einwohnerinnen und Einwohner (2023)

Indikatorenbeschreibung

Mit Neuerscheinungen (Erstauflagen) sollen aktuelle und potenzielle Buchkäuferinnen und Buchkäufer entsprechend ihrer Informations- und Lesebedürfnisse auf dem Buchmarkt angesprochen und zur Rezeption motiviert werden. Das Ausmaß der Titelproduktion lässt sich für einen räumlichen Vergleich durch einen Indikator ermessen, bei dem die Anzahl der Erstauflagen von Büchern auf die Bevölkerungszahl⁶ bezogen wird. Daraus lässt sich ablesen, wie viele Buchtitel je 10 000 Einwohnerinnen und Einwohner in einem Jahr erstmals erscheinen.

**Insgesamt 60 230
Erstauflagen 2023
in Deutschland**

**Hamburg und Berlin
führen Rangliste der
Buchproduktion mit
28,6 und 22,4 Titeln
je 10 000 Einwohnerinnen
und Einwohner an**

Rund 7 Erstauflagen je 10 000 Einwohnerinnen und Einwohner

Deutschlands Verlage und Institutionen haben im Jahr 2023 insgesamt 60 230 Erstauflagen auf den Markt gebracht. Die meisten Erstauflagen sind mit 10 830 in der Bundeshauptstadt Berlin erschienen, gefolgt von den bevölkerungsreichsten Ländern: In Bayern waren dies im Jahr 2023 rund 9 900 Erstauflagen, in Baden-Württemberg 8 810 und in Nordrhein-Westfalen gut 7 980. Die wenigsten Erstauflagen erschienen im Saarland mit gut 110 Titeln. Im Jahr 2018 lag die Anzahl der veröffentlichten Erstauflagen in Deutschland noch bei 71 550 Titeln. Damit ging die Zahl in den vergangenen fünf Jahren um 11 320 Titel bzw. 15,8 % zurück. Gegenüber dem Vorjahr zeigte sich eine Abnahme um 4 050 Titel bzw. 6,3 %.

Bezogen auf die Bevölkerungszahl in Deutschland errechnete sich im Jahr 2023 ein Indikatorwert von 7,1 Erstauflagen je 10 000 Einwohnerinnen und Einwohner. Da 7 630 Erstauflagen keinem Land zugeordnet werden können, erfolgt die regionale Betrachtung des Indikators ohne diese Titel. Würde dieser Wert von der Gesamtzahl der Erstauflagen abgezogen, ergäbe sich für Deutschland ein Wert von 6,2 Titeln je 10 000 Einwohnerinnen und Einwohner. Die Stadtstaaten Hamburg und Berlin lagen mit 28,6 und 22,4 Erstauflagen je 10 000 Einwohnerinnen und Einwohner mit deutlichem Abstand an der Spitze der Länder-rangliste, gefolgt von Baden-Württemberg und Bayern mit einem Indikatorwert von 7,8 und 7,4. Am unteren Ende der Länderrangliste lagen Mecklenburg-Vorpommern mit 1,0 sowie Brandenburg, das Saarland und Sachsen-Anhalt mit jeweils 1,1 Erstauflagen je 10 000 Einwohnerinnen und Einwohner.

Gegenüber dem Jahr 2018 reduzierte sich der Indikatorwert von 8,6 Erstauflagen je 10 000 Einwohnerinnen und Einwohner auf aktuell 7,1 Erstauflagen. Dieser Rückgang ließ sich auch bei fast allen Ländern beobachten. Bis auf die Stadtstaaten Berlin und Hamburg sank der Indikatorwert in allen Ländern innerhalb von fünf Jahren. Der deutlichste Anstieg zeigte sich in Berlin, der Stadtstaat steigerte seinen Indikatorwert zwischen 2018 und 2023 von 25,0 auf 28,6 Erstauflagen je 10 000 Einwohnerinnen und Einwohner. Die größte Abnahme gab es in diesem Zeitraum in Bremen mit einem Rückgang von 4,3 auf 2,1 Erstauflagen. Im Vergleich zum Vorjahr stiegen die Indikatorwerte in drei Ländern an. Die größte Zunahme war mit einem Anstieg von 27,7 im Jahr 2022 auf 28,6 im Jahr 2023 wieder in Berlin zu verzeichnen. Den größten Rückgang gab es in Hamburg (von 26,0 Erstauflagen je 10 000 Einwohnerinnen und Einwohner im Jahr 2022 auf 22,4 im Jahr 2023).

Methodische Hinweise zum Indikator VI.1

Für den Indikator werden die Daten des Börsenvereins des Deutschen Buchhandels e. V. verwendet. Die Zahlen zu Erstauflagen werden auf Grundlage der Daten der Deutschen Nationalbibliografie sowie des Verzeichnisses lieferbarer Bücher (VLB) erstellt. Eine Nationalbibliografie ist ein Verzeichnis von Publikationen aus einem definierten Raum bspw. einem Staat oder einem Sprachraum. Hier fließen jährlich alle Neuerscheinungen ein, die der Deutschen Nationalbibliothek von den Verlagen als sogenannte Pflichtexemplare überlassen werden. Einbezogen in die Berechnungen zum Titelausstoß eines Jahres werden auch die jährlich neu von deutschen Verlagen ans VLB gemeldeten Titel. Der Börsenverein des Deutschen Buchhandels ordnet die Orte mit Verlagssitzen den jeweiligen Landesverbänden in Deutschland zu. Bei mehreren Geschäftssitzen ist der Hauptgeschäftssitz relevant. Daraus ergibt sich die Anzahl der Erstauflagen in einem Landesverband. Zu berücksichtigen ist, dass reine E-Books und Print-on-Demand-Produktionen, die in den letzten Jahren unter anderem durch eine steigende Zahl an Self-Publishern sowie wachsende Digitalprogramme der Verlage an Bedeutung gewonnen haben, aus methodischen Gründen nur zu geringen Anteilen in dieser Statistik erfasst werden können. Um den Titelausstoß der Verlage zu messen, sollen Doppelzählungen möglichst vermieden werden. Würden ältere Titel, die nun als E-Book herauskommen (mit neuer ISBN) mitgezählt, würde das die Statistik wenig aussagekräftig machen.

Tabelle VI.1

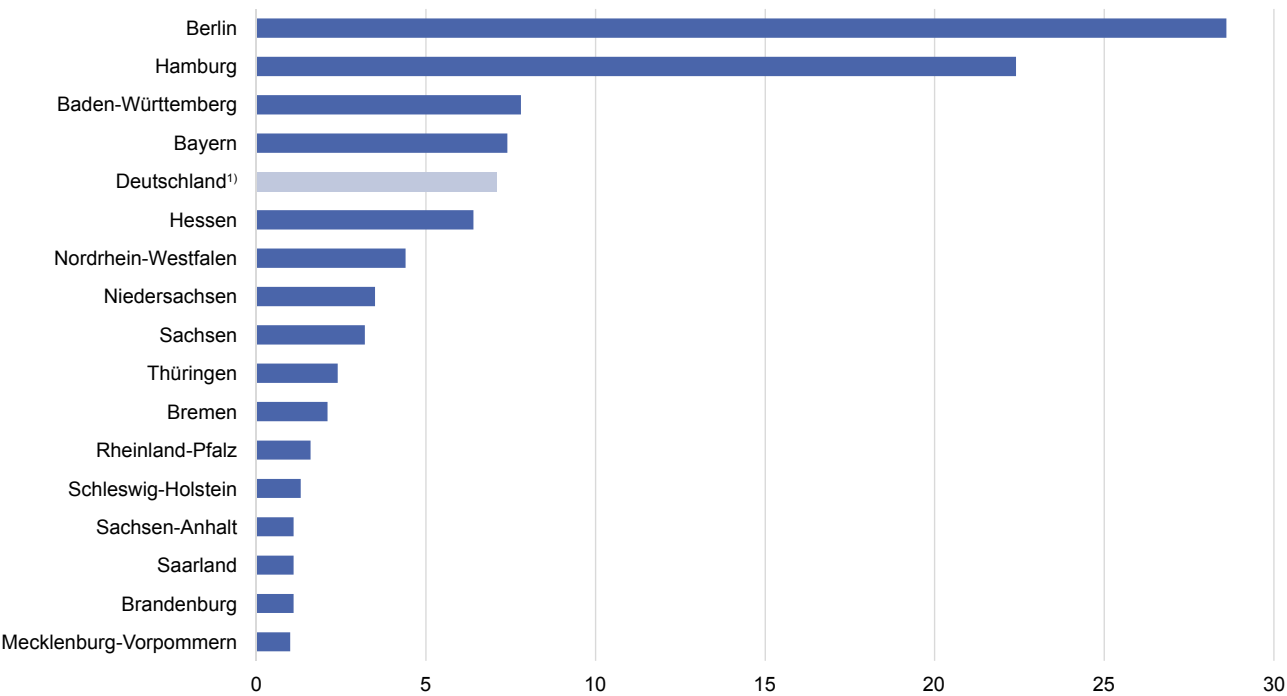
Erstauflagen von Büchern nach Bundesländern

Land	2018		2022		2023	
	Anzahl	je 10 000 Einwohnerinnen und Einwohner	Anzahl	je 10 000 Einwohnerinnen und Einwohner	Anzahl	je 10 000 Einwohnerinnen und Einwohner
Baden-Württemberg	9 517	8,6	9 965	8,8	8 810	7,8
Bayern	12 370	9,5	11 162	8,3	9 898	7,4
Berlin	9 103	25,0	10 393	27,7	10 830	28,6
Brandenburg	337	1,3	262	1,0	272	1,1
Bremen	295	4,3	233	3,4	145	2,1
Hamburg	3 714	20,2	4 913	26,0	4 279	22,4
Hessen	4 669	7,5	4 361	6,8	4 112	6,4
Mecklenburg-Vorpommern	294	1,8	159	1,0	160	1,0
Niedersachsen	2 973	3,7	2 605	3,2	2 837	3,5
Nordrhein-Westfalen	10 731	6,0	8 535	4,7	7 981	4,4
Rheinland-Pfalz	766	1,9	796	1,9	671	1,6
Saarland	108	1,1	141	1,4	111	1,1
Sachsen	1 747	4,3	1 309	3,2	1 325	3,2
Sachsen-Anhalt	322	1,5	288	1,3	250	1,1
Schleswig-Holstein	833	2,9	423	1,4	396	1,3
Thüringen	573	2,7	652	3,1	519	2,4
Summe der Länder	58 352	7,0	56 197	6,7	52 596	6,2
Deutschland¹⁾	71 548	8,6	64 278	7,6	60 230	7,1

1) Da eine regionale Zuordnung der Erstauflagen nicht immer möglich ist, ist der Wert für Erstauflagen in Deutschland höher als die Summe der Erstauflagen der Länder. — Quelle: Börsenverein des Deutschen Buchhandels, eigene Berechnungen der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder

Abbildung VI.1

Erstauflagen von Büchern je 10 000 Einwohnerinnen und Einwohner 2023 nach Bundesländern



1) Da eine regionale Zuordnung der Erstauflagen nicht immer möglich ist, ist der Wert für Erstauflagen in Deutschland höher als die Summe der Erstauflagen der Länder. — Quelle: Börsenverein des Deutschen Buchhandels, eigene Berechnungen der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder

© Statistische Ämter des Bundes und der Länder

VI.2 Verkaufte Tagesauflagen von lokalen und regionalen Abonnementzeitungen je 1 000 Einwohnerinnen und Einwohner (2023)

Indikatorenbeschreibung

Die Tageszeitungen^G übernehmen – neben Radio, TV und Internet – die Versorgung der Bevölkerung mit aktuellen Nachrichten. Tageszeitungen lassen sich unterscheiden in überregionale Abonnementzeitungen, in lokale und regionale Abonnementzeitungen sowie in Kaufzeitungen. Dabei werden nur wenige überregionale Tageszeitungen als Abonnements oder über den Einzelverkauf bundesweit verbreitet. Die große Masse der Tageszeitungen ist hingegen lokal und regional geprägt. Für eine regionale Betrachtung eignen sich aus diesem Grund am ehesten lokale und regionale Abonnementzeitungen. Eine Abonnementzeitung ist jenes Verkaufsexemplar einer Zeitung, das überwiegend an feste und zahlende Einzelpersonen innerhalb eines bestimmten Zeitraumes geliefert wird. Für den Indikator werden auf Bundes- und Länderebene die im zweiten Quartal eines Jahres durchschnittlich verkauften Auflagen je Erscheinungstag auf die Bevölkerungszahl^G bezogen.

Jede sechste Abonnementzeitung in Deutschland wurde als E-Paper verkauft

2023 wurden im zweiten Quartal 8,9 Millionen Exemplare von Abonnementzeitungen pro Erscheinungstag verkauft

Im zweiten Quartal des Jahres 2023 sind in Deutschland pro Erscheinungstag gut 10,9 Millionen Exemplare von 320 Tageszeitungen verkauft worden. Davon entfielen rund 8,9 Millionen auf den Absatz von 309 lokalen und regionalen Abonnementzeitungen. Im Vorjahr waren es noch gut 9,5 Millionen Exemplare von 306 lokalen und regionalen Abonnementzeitungen. Die übrige Auflage verteilte sich 2023 auf sechs Kaufzeitungen (1,3 Millionen Exemplare) und fünf überregionale Zeitungen (0,7 Millionen). Nicht zu den Tageszeitungen gehörten drei Sonntagszeitungen (0,9 Millionen) und 17 Wochenzeitungen (1,6 Millionen). Von den lokalen und regionalen Abonnementzeitungen boten insgesamt 244 Titel auch kostenpflichtige digitale Versionen ihrer Ausgaben an. 1,5 Millionen Exemplare wurden im Jahr 2023 als E-Paper verkauft (16,7 % aller verkauften lokalen und regionalen Abonnementzeitungen). Dabei ist zu berücksichtigen, dass die Zeitungen häufig auch kostenfreie Inhalte über das Internet zur Verfügung stellten.

Der überwiegende Anteil (87,8 %) der lokalen und regionalen Abonnementzeitungen wurde in Deutschland über Abonnements verkauft. Daneben lief der Vertrieb über den Einzelverkauf (3,4 %), über den sonstigen Verkauf (8,6 %), z. B. als rabattierte oder Gratis-Exemplare sowie über den Verkauf von Bordexemplaren für den öffentlichen Personenverkehr (0,2 %). Als bevölkerungsreichstes Bundesland hat Nordrhein-Westfalen mit 1,7 Millionen Exemplare lokaler und regionaler Abonnementzeitungen auch die höchsten Verkaufszahlen.

Auflagenhöhe deutschlandweit bei 105 Exemplaren je 1 000 Einwohnerinnen und Einwohner im zweiten Quartal 2023

Im Ländervergleich der Auflagenhöhe je 1 000 Einwohnerinnen und Einwohner erzielte der Stadtstaat Bremen mit 205 Exemplaren im zweiten Quartal des Jahres 2023 einen Spitzenwert. Mit deutlichem Abstand folgte Baden-Württemberg auf dem zweiten Platz mit 130 Auflagen. Hintergrund für diese Spitzenposition Bremens ist, dass dort eine der bundesweit reichweitenstärksten regionalen Tageszeitungen (der Weser-Kurier) vertrieben wird, während bspw. in Hessen oder Nordrhein-Westfalen auflagenstarke überregionale Zeitungen aufgelegt und vertrieben werden (Frankfurter Allgemeine Zeitung bzw. Handelsblatt), die nicht in den Indikator eingehen.

Methodische Hinweise zum Indikator VI.2

Die herangezogenen Daten beruhen auf Auswertungen der Zeitungsmarktforschung Gesellschaft der deutschen Zeitungen (ZMG) mbH auf Basis der Quartalsauflagenliste der Informationsgemeinschaft zur Feststellung der Verbreitung von Werbeträgern e. V. (IVW). Die regionale Zuordnung der Verkaufsauflage einer Zeitung erfolgt dabei anhand ihres Erscheinungsortes. Bei der Interpretation des Indikators ist zu berücksichtigen, dass der Absatz insbesondere von überregionalen Zeitungen und Kaufzeitungen den Verkauf der lokalen und regionalen Zeitungen beeinflussen kann, vor allem wenn diese denselben Erscheinungsort haben. Weiterhin bezieht sich der Indikator ausschließlich auf den Verkauf der lokalen und regionalen Abonnementzeitungen, nicht jedoch auf die Zahl der Käuferinnen und Käufer je 1 000 Einwohnerinnen und Einwohner, da eine Käuferin oder ein Käufer auch mehrere Zeitungen kaufen kann. Er bezieht sich auch nicht auf die Zahl der Leserinnen und Leser, da mehrere Leserinnen und Leser sich eine Zeitung teilen können.

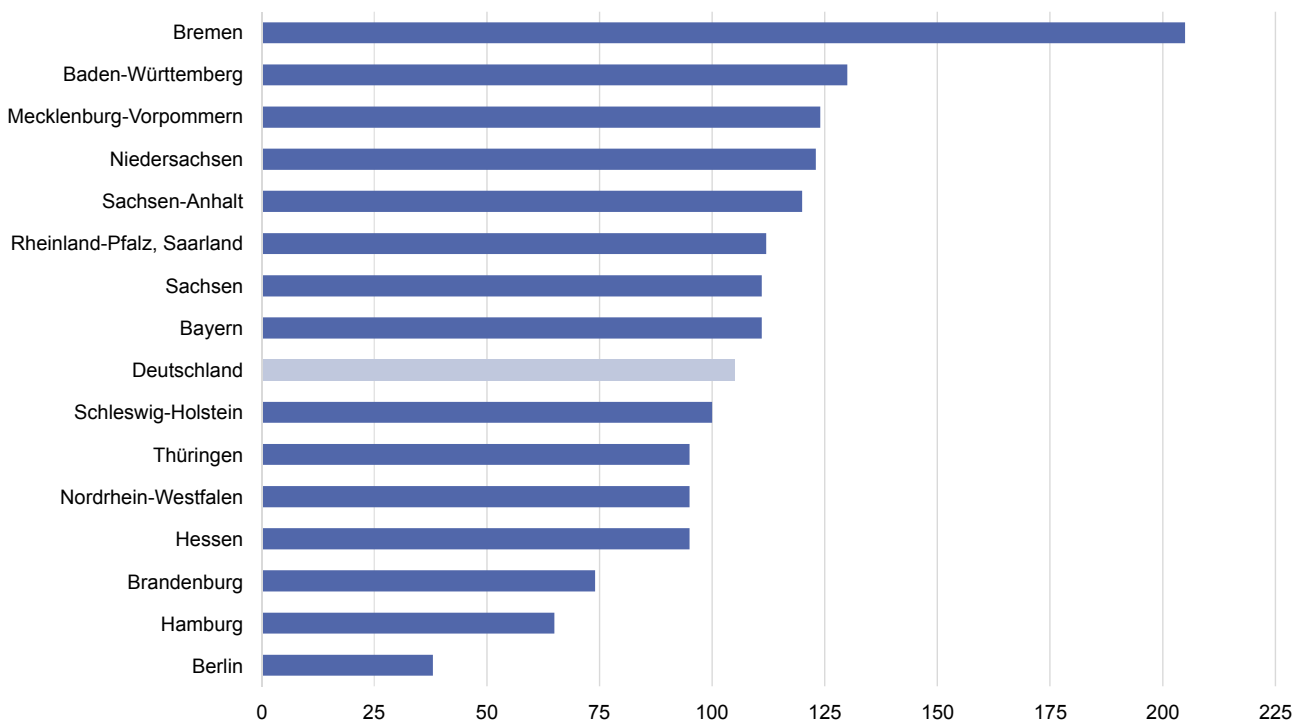
Tabelle VI.2

Verkaufte Tagesauflagen von lokalen und regionalen Abonnementzeitungen nach Land des Erscheinungsorts

Land	2. Quartal 2018		2. Quartal 2022		2. Quartal 2023	
	in 1 000	je 1 000 Einwohnerinnen und Einwohner	in 1 000	je 1 000 Einwohnerinnen und Einwohner	in 1 000	je 1 000 Einwohnerinnen und Einwohner
Baden-Württemberg	1 716	155	1 542	137	1 470	130
Bayern	1 729	132	1 558	117	1 488	111
Berlin	284	78	146	39	143	38
Brandenburg	255	102	211	82	191	74
Bremen	188	275	153	223	142	205
Hamburg	170	92	133	70	123	65
Hessen	690	110	619	97	610	95
Mecklenburg-Vorpommern	270	168	223	137	201	124
Niedersachsen	1 219	153	1 084	133	1 000	123
Nordrhein-Westfalen	2 257	126	1 872	103	1 724	95
Rheinland-Pfalz, Saarland ¹⁾	746	147	659	128	579	112
Sachsen	591	145	500	122	456	111
Sachsen-Anhalt	320	145	273	125	262	120
Schleswig-Holstein	365	126	315	107	295	100
Thüringen	295	138	223	105	201	95
Deutschland	11 094	134	9 512	113	8 888	105

1) Rheinland-Pfalz und Saarland werden in der Statistik der Zeitungsmarktforschung Gesellschaft der deutschen Zeitungen (ZMG) zusammen ausgegeben. --- Quelle: Informationsgemeinschaft zur Feststellung der Verbreitung von Werbeträgern (IVW) und der Zeitungsmarktforschung Gesellschaft der deutschen Zeitungen (ZMG), eigene Berechnungen der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder

Abbildung VI.2

Verkaufte Tagesauflagen von lokalen und regionalen Abonnementzeitungen je 1 000 Einwohnerinnen und Einwohner im 2. Quartal 2023 nach Land des Erscheinungsorts¹⁾

1) Rheinland-Pfalz und Saarland werden in der Statistik der Zeitungsmarktforschungsgesellschaft zusammen ausgegeben. --- Quelle: Informationsgemeinschaft zur Feststellung der Verbreitung von Werbeträgern (IVW) und Zeitungsmarktforschung Gesellschaft der deutschen Zeitungen (ZMG), eigene Berechnungen der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder

© Statistische Ämter des Bundes und der Länder

Kapitel VII

Kulturelle Aus- und Weiterbildung und Kulturarbeitsmarkt

VII.1 Belegungen von künstlerischen Fächern je Schülerin und Schüler in der gymnasialen Oberstufe an allgemeinbildenden Schulen (Schuljahr 2022/2023)

Indikatorenbeschreibung

Dieser Indikator zeigt auf, welche Bedeutung Schulpolitik sowie Schülerinnen und Schüler den künstlerischen Fächern in den letzten beiden Jahrgangsstufen der gymnasialen Oberstufe, den Qualifikationsphasen I und II, beimessen.

Leichter Rückgang der Belegungszahlen künstlerischer Fächer gegenüber Vorjahr

Belegungen künstlerischer Fächer geringfügig gesunken

Schülerinnen und Schüler in der gymnasialen Oberstufe sind verpflichtet, Kurse in den künstlerischen Fächern „Musik“, „Kunst“ oder ähnlichen Fächern zu belegen. Bundesweit wurden für das Schuljahr 2022/2023 insgesamt rund 548 260 Belegungen in diesen Kursen gezählt, darunter rund 378 420 im Bereich „Kunst, Gestaltung, Werken“ und gut 169 840 im Fach „Musik“. In Baden-Württemberg konnten neben diesen beiden Fächern auch die Fächer „Literatur“ oder „Theater und Literatur“ sowie in Nordrhein-Westfalen das Fach „Literatur“ gewählt werden. Im vorherigen Schuljahr betrug die Belegungszahl der künstlerischen Fächer in der gymnasialen Oberstufe bundesweit 549 170, zum Schuljahr 2022/2023 sank sie somit geringfügig um 0,2 % bzw. 910 Belegungen. Im Vergleich mit dem Schuljahr 2012/2013 wurden mit 591 510 deutlich mehr Belegungen als 2022/2023 gezählt. In einzelnen Bundesländern zeigten sich zum Teil deutliche Schwankungen. Ein Grund war die Einführung der verkürzten Schulzeit an Gymnasien von neun (G9) auf acht Jahre (G8) in einigen Ländern und zu unterschiedlichen Zeitpunkten, was zu einem Anstieg der Schülerzahl aufgrund doppelter Jahrgänge führte. In einigen Ländern gibt es seit einigen Jahren für einzelne Schulen die Möglichkeit der Rückkehr zu G9, was vorübergehend zu gegenteiligen Effekten führte. Darüber hinaus kam es in einzelnen Ländern zu deutlichen demografischen Rückgängen in der relevanten Altersgruppe und somit auch bei den Schülerinnen und Schülern an der gymnasialen Oberstufe. Mit dem Indikator werden diese Einflüsse herausgerechnet.

Fach „Kunst, Gestaltung, Werken“ doppelt so häufig belegt wie Fach „Musik“

Der Indikatorwert der Belegungen im Verhältnis zur Anzahl der Schülerinnen und Schüler in den beiden Qualifikationsphasen lag in Deutschland im Schuljahr 2022/2023 bei 1,0. Somit belegte durchschnittlich jeder Schüler oder jede Schülerin einen Kurs in einem künstlerischen Fach. Im Vergleich zum Vorjahr sowie im Zehnjahresvergleich veränderte sich dieser Wert nur leicht von jeweils 0,9 auf aktuell 1,0 Belegungen je Schülerin und Schüler. Wie auch in den Vorjahren zeigte sich für das Schuljahr 2022/2023, dass bundesweit der Bereich „Kunst, Gestaltung, Werken“ (0,7) etwa doppelt so häufig belegt wurde wie „Musik“ (0,3). Die Indikatorwerte der einzelnen Länder sind durch die jeweiligen Schulverordnungen zu erklären: In Bayern (1,5), dem Land mit dem höchsten Indikatorwert, war beispielsweise zwingend mindestens ein künstlerisches Fach in den beiden Qualifikationsphasen I und II zu belegen. In Schleswig-Holstein und Niedersachsen (jeweils 0,6) war die Belegung eines künstlerischen Faches während der Qualifikationsphase hingegen nur für ein Schuljahr verpflichtend. Der Zehnjahresvergleich zeigt, dass sich die Indikatorwerte der meisten Länder im Vergleichszeitraum nur geringfügig verändert haben.

Methodische Hinweise zum Indikator VII.1

Die Daten beruhen größtenteils auf einer Zusammenstellung von Länderangaben bei der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland (KMK), in der Pflicht-, Wahlpflicht- und Wahlfächer der Qualifikationsphasen I und II der gymnasialen Oberstufe, einschließlich der integrierten Gesamtschulen (ohne Freie Waldorfschulen, Kollegs und Abendgymnasien) erfasst sind. Die Belegungen von Kursarten mit grundlegendem Anforderungsniveau (bis zu drei Wochenstunden) und erhöhtem Anforderungsniveau (mindestens vier Wochenstunden) wurden zusammengefasst. Der Indikator setzt sich als Mittelwert der durchschnittlichen Kursbelegungen je Schülerinnen und Schüler in den beiden Qualifikationsphasen zusammen. Die Zahl der Kursbelegungen entspricht nicht der Zahl der Schülerinnen und Schüler, die diese Kurse besuchen, da die Schülerinnen und Schüler auch mehrere Kurse besuchen können. Es ist vielen Ländern möglich, statt Kunst und Musik „Darstellendes Spiel“ (Theater) als künstlerisches Fach im Pflicht- und Wahlpflichtbereich, aber auch als Wahlfach zu wählen. Aus den vorliegenden Belegungsstatistiken ist nicht zu erkennen, ob und wie dies erfasst wurde. Trotz dieser Unsicherheiten erscheinen die Indikatorwerte plausibel, da sie sich vor allem durch die länderspezifischen Schulverordnungen erklären lassen. Die Bezeichnungen der künstlerischen Fächer weichen in den Ländern z. T. voneinander ab.

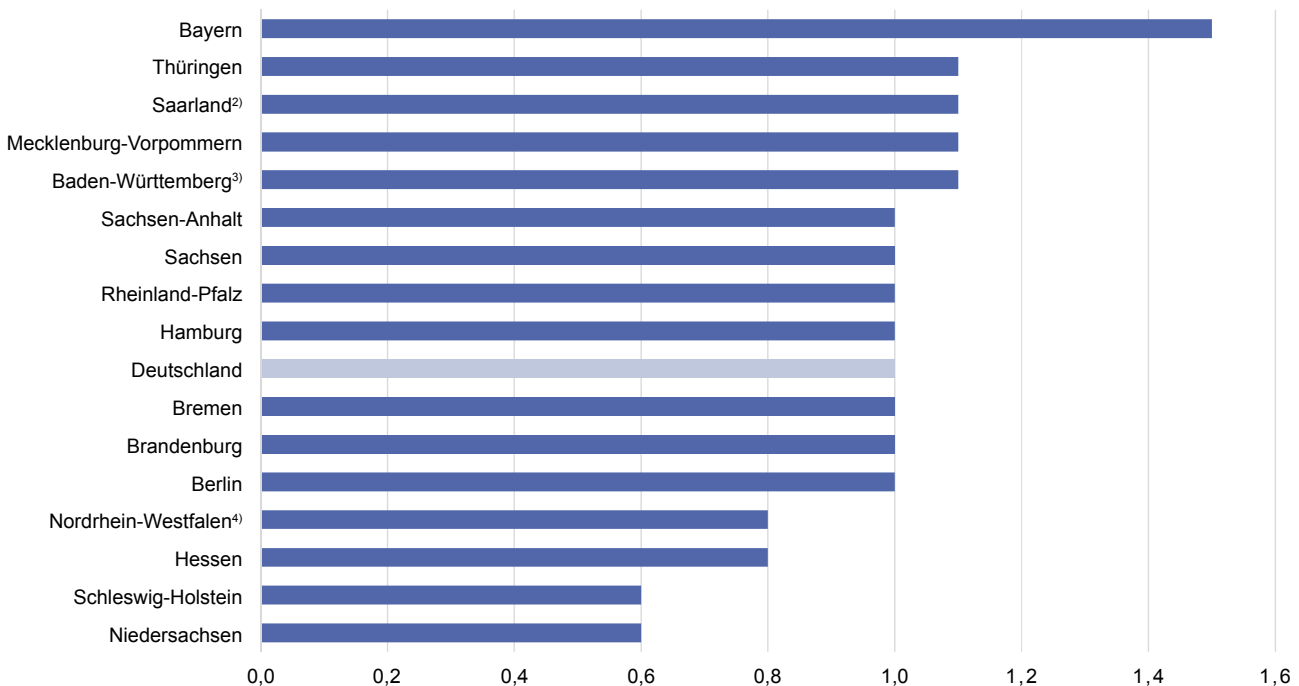
Tabelle VII.1

Belegungen von künstlerischen Fächern in den Qualifikationsphasen I und II der gymnasialen Oberstufe an allgemeinbildenden Schulen¹⁾ nach Bundesländern

Land	2012/2013		2021/2022		2022/2023					
	ins- gesamt	je Schülerin und Schüler	ins- gesamt	je Schülerin und Schüler	ins- gesamt	davon		je Schülerin und Schüler	davon	
						Kunst, Gestaltung, Werken	Musik		Kunst, Gestaltung, Werken	Musik
Baden-Württemberg ¹⁾	77 525	1,1	67 839	1,1	66 957	48 283	18 674	1,1	0,8	0,3
Bayern	117 123	1,5	106 644	1,5	106 642	60 541	46 101	1,5	0,9	0,7
Berlin	31 849	1,2	32 908	1,0	32 840	24 706	8 134	1,0	0,8	0,3
Brandenburg	15 926	1,1	19 734	1,0	20 120	14 045	6 075	1,0	0,7	0,3
Bremen	7 086	1,1	5 488	1,0	5 629	4 460	1 169	1,0	0,8	0,2
Hamburg	19 260	1,1	19 559	1,0	19 941	11 599	8 342	1,0	0,6	0,4
Hessen	47 264	0,8	30 339	0,8	32 334	26 162	6 172	0,8	0,6	0,1
Mecklenburg-Vorpommern	10 623	1,2	12 674	1,1	12 142	7 036	5 106	1,1	0,7	0,5
Niedersachsen	49 453	0,8	37 851	0,6	38 552	29 768	8 784	0,6	0,5	0,1
Nordrhein-Westfalen ²⁾	131 873	0,6	124 214	0,8	123 801	92 870	30 931	0,8	0,6	0,2
Rheinland-Pfalz ³⁾	25 759	0,9	24 976	0,8	23 180	15 468	7 712	1,0	0,7	0,3
Saarland ⁴⁾	6 773	0,9	8 058	1,1	8 058	5 369	2 689	1,1	0,7	0,4
Sachsen	16 268	1,0	22 223	1,0	21 631	13 842	7 789	1,0	0,6	0,4
Sachsen-Anhalt	10 160	1,1	11 442	1,0	11 304	7 469	3 835	1,0	0,7	0,3
Schleswig-Holstein	13 819	0,7	12 789	0,6	12 615	8 609	4 006	0,6	0,4	0,2
Thüringen	10 747	1,1	12 433	1,2	12 513	8 190	4 323	1,1	0,7	0,4
Deutschland	591 508	0,9	549 171	0,9	548 259	378 417	169 842	1,0	0,7	0,3

*) Ohne Waldorfschulen, Kollegs und Abendgymnasien. In Niedersachsen sind Abendgymnasien und Kollegs enthalten. — 1) Einschließlich der Fächer „Literatur“ und „Theater und Literatur“. — 2) Einschließlich des Fachs „Literatur“. — 3) 2021/2022: Vorjahreswerte. — 4) 2022/2023: Vorjahreswerte. ---
Quelle: Ständige Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland (KMK), eigene Berechnungen der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder

Abbildung VII.1

Belegungen von künstlerischen Fächern je Schülerin und Schüler in den Qualifikationsphasen I und II der gymnasialen Oberstufe an allgemeinbildenden Schulen¹⁾ im Schuljahr 2022/2023 nach Bundesländern

1) Ohne Waldorfschulen, Kollegs und Abendgymnasien. In Niedersachsen sind Abendgymnasien und Kollegs enthalten. — 2) Vorjahreswerte. — 3) Einschließlich der Fächer „Literatur“ und „Theater und Literatur“. — 4) Einschließlich des Fachs „Literatur“. --- Quelle: Ständige Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland (KMK), eigene Berechnungen der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder

© Statistische Ämter des Bundes und der Länder

VII.2 Anteil der Bildungsausländerinnen und -ausländer an den Erstsemestern in der Fächergruppe „Kunst, Kunstwissenschaft“ (2023)

Indikatorenbeschreibung

Der Indikator zeigt, wie hoch der Anteil der Bildungsausländerinnen und Bildungsausländer an den Studierenden im 1. Hochschulsemester in der Fächergruppe „Kunst, Kunstwissenschaft“ ist. Als Bildungsausländerinnen und Bildungsausländer werden die ausländischen Studierenden bezeichnet, die ihre Hochschulzugangsberechtigung im Ausland bzw. an einem Studienkolleg erworben haben.

Anteil der Erstsemester aus dem Ausland in der Fächergruppe „Kunst, Kunstwissenschaft“ mit 32,5 % deutlich über dem Durchschnitt aller Fächergruppen mit 24,2 %

Ein Drittel aller Erstsemester der Fächergruppe „Kunst, Kunstwissenschaft“ kamen zu Studienzwecken aus dem Ausland

Insgesamt gut 15 500 Frauen und Männer haben im Jahr 2023 ein Studium in einem Fach der Fächergruppe „Kunst, Kunstwissenschaft“ aufgenommen. Unter diesen Erstsemestern waren 10 470 Studierende, die ihre Hochschulzugangsberechtigung in Deutschland erworben haben. 5 040 Studienanfängerinnen und -anfänger kamen zu Studienzwecken aus dem Ausland. Das entspricht knapp einem Drittel (32,5 %) der Erstsemester in der Fächergruppe „Kunst, Kunstwissenschaft“. Damit lag dieser Indikator deutlich über dem Durchschnitt aller Fächergruppen (24,2 %).

Im Ländervergleich zeigten sich deutliche Unterschiede der Anteile der Bildungsausländerinnen und -ausländer in der Fächergruppe „Kunst, Kunstwissenschaft“. Den höchsten Anteil verzeichnete Brandenburg, hier kamen rund zwei Drittel der Studierenden zu Studienzwecken aus dem Ausland (64,8 %), gefolgt von der Bundeshauptstadt Berlin mit mehr als jedem zweiten Studierenden (58,5 %). Mit deutlichem Abstand lagen das Saarland (40,5 %) und Sachsen (40,3 %) fast gleichauf und belegten die Plätze drei und vier der Länderrangliste. Die niedrigsten Anteile waren in Bayern (17,5 %), Thüringen (17,8 %) und Niedersachsen (20,3 %) festzustellen. Die übrigen Bundesländer bewegten sich in einer Spanne zwischen 24,9 % und 37,0 %.

Im Vergleich zum Vorjahr schrieben sich im Jahr 2023 mit 15 500 Studierenden nahezu gleichviele Erstsemester wie im Jahr 2022 mit 15 590 Studierenden an einer deutschen Hochschule in einem Fach der Fächergruppe „Kunst, Kunstwissenschaft“ ein. Während bei den inländischen Erstsemestern ein Zuwachs von 160 Studierenden zu verzeichnen war, ging die Zahl der Bildungsausländerinnen und -ausländer um 250 zurück. Der Wert des Indikators sank um 1,4 Prozentpunkte von 33,9 % auf 32,5 %. Damit lag der Anteilswert nahezu auf dem Niveau von vor fünf Jahren. Im Jahre 2018 gehörten von 15 100 Studienanfängerinnen und -anfänger in der Fächergruppe „Kunst, Kunstwissenschaft“ 4 820 Personen bzw. 31,9 % zur Gruppe der Bildungsausländerinnen und -ausländer. Vor zehn Jahren war der Anteilswert noch niedriger: Im Jahr 2013 waren von 15 950 Erstsemestern, 4 440 Personen bzw. 27,8 % Bildungsausländerinnen und -ausländer. Über alle Fächergruppen hinweg gab es im Vergleich der Jahre 2022 und 2023 keine Änderung, der Anteil lag in beiden Jahren bei 24,2 %. Vor fünf und zehn Jahren, in den Jahren 2018 und 2013, hatten die Anteile mit 21,5 % und 16,9 % niedriger gelegen. Damit stieg der Anteil im Jahr 2023 in den Fächergruppen insgesamt gegenüber 2018 um 2,7 Prozentpunkte und gegenüber 2013 um 7,3 Prozentpunkte.

Methodische Hinweise zum Indikator VII.2

Die Datengrundlage bildet die amtliche Hochschulstatistik. Bei den Erstsemestern handelt es sich um Studienanfängerinnen und -anfänger im 1. Hochschulsemester an einer deutschen Hochschule. Es erfolgt keine Einschränkung auf das Erststudium. Zu berücksichtigen ist, dass die Erstsemester nach dem Studienort und nicht nach dem Ort des Erwerbs der Studienberechtigung den Ländern zugeordnet werden. Des Weiteren beziehen sich die Angaben zur Zahl der Erstsemester auf das gesamte Studienjahr (Sommersemester und nachfolgendes Wintersemester). Der Indikator umfasst nicht nur Erstsemester an Kunsthochschulen, sondern auch an allen anderen Hochschularten wie Universitäten und Fachhochschulen.

Tabelle VII.2

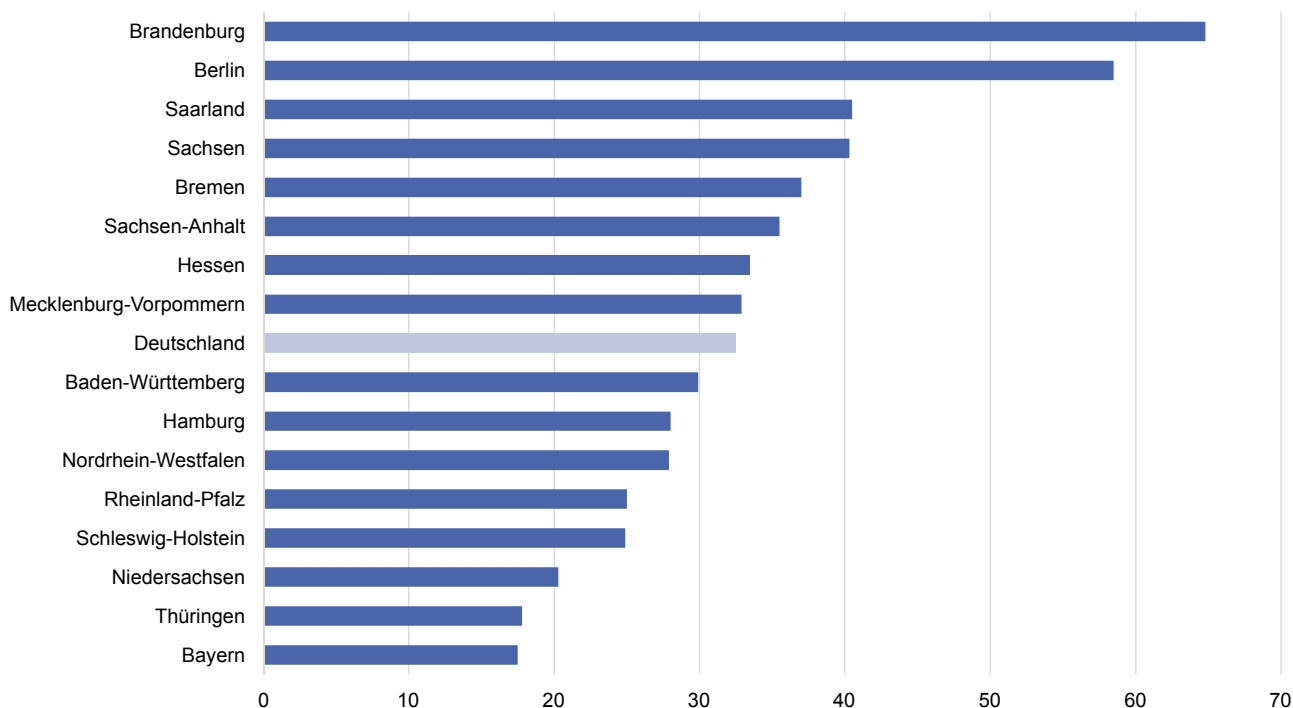
Erstsemester in der Fächergruppe „Kunst, Kunstwissenschaft“ nach Bundesländern

Land	2013			2022			2023		
	insgesamt	darunter	% ¹⁾	insgesamt	darunter	% ¹⁾	insgesamt	darunter	% ¹⁾
		Bildungs- ausländer/ -innen			Bildungs- ausländer/ -innen			Bildungs- ausländer/ -innen	
Baden-Württemberg	2 141	650	30,4	1 887	616	32,6	1 901	569	29,9
Bayern	1 950	395	20,3	1 849	334	18,1	1 854	324	17,5
Berlin	2 413	1 119	46,4	2 413	1 407	58,3	2 410	1 410	58,5
Brandenburg	192	48	25,0	319	203	63,6	358	232	64,8
Bremen	193	70	36,3	214	80	37,4	211	78	37,0
Hamburg	785	144	18,3	768	258	33,6	760	213	28,0
Hessen	1 435	344	24,0	1 152	421	36,5	1 234	414	33,5
Mecklenburg-Vorpommern	161	57	35,4	99	32	32,3	140	46	32,9
Niedersachsen	1 253	220	17,6	953	238	25,0	871	177	20,3
Nordrhein-Westfalen	2 939	666	22,7	2 707	777	28,7	2 694	752	27,9
Rheinland-Pfalz	583	129	22,1	459	122	26,6	516	129	25,0
Saarland	152	34	22,4	130	68	52,3	111	45	40,5
Sachsen	805	258	32,0	756	306	40,5	668	269	40,3
Sachsen-Anhalt	280	54	19,3	282	113	40,1	256	91	35,5
Schleswig-Holstein	257	62	24,1	210	61	29,0	225	56	24,9
Thüringen	408	191	46,8	1 389	249	17,9	1 292	230	17,8
Deutschland	15 947	4 441	27,8	15 587	5 285	33,9	15 501	5 035	32,5

1) Anteil der Bildungsausländerinnen und -ausländer an den Erstsemestern in der Fächergruppe „Kunst, Kunstwissenschaft“.

Abbildung VII.2

Anteil der Bildungsausländerinnen und -ausländer an den Erstsemestern in der Fächergruppe „Kunst, Kunstwissenschaft“ 2023 nach Bundesländern (in %)



© Statistische Ämter des Bundes und der Länder

VII.3 Betreuungsrelation in der Fächergruppe „Kunst, Kunstwissenschaft“ an den Hochschulen (2022)

Indikatorenbeschreibung

Die Kennzahl beschreibt das zahlenmäßige Verhältnis der Studierenden zum wissenschaftlichen und künstlerischen Personal in der Fächergruppe „Kunst, Kunstwissenschaft“⁶ an den Hochschulen. Dabei wird das Hochschulpersonal in Vollzeitäquivalenten ausgedrückt. Der Indikator eignet sich zur Messung der Studienbedingungen und der Ausbildungsqualität an den Hochschulen. Je niedriger die Betreuungsrelation ist, umso weniger Studierende stehen einer Lehrperson gegenüber.

Über ein Drittel der Studierenden in der Fächergruppe „Kunst, Kunstwissenschaft“ war an einer Fachhochschule eingeschrieben

Durchschnittlich standen 11 Studierende einer Lehrperson gegenüber

An Deutschlands Hochschulen waren in der Fächergruppe „Kunst, Kunstwissenschaft“ zum Wintersemester 2022/23 insgesamt gut 101 100 Studierende eingeschrieben. Dies entspricht einem Anteil von 3,5 % an allen immatrikulierten Studierenden (2,9 Millionen). Über ein Drittel (37,1 %) von ihnen studierte an einer Fachhochschule. Ein weiteres Drittel war an einer Kunsthochschule eingeschrieben (33,9 %). An einer Universität studierten weitere 28,0 %. Die übrigen 1,0 % verteilten sich auf die Pädagogischen und Theologischen Hochschulen. Gemessen an den Studierendenzahlen war die Universität der Künste Berlin mit 4 200 Studierenden im Jahr 2022 die größte Kunsthochschule in Deutschland. Im Ländervergleich wiesen Nordrhein-Westfalen (21 550), Berlin (12 620), Bayern (11 550) und Baden-Württemberg (10 590) die höchsten Studierendenzahlen in dieser Fächergruppe auf.

In der Fächergruppe „Kunst, Kunstwissenschaft“ waren zum Stichtag 1. Dezember 2022 insgesamt 21 170 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des wissenschaftlichen und künstlerischen Personals an einer deutschen Hochschule beschäftigt. Mit 54,1 % arbeitete die Mehrheit von ihnen an einer Kunsthochschule. Weitere 24,8 % waren an Universitäten, Pädagogischen und Theologische Hochschulen sowie 21,1 % an Fachhochschulen und Verwaltungsfachhochschulen beschäftigt. In Vollzeitäquivalenten ausgedrückt ergaben sich für die Beschäftigungsverhältnisse bundesweit 8 980 Vollzeitkräfte.

Betreuungsrelation in „Kunst, Kunstwissenschaft“ in Mecklenburg-Vorpommern am günstigsten

Wird die Anzahl der Studierenden auf die Anzahl der Beschäftigten in Vollzeitäquivalenten bezogen, ergibt sich die Betreuungsrelation. Bundesweit standen im Jahr 2022 einer oder einem Beschäftigten rechnerisch durchschnittlich 11,3 Studierende gegenüber. Dies war etwas weniger als die Betreuungsrelation über alle Fächergruppen hinweg mit 12,0 Studierenden je Beschäftigte oder Beschäftigten. Die günstigste Betreuungsrelation für Studierende in der Fächergruppe „Kunst, Kunstwissenschaft“ bot Mecklenburg-Vorpommern (5,8). Die höchste Betreuungsrelation wies Thüringen (19,1) auf. Bundesweit veränderte sich die Betreuungsrelation im Vergleich zum Vorjahr nicht. In den Bundesländern verlief die Entwicklung der Betreuungsrelationen im Vorjahresvergleich unterschiedlich: Bei der Hälfte der 16 Bundesländer verbesserte sich die Betreuungsrelation zugunsten der Studierenden zwischen 2021 und 2022. Am stärksten sank der Wert im Saarland (von 13,2 auf 12,1), Hamburg (von 14,7 auf 13,6) und Rheinland-Pfalz (von 11,9 auf 11,1). In allen drei Ländern ist dies auf eine stärkere Erhöhung der Beschäftigtenzahlen und einen Rückgang der Studierendenzahlen zurückzuführen. In den übrigen Ländern stiegen die Betreuungsrelationen hingegen an, am stärksten in Thüringen (von 17,1 auf 19,1). In Thüringen erhöhte sich die Zahl der Studierenden um 18,7 %, die Zahl der Beschäftigten dagegen um 6,1 % und damit deutlich geringer. Der deutliche Zuwachs an Studierenden in Thüringen ist hauptsächlich auf die „IU Internationale Hochschule“ zurückzuführen, deren Sitz 2019 von Bad Honnef nach Erfurt verlegt wurde und die einen Schwerpunkt beim Fernstudium hat.

Methodische Hinweise zum Indikator VII.3

Zur Berechnung des wissenschaftlichen und künstlerischen Personals nach Vollzeitäquivalenten wurde das hauptberufliche Personal anhand der Angaben zum tatsächlichen Arbeitszeitanteil und das nebenberufliche Personal mit dem Faktor 0,2 gewichtet. Die so errechnete Beschäftigtenzahl in Vollzeitäquivalenten wurde auf die Studierendenzahl bezogen. Zu berücksichtigen ist, dass das wissenschaftliche und künstlerische Personal neben der Betreuung von Studierenden in unterschiedlichem Umfang auch Aufgaben auf dem Gebiet der Forschung wahrnimmt. Alle obigen Angaben schließen das drittmittelfinanzierte Personal mit ein, aber nicht das Personal in zentralen Einrichtungen, die auch Betreuungsfunktionen für Studierende aller Fächergruppen übernehmen. Studentische Hilfskräfte sind nicht enthalten. Die Zuordnung des Hochschulpersonals zu Fächergruppen erfolgt nach der fachlichen Zugehörigkeit. Sämtliche Angaben entstammen der amtlichen Hochschulstatistik.

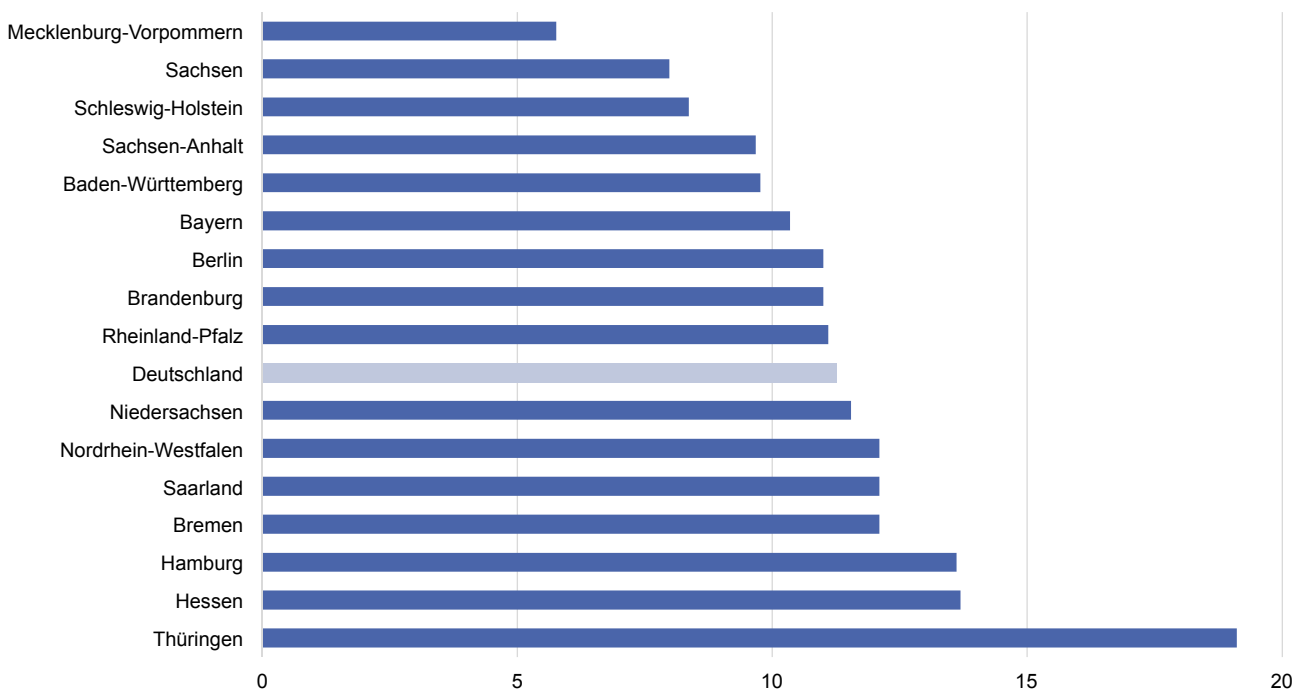
Tabelle VII.3

Studierende und Beschäftigte des wissenschaftlichen und künstlerischen Personals in Vollzeitäquivalenten in der Fächergruppe „Kunst, Kunstwissenschaft“ an Hochschulen nach Bundesländern

Land	2021			2022		
	Studierende	Beschäftigte	Betreuungsrelation ¹⁾	Studierende	Beschäftigte	Betreuungsrelation ¹⁾
Baden-Württemberg	10 597	1 064	10,0	10 591	1 084	9,8
Bayern	11 254	1 113	10,1	11 550	1 116	10,4
Berlin	12 382	1 136	10,9	12 617	1 145	11,0
Brandenburg	1 803	186	9,7	1 912	174	11,0
Bremen	1 607	134	12,0	1 609	134	12,1
Hamburg	5 386	367	14,7	5 220	383	13,6
Hessen	8 795	614	14,3	8 561	625	13,7
Mecklenburg-Vorpommern	948	152	6,2	927	161	5,8
Niedersachsen	7 566	681	11,1	7 536	652	11,5
Nordrhein-Westfalen	21 915	1 781	12,3	21 547	1 775	12,1
Rheinland-Pfalz	3 492	293	11,9	3 433	309	11,1
Saarland	1 056	80	13,2	1 002	83	12,1
Sachsen	4 838	581	8,3	4 862	609	8,0
Sachsen-Anhalt	2 188	235	9,3	2 205	228	9,7
Schleswig-Holstein	1 481	179	8,3	1 527	183	8,4
Thüringen	5 056	(296) ²⁾	(17,1) ²⁾	6 002	314	19,1
Deutschland	100 364	8 894	11,3	101 101	8 975	11,3

1) Anzahl der Studierenden je Beschäftigte oder Beschäftigten des wissenschaftlichen und künstlerischen Personals in Vollzeitäquivalenten. — 2) Im Berichtsjahr 2021 ist bei der Statistik des Hochschulpersonals in Thüringen eine Übererfassung zu verzeichnen, die sich ausschließlich auf eine Hochschule beschränkt. Der Aussagewert ist daher eingeschränkt, da der Zahlenwert statistisch unsicher ist.

Abbildung VII.3

Betreuungsrelation¹⁾ in der Fächergruppe „Kunst, Kunstwissenschaft“ an den Hochschulen 2022 nach Bundesländern

1) Anzahl der Studierenden je Beschäftigte oder Beschäftigten des wissenschaftlichen und künstlerischen Personals in Vollzeitäquivalenten.

© Statistische Ämter des Bundes und der Länder

VII.4 Anteil der Hochschulabsolventinnen und -absolventen eines Erststudiums der Fächergruppe „Kunst, Kunstwissenschaft“ (2022)

Indikatorenbeschreibung

Der Indikator zeigt, wie hoch der Anteil der Hochschulabsolventinnen und -absolventen eines Erststudiums der Fächergruppe „Kunst, Kunstwissenschaft“⁶ an der altersspezifischen Bevölkerung ist. Er misst damit im künstlerischen Bereich den Output der Hochschulen in Form von Abgängerinnen und Abgängern, die einen ersten akademischen Abschluss erworben haben. Diese fächerspezifische Quote für Erstabsolventinnen und -absolventen wird vom Umfang, der Struktur und der Attraktivität der Studienangebote in den einzelnen Ländern beeinflusst.

Rund zwei Drittel der Absolvierenden eines Erststudiums in der Fächergruppe „Kunst, Kunstwissenschaft“ waren Frauen

Im Jahr 2022 haben in Deutschland insgesamt rund 301 260 Studierende erfolgreich ein Erststudium abgeschlossen, davon gehörten rund 9 990 bzw. 3,3 % zur Fächergruppe „Kunst, Kunstwissenschaft“. Die Abschlüsse verteilten sich auf rund 6 490 weibliche sowie auf rund 3 500 männliche Erstabsolventinnen und -absolventen und ergaben somit ein Geschlechterverhältnis von etwa zwei Drittel Frauen (65,0 %) zu einem Drittel Männer (35,0 %). Die Gesamtanzahl der Erstabsolventinnen und -absolventen verteilte sich unterschiedlich auf folgende fünf Studienbereiche⁶: „Gestaltung“ (4 850 Erstabsolventinnen und -absolventen), „Musik, Musikwissenschaft“ (2 220), „Kunst, Kunstwissenschaft allgemein“ (1 360), „Bildende Kunst“ (800) und „Darstellende Kunst, Film und Fernsehen, Theaterwissenschaft“ (750). Neben diesen 9 990 Erstabsolventinnen und -absolventen gab es in der Fächergruppe „Kunst, Kunstwissenschaft“ 6 840 Absolventinnen und Absolventen eines weiteren Studiums, vor allem eines konsekutiven Masterstudiums (4 280). Masterstudiengänge wurden vor allem in den Studienbereichen „Musik, Musikwissenschaft“ (1 810), „Gestaltung“ (1 210) und „Kunst, Kunstwissenschaft allgemein“ (790) absolviert.

Nordrhein-Westfalen mit den meisten Erstabsolventinnen und absolventen in der Fächergruppe „Kunst, Kunstwissenschaft“

Der Indikator VII.3 hat bereits gezeigt, dass im Wintersemester 2022/2023 die Bundesländer Nordrhein-Westfalen, Berlin, Bayern und Baden-Württemberg die meisten Studierenden innerhalb dieser Fächergruppe hatten. Dies spiegelt sich auch in der Anzahl der Absolventinnen und Absolventen wider. Mit 2 010 Personen hat Nordrhein-Westfalen im Ländervergleich die meisten Erstabsolventinnen und -absolventen. Mit einigem Abstand, aber mit noch über 1 000 Erstabsolventinnen und -absolventen, folgten Baden-Württemberg (1 350), Bayern (1 250) und Berlin (1 180). Der Absolventenanteil eines Erststudiums der Fächergruppe „Kunst, Kunstwissenschaft“ an der Bevölkerung im gleichen Alter lag im Jahr 2022 in Deutschland bei 1,02 %. Der Ländervergleich zeigt, dass die Stadtstaaten Berlin mit 2,39 %, Hamburg mit 1,92 % und Bremen mit 1,55 % die höchsten Anteile aufwiesen. Als erstes Flächenland folgte Sachsen mit einem Anteil von 1,44 % Erstabsolventinnen und -absolventen an der altersspezifischen Bevölkerung. Das Saarland mit 1,16 % und Hessen mit 1,04 % lagen ebenfalls über dem bundesweiten Durchschnitt von 1,02 %, alle anderen Länder lagen darunter. Mit einigem Abstand zu den übrigen Ländern erreichten Mecklenburg-Vorpommern (0,51 %) und Schleswig-Holstein (0,48 %) die geringsten Werte bei der Absolventenquote in dieser Fächergruppe. Im Zehnjahresvergleich ging die Anzahl der Erstabsolventinnen und -absolventen in dieser Fächergruppe mit -22,4 % bundesweit deutlich zurück, die Erstabsolventinnen und -absolventen insgesamt über alle Fächergruppen reduzierten sich um -2,7 %. Gegenüber dem Vorjahr nahm die Anzahl der Erstabsolventinnen und -absolventen in der Fächergruppe „Kunst, Kunstwissenschaft“ um -7,3 % ab, die Anzahl in den Fächergruppen insgesamt um -4,2 %. Der Anteil an der altersspezifischen Bevölkerung ging von 1,12 % im Jahr 2021 auf 1,02 % im Jahr 2022 zurück.

Methodische Hinweise zum Indikator VII.4

Die Indikatoren werden mit Daten der amtlichen Hochschulstatistik nach dem Quotensummenverfahren ermittelt: Zunächst wird für jeden einzelnen Altersjahrgang der Bevölkerung der Anteil der Erstabsolventinnen und -absolventen berechnet. Die Anteile werden anschließend addiert, sodass alle Absolventinnen und Absolventen mit in die Kennzahl eingehen. Zu berücksichtigen ist, dass die Absolventinnen und Absolventen nach dem Studienort und nicht nach dem Ort des Erwerbs der Studienberechtigung den Ländern zugeordnet werden. Des Weiteren beziehen sich die Angaben zur Zahl der Absolventinnen und Absolventen auf das Kalenderjahr. Der Indikator umfasst nicht nur Absolventinnen und Absolventen von Kunsthochschulen, sondern auch von allen anderen Hochschularten wie Universitäten und Fachhochschulen.

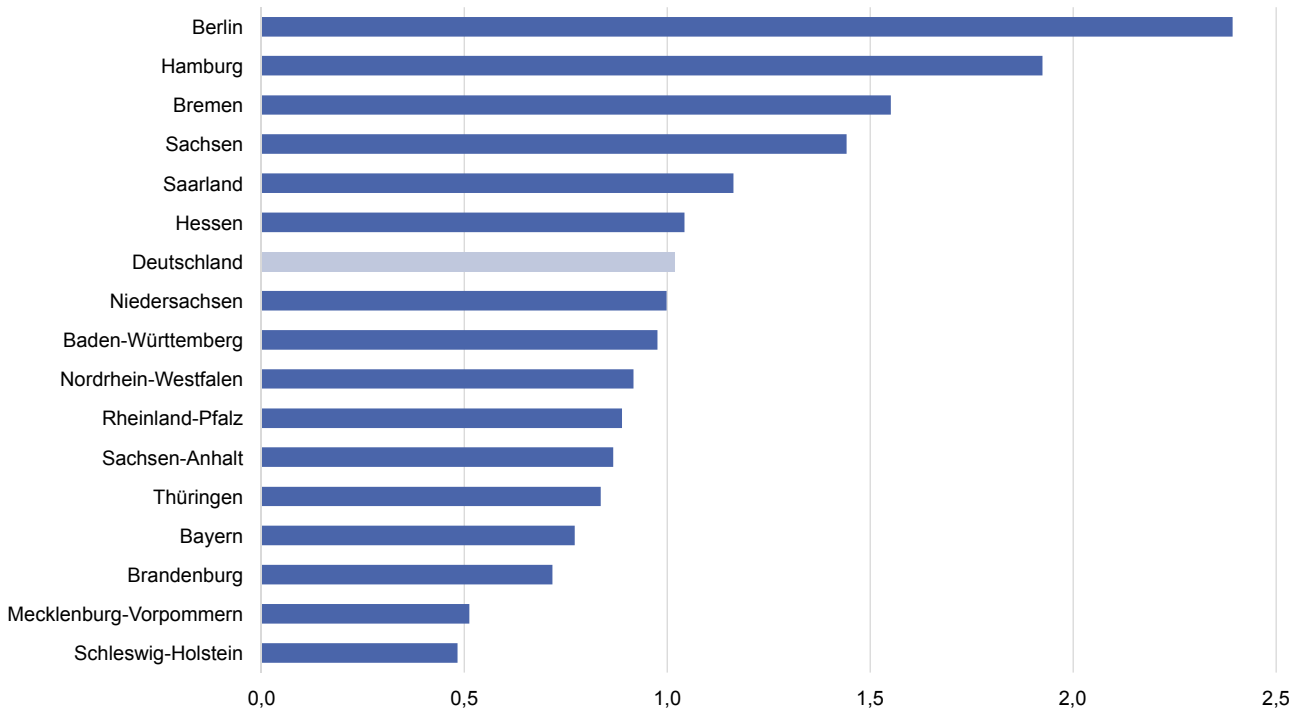
Tabelle VII.4

Hochschulabsolventinnen und -absolventen eines Erststudiums der Fächergruppe „Kunst, Kunstwissenschaft“ nach Bundesländern

Land	2012		2021		2022	
	Anzahl	% ¹⁾	Anzahl	% ¹⁾	Anzahl	% ¹⁾
Baden-Württemberg	1 591	1,19	1 502	1,09	1 346	0,98
Bayern	1 556	0,99	1 455	0,91	1 249	0,77
Berlin	1 311	2,49	1 260	2,62	1 178	2,39
Brandenburg	279	1,01	188	0,96	143	0,72
Bremen	172	1,86	149	1,57	148	1,55
Hamburg	611	2,30	574	2,19	514	1,92
Hessen	838	1,14	972	1,26	820	1,04
Mecklenburg-Vorpommern	140	0,70	54	0,42	70	0,51
Niedersachsen	1 009	1,14	866	0,92	945	1,00
Nordrhein-Westfalen	2 649	1,26	2 104	0,97	2 010	0,92
Rheinland-Pfalz	630	1,34	472	1,01	420	0,89
Saarland	103	0,90	118	1,05	129	1,16
Sachsen	1 169	2,30	461	1,28	540	1,44
Sachsen-Anhalt	264	0,98	215	1,20	164	0,87
Schleswig-Holstein	238	0,78	164	0,51	156	0,48
Thüringen	306	1,13	224	1,28	154	0,84
Deutschland	12 866	1,29	10 778	1,12	9 986	1,02

1) Anteil an der altersspezifischen Bevölkerung; die Berechnung erfolgt nach dem Quotensummenverfahren: Es wird zunächst für jeden einzelnen Altersjahrgang der Bevölkerung der Anteil der Erstabsolventinnen und -absolventen berechnet. Die Anteile werden anschließend addiert, sodass alle Absolventinnen und Absolventen mit in die Kennzahl eingehen.

Abbildung VII.4

Anteil der Hochschulabsolventinnen und -absolventen eines Erststudiums der Fächergruppe „Kunst, Kunstwissenschaft“ an der altersspezifischen Bevölkerung 2022¹⁾ nach Bundesländern (in %)

1) Anteil an der altersspezifischen Bevölkerung; die Berechnung erfolgt nach dem Quotensummenverfahren: Es wird zunächst für jeden einzelnen Altersjahrgang der Bevölkerung der Anteil der Erstabsolventinnen und -absolventen berechnet. Die Anteile werden anschließend addiert, sodass alle Absolventinnen und Absolventen mit in die Kennzahl eingehen.

© Statistische Ämter des Bundes und der Länder

VII.5 Belegungen von Volkshochschulkursen des Programmbereichs „Kultur, Gestalten“ je 100 000 Einwohnerinnen und Einwohner (2022)

Indikatorenbeschreibung

Die Volkshochschulen (VHS) sind öffentliche Weiterbildungsinstitutionen mit breitem Fächerangebot. Der Indikator setzt die Anzahl der Belegungen von Kursen des Programmbereichs „Kultur, Gestalten“ der VHS in Beziehung zur Bevölkerungszahl⁶. Es soll zum einen das Interesse der Bevölkerung an einer kulturell-gestalterischen Beschäftigung und zum anderen das Bemühen der öffentlichen Hand um ein ausreichendes, flächendeckendes und für Kursteilnehmerinnen und -teilnehmer finanzierbares Bildungsangebot im kulturellen Bereich aufgezeigt werden.

Anstieg der Belegungen im Programmbereich „Kultur und Gestalten“ um rund drei Viertel gegenüber dem Vorjahr

Die beliebtesten Fachgebiete waren „Malen, Zeichnen, Drucktechnik“, gefolgt von „Tanzpraxis“ und „Musikalische Praxis“

Im Jahr 2022 waren in Deutschland insgesamt 845 Volkshochschulen Mitglied in einem der Landesverbände des Deutschen Volkshochschulverbandes. Von diesen Mitgliedern beteiligten sich 826 an der statistischen Erhebung des Deutschen Instituts für Erwachsenenbildung (Erfassungsquote: 97,8 %). Von insgesamt rund 4,2 Millionen Belegungen aller angebotenen Kurse wurden rund 584 980 im Programmbereich „Kultur, Gestalten“ gezählt. Hauptsächlich Frauen nahmen mit vier Fünftel (80,5 %) die Angebote der VHS im Programmbereich „Kultur, Gestalten“ wahr. Das sind 5,2 Prozentpunkte mehr als der Frauenanteil bei allen Kursbelegungen (Frauenanteil: 75,3 %). Die beliebtesten Fachgebiete⁶ waren „Malen, Zeichnen, Drucktechnik“ (126 600 Belegungen), „Tanzpraxis“ (86 630), „Musikalische Praxis“ (63 760) und „Textiles Gestalten“ (62 010). Die meisten Belegungen im Programmbereich „Kultur, Gestalten“ gab es in den drei bevölkerungsreichsten Ländern Bayern (151 440 Belegungen), Baden-Württemberg (130 830) und Nordrhein-Westfalen (80 400). Die wenigsten Kursbelegungen wurden im Stadtstaat Bremen (4 300), in Mecklenburg-Vorpommern (4 350), in Sachsen-Anhalt (7 070), in Thüringen (8 400) und im Saarland (8 560) gezählt.

Gegenüber dem Vorjahr stieg die Anzahl der Kursteilnehmerinnen und -teilnehmer im Programmbereich „Kultur, Gestalten“ um 75,6 %, von 333 200 Belegungen im Jahr 2021 auf 584 980 im Jahr 2022. Damit erhöhten sich diese Belegungen stärker als die Zahl der gemeldeten Belegungen insgesamt (63,7 %). Auch für das Jahr 2022 wurde eine Corona-Ergänzungsabfrage durchgeführt. Hieran beteiligten sich 511 VHS. Von diesen gaben 23,1 % an, dass das Kursangebot in Präsenz zeitweise eingeschränkt war (2021: 93,2 %), 3,7 % teilten mit, dass aufgrund von Schließungen durch die Trägerschaft zeitweise überhaupt keine Kurse (Präsenz und Online) durchgeführt werden konnten (2021: 23,6 %).

Bezogen auf die Bevölkerungszahl gab es 2022 in Deutschland insgesamt 693 Kursbelegungen je 100 000 Einwohnerinnen und Einwohner im VHS-Programmbereich „Kultur, Gestalten“, 2021 waren es 400. Vor der Corona-Pandemie, im Jahr 2019, lag der Wert bei 1 062 Kursbelegungen je 100 000 Einwohnerinnen und Einwohner. Spitzenwerte deutlich über dem Bundesdurchschnitt zeigten sich im Jahr 2022 in den westdeutschen Flächenländern Baden-Württemberg mit 1 160 Belegungen je 100 000 Einwohnerinnen und Einwohner sowie Bayern mit 1 133. Dicht dahinter folgte der Stadtstaat Hamburg mit einem Wert von 1 049 Belegungen. Mit weit niedrigeren Werten zwischen 267 und 395 lagen die ostdeutschen Flächenländer am unteren Ende der Skala. Diese historisch gewachsenen Unterschiede der west- und ostdeutschen Länder lassen sich zum einen über die jeweiligen bildungspolitischen Ziele der ehemaligen DDR und der BRD bei VHS-Angeboten erklären. Zum anderen sind diese durch ein stärker privatwirtschaftlich ausgerichtetes Weiterbildungsangebot in Ostdeutschland nach der Wiedervereinigung zu begründen.

Methodische Hinweise zum Indikator VII.5

Datengrundlage sind die Statistiken zum Volkshochschulwesen, veröffentlicht in der jährlichen Publikation „Volkshochschul-Statistik“ des Deutschen Instituts für Erwachsenenbildung (DIE). Die Daten von 2022 beruhen auf Angaben von 826 der 845 Mitgliedseinrichtungen zu institutionellen Merkmalen, wie Personal, Finanzierung und Kursen. Diese werden weiterhin in Fachgebiete mit entsprechenden Kursen unterteilt. Die Zahl der VHS-Kursbelegungen entspricht nicht der VHS-Schüleranzahl, da eine Schülerin oder ein Schüler mehrere Kurse besuchen kann.

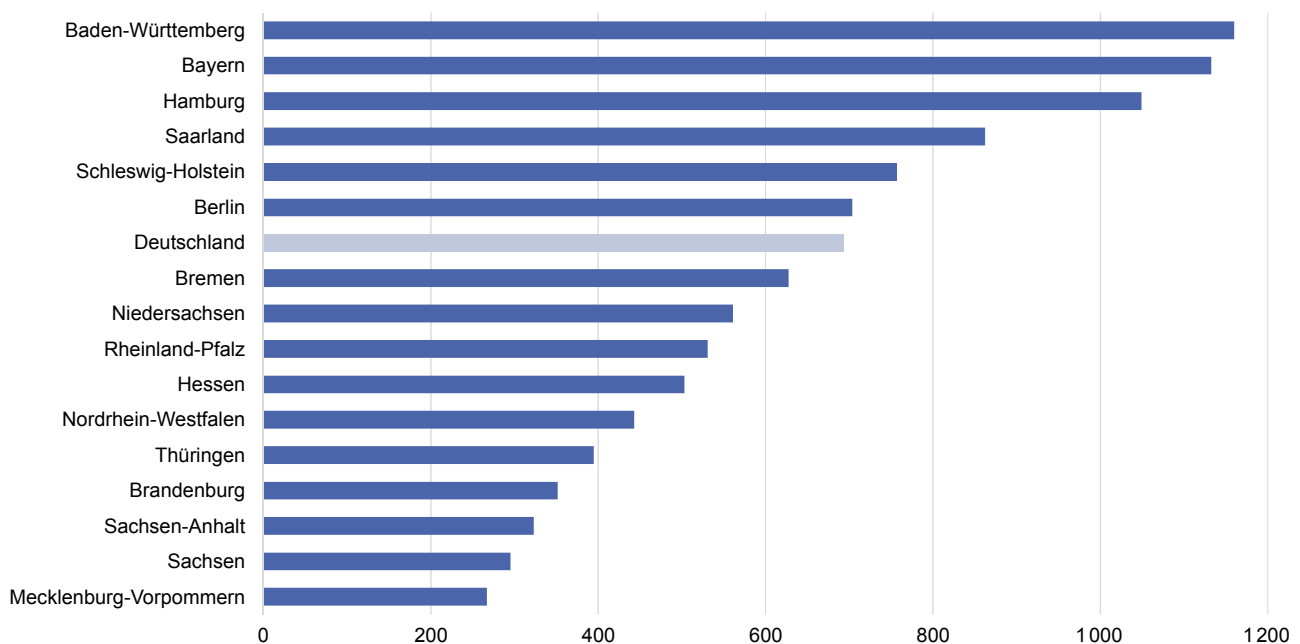
Tabelle VII.5

Belegungen von Volkshochschulkursen des Programmbereichs „Kultur, Gestalten“ nach Bundesländern

Land	2021		2022	
	Anzahl	je 100 000 Einwohnerinnen und Einwohner	Anzahl	je 100 000 Einwohnerinnen und Einwohner
Baden-Württemberg	71 266	641	130 829	1 160
Bayern	86 394	656	151 438	1 133
Berlin	14 713	400	26 427	704
Brandenburg	5 998	236	9 044	351
Bremen	2 821	417	4 297	627
Hamburg	13 167	710	19 850	1 049
Hessen	20 426	324	32 167	503
Mecklenburg-Vorpommern	2 813	175	4 348	267
Niedersachsen	27 665	345	45 662	561
Nordrhein-Westfalen	43 338	242	80 404	443
Rheinland-Pfalz	12 101	295	22 080	531
Saarland	4 743	483	8 559	862
Sachsen	5 954	147	12 069	295
Sachsen-Anhalt	4 080	188	7 066	323
Schleswig-Holstein	12 973	444	22 342	757
Thüringen	4 749	225	8 395	395
Deutschland	333 201	400	584 977	693

Quelle: Deutsches Institut für Erwachsenenbildung (DIE), eigene Berechnungen der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder

Abbildung VII.5

Belegungen von Volkshochschulkursen des Programmbereichs „Kultur, Gestalten“ je 100 000 Einwohnerinnen und Einwohner 2022 nach Bundesländern

Quelle: Deutsches Institut für Erwachsenenbildung (DIE), eigene Berechnungen der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder

© Statistische Ämter des Bundes und der Länder

VII.6 Anteil der Kulturberufe an allen neu abgeschlossenen Ausbildungsverträgen (2023)

Indikatorenbeschreibung

Der Indikator beschreibt die Bedeutung der Kulturberufe⁶ unter den neu abgeschlossenen Ausbildungsverträgen in Deutschland. Die Zahl der Neuabschlüsse in Kulturberufen wird länderspezifisch und für das Bundesgebiet auf die Zahl der Neuabschlüsse insgesamt bezogen.

Leichter Rückgang der Neuabschlüsse in Kulturberufen gegenüber dem Vorjahr

9 760 Neuabschlüsse in kulturspezifischen Ausbildungsberufen

Im Jahr 2023 zählte die Berufsbildungsstatistik insgesamt 479 790 neu abgeschlossene Ausbildungsverträge. Davon haben rund 9 760 Personen eine Ausbildung in einem kulturspezifischen Beruf begonnen, was 2,0 % aller Neuabschlüsse entspricht. Gegenüber dem Vorjahr reduzierte sich die Zahl der neuen Ausbildungsverträge in Kulturberufen damit gering um 0,9 %, bei den neuen Ausbildungsverträgen insgesamt war ein Anstieg um 2,1 % zu verzeichnen. Im Zehnjahresvergleich, gegenüber dem Jahr 2013, zeigt sich mit -18,7 % ein deutlicherer Rückgang der Neuabschlüsse in kulturspezifischen Ausbildungsberufen. Damit lag die prozentuale Abnahme höher als bei den Neuverträgen insgesamt mit -8,8 %. Mit 2 200 Personen starteten 2023 die meisten Auszubildenden einen Kulturberuf in der Berufsgruppe „Veranstaltungs-, Kamera- und Tontechnik“, dicht gefolgt von der Berufsgruppe „Technische Mediengestaltung“ mit 2 190 Personen. Mit etwas Abstand war auf Rang drei die Berufsgruppe „Veranstaltungsservice und -management“ mit 1 660 Personen zu finden.

Mehr Frauen (59,3 %) als Männer (40,7 %) in neu abgeschlossenen kulturspezifischen Ausbildungsberufen vertreten

Von allen neu abgeschlossenen Ausbildungsverträgen der Berufsbildungsstatistik entfielen 63,9 % auf männliche und 36,1 % auf weibliche Auszubildende. Bei den kulturspezifischen Berufen hingegen war das Geschlechterverhältnis umgekehrt, hier waren Frauen mit 59,3 % häufiger vertreten als Männer mit 40,7 %. Unterschiede zwischen beiden Geschlechtern gab es auch in der konkreten Wahl der Kulturberufe. Während Frauen deutlich stärker in der Berufsgruppe „Bühnen- und Kostümbilderei, Requisite“ vertreten waren (Frauenanteil: 90,9 %), dominierten die Männer in den Berufen der „Veranstaltungs-, Kamera- und Tontechnik“ (Männeranteil: 77,5 %).

Im Ländervergleich zeigt sich eine deutliche Spannweite bei den Anteilswerten für die Kulturberufe an allen Neuabschlüssen. Wie auch beim Kulturindikator „Erwerbstätige in Kulturberufen“ waren die Werte für neu abgeschlossene Ausbildungsverträge in Kulturberufen in den Stadtstaaten Berlin (4,4 %), Hamburg (3,9 %) und Bremen (2,4 %) am höchsten. Über dem Bundesdurchschnitt von 2,0 % lagen außerdem die Flächenländer Nordrhein-Westfalen mit einem Anteil von 2,3 % und Sachsen mit 2,1 %. Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt hingegen wiesen mit jeweils 1,2 % den geringsten Anteilswert für das Jahr 2023 aus, gefolgt von Thüringen mit 1,5 %. Die übrigen Bundesländer bewegten sich zwischen 1,6 % und 1,9 %.

Gegenüber dem Vorjahr veränderten sich die Anteile der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge in kulturspezifischen Berufsgruppen an allen Neuabschlüssen in den Bundesländern nur gering. In Rheinland-Pfalz, Bremen und Brandenburg haben sich die Anteile leicht erhöht. In Berlin, Nordrhein-Westfalen, Sachsen, Schleswig-Holstein und Thüringen blieben die Anteilswerte im Vorjahresvergleich unverändert. Die anderen Bundesländer zeigten einen, meist geringen, Rückgang gegenüber dem Jahr 2022.

Methodische Hinweise zum Indikator VII.6

Die vorliegende Kurzanalyse basiert auf Ergebnissen der Berufsbildungsstatistik. Die Datenquelle der Berufsbildungsstatistik ist eine Vollerhebung mit Auskunftspflicht bei allen Kammern bzw. zuständigen Stellen, bei denen Auszubildende im dualen System registriert sind. Im dualen System erfolgt die Ausbildung durch das unmittelbare Lernen am Arbeitsplatz oder in den betrieblichen bzw. überbetrieblichen Ausbildungswerkstätten in Verbindung mit dem gleichzeitigen Besuch einer Berufsschule mit Teilzeitunterricht. Die Abgrenzung der kulturrelevanten Berufsgruppen ist nahezu identisch zu den Kulturberufen⁶ und beruht auf der Standardklassifikation „Klassifikation der Berufe“ (KldB) in der Ausgabe 2010.

Tabelle VII.6

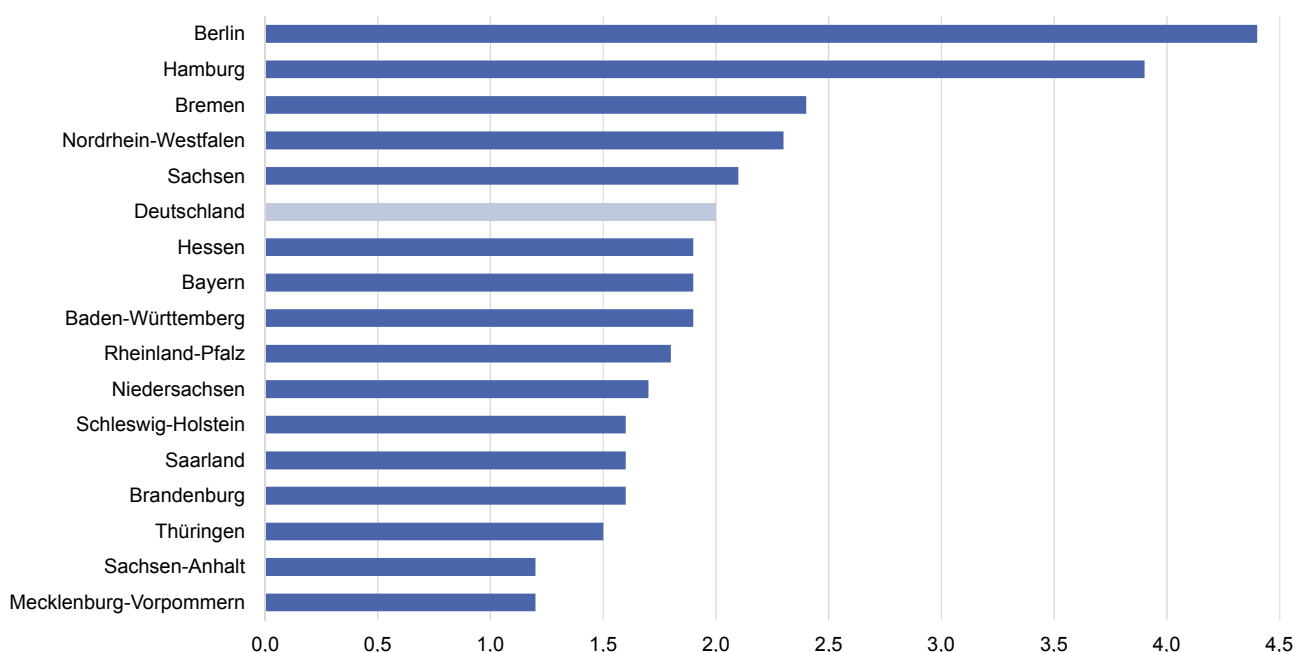
Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge nach Bundesländern^{*)}

Land	2013			2022			2023		
	Neuabschlüsse insgesamt	darunter	% ¹⁾	Neuabschlüsse insgesamt	darunter	% ¹⁾	Neuabschlüsse insgesamt	darunter	% ¹⁾
		Neuabschlüsse in Kulturberufen			Neuabschlüsse in Kulturberufen			Neuabschlüsse in Kulturberufen	
Baden-Württemberg	74 475	1 665	2,2	66 075	1 302	2,0	68 403	1 320	1,9
Bayern	92 826	1 929	2,1	82 923	1 632	2,0	85 386	1 599	1,9
Berlin	16 173	705	4,4	14 256	621	4,4	14 139	627	4,4
Brandenburg	10 278	225	2,2	10 155	153	1,5	10 587	168	1,6
Bremen	5 724	174	3,0	5 007	111	2,2	5 181	126	2,4
Hamburg	12 855	507	3,9	10 908	459	4,2	11 274	444	3,9
Hessen	37 737	972	2,6	32 577	693	2,1	34 632	642	1,9
Mecklenburg-Vorpommern	8 016	132	1,6	7 971	108	1,4	8 217	99	1,2
Niedersachsen	56 166	1 131	2,0	49 107	912	1,9	49 506	843	1,7
Nordrhein-Westfalen	120 144	2 937	2,4	105 870	2 403	2,3	106 095	2 430	2,3
Rheinland-Pfalz	26 514	468	1,8	22 899	360	1,6	23 262	408	1,8
Saarland	6 993	111	1,6	5 715	120	2,1	5 703	90	1,6
Sachsen	17 847	405	2,3	19 284	414	2,1	19 875	408	2,1
Sachsen-Anhalt	10 695	144	1,3	10 089	147	1,5	10 332	129	1,2
Schleswig-Holstein	19 299	318	1,6	17 001	270	1,6	16 956	267	1,6
Thüringen	10 152	183	1,8	10 029	147	1,5	10 242	156	1,5
Deutschland²⁾	525 897	12 003	2,3	469 866	9 849	2,1	479 790	9 756	2,0

^{*)} Aus Datenschutzgründen sind alle Daten (Absolutwerte) auf ein Vielfaches von 3 gerundet. Der Gesamtwert kann deshalb von der Summe der Einzelwerte abweichen. — ¹⁾ Anteil der Neuabschlüsse in Kulturberufen an den Neuabschlüssen insgesamt.

Abbildung VII.6

Anteil der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge in Kulturberufen an den neu abgeschlossenen Ausbildungsverträgen insgesamt 2023 nach Bundesländern (in %)



© Statistische Ämter des Bundes und der Länder

VII.7 Anteil der Erwerbstätigen in Kulturberufen (2023)

Indikatorenbeschreibung

Der Indikator beschreibt die Bedeutung der Kulturberufe⁶ in Deutschland. Die Zahl der Erwerbstätigen⁶ in Kulturberufen wird länderweise und für das Bundesgebiet auf die Zahl der Erwerbstätigen insgesamt bezogen.

Frauen mit 52,1 % in Kulturberufen etwas häufiger vertreten als Männer

Jede 12. erwerbstätige Person in Berlin übte einen Kulturberuf aus

1,3 Millionen Erwerbstätige in Kulturberufen

Die Zahl der Erwerbstätigen in Kulturberufen lag im Jahr 2023 bei hochgerechnet gut 1,3 Millionen Personen, davon waren 686 000 Frauen (52,1 %) und 631 000 Männer (47,9 %). Im Vergleich zu 2022 stieg die Anzahl der Erwerbstätigen in Kulturberufen kaum an (plus 7 000 Personen bzw. 0,5 %). Der Erwerbstätigenanteil in Kulturberufen an den Erwerbstätigen in Deutschland veränderte sich im Vergleich der beiden Jahre nicht und lag bei jeweils 3,1 %. Unter den Kulturberufen nahmen die Berufsgruppen „Technische Mediengestaltung“ (18,7 %), „Redaktion und Journalismus“ (16,0 %) sowie „Lehrtätigkeiten an außerschulischen Bildungseinrichtungen“ (15,6 %) im Jahr 2023 die größte relative Bedeutung ein. Von den Erwerbstätigen in Kulturberufen war rund ein Drittel (33,6 %) selbständig, rund zwei Drittel (66,4 %) waren abhängig Beschäftigte.

Auch im Jahr 2023 hatten im Bundesländervergleich die Stadtstaaten Berlin und Hamburg eine besondere Stellung für Beschäftigte im Kunst- und Kulturbereich. In Berlin waren insgesamt 164 000 Personen in Kulturberufen erwerbstätig und in Hamburg 62 000. Der Anteil an allen Erwerbstätigen betrug in Berlin 8,6 % und in Hamburg 6,2 %. Damit erreichten diese Bundesländer als einzige Werte über dem Bundesdurchschnitt von 3,1 %. Mit Anteilen von jeweils 3,0 % lagen die Flächenländer Nordrhein-Westfalen (266 000 Erwerbstätige in Kulturberufen), Bayern (217 000 Erwerbstätige) und Hessen (99 000 Erwerbstätige) knapp unter dem bundesweiten Durchschnitt. Die Länder mit den geringsten Anteilswerten waren Sachsen-Anhalt mit 1,8 % (18 000 Erwerbstätige) sowie Mecklenburg-Vorpommern (17 000 Erwerbstätige), Thüringen (22 000 Erwerbstätige) und Niedersachsen (91 000 Erwerbstätige) mit jeweils 2,2 %.

Durch die Erarbeitung von sogenannten Spartenberichten liegen auch Daten zur Erwerbstätigkeit in einzelnen Kultursparten vor. Mit 588 000 Personen waren die meisten Erwerbstätigen in der Sparte „Baukultur, Denkmalschutz und Denkmalpflege“ zu finden. Sie machten einen Anteil von 1,4 % an der gesamten erwerbstätigen Bevölkerung aus. Es folgen die Sparten „Literatur und Presse“ mit 453 000 Personen (1,1 % der gesamten erwerbstätigen Bevölkerung), „Bildende Kunst“ mit 299 000 Personen (0,7 %) und „Film, Fernsehen und Hörfunk“ mit 153 000 Personen (0,4 %). Die wenigsten Erwerbstätigen gab es in der Sparte „Museen, Bibliotheken und Archive“ mit 58 000 Personen (0,1 %).

Methodische Hinweise zum Indikator VII.7

Die vorliegende Kurzanalyse basiert auf Ergebnissen des Mikrozensus. Der Mikrozensus ist eine jährlich durchgeführte Befragung von einem Prozent aller Haushalte in Deutschland zur wirtschaftlichen und sozialen Situation. Die Grundlage für die berufliche Gliederung ist die „Nationale Klassifikation der Berufe, Ausgabe 2010“. Sie ist an die internationale Berufsklassifizierung anschlussfähig. Aus dieser Klassifikation lassen sich eine Reihe von Kulturberufen identifizieren. Die Daten werden hochgerechnet.

Zur Verkürzung des Zeitraums zwischen Ende des Erhebungsjahres und Ergebnisbereitstellung werden im Mikrozensus ab dem Erhebungsjahr 2020 zwei Ergebnisarten – Erst- und Endergebnisse – unterschieden. Sowohl Erst- als auch Endergebnisse beruhen auf vollständig aufbereiteten und validierten Daten. Die Endergebnisse basieren im Gegensatz zu den Erstergebnissen auf einer höheren Anzahl befragter Haushalte. Dies ist dadurch bedingt, dass auch nach Ende eines Erhebungsjahres fehlende Haushalte nach Erinnerungen/Mahnungen noch Auskunft geben. Dieses Datenmaterial wird zudem an einem aktualisierten Bevölkerungseckwert hochgerechnet. Durch den größeren Stichprobenumfang und die aktualisierte Hochrechnung können ggf. Abweichungen gegenüber den Erstergebnissen entstehen.

Angeht es zu geringer Fallzahlen konnten keine Auswertungen zur Erwerbstätigkeit in einzelnen Kultursparten auf Länderebene vorgenommen werden. Es ist zu beachten, dass bei den Auswertungen auf Bundesebene einzelne Berufe auch mehreren Sparten zugeordnet werden und es daher zu Doppelzählungen kommt.

Tabelle VII.7

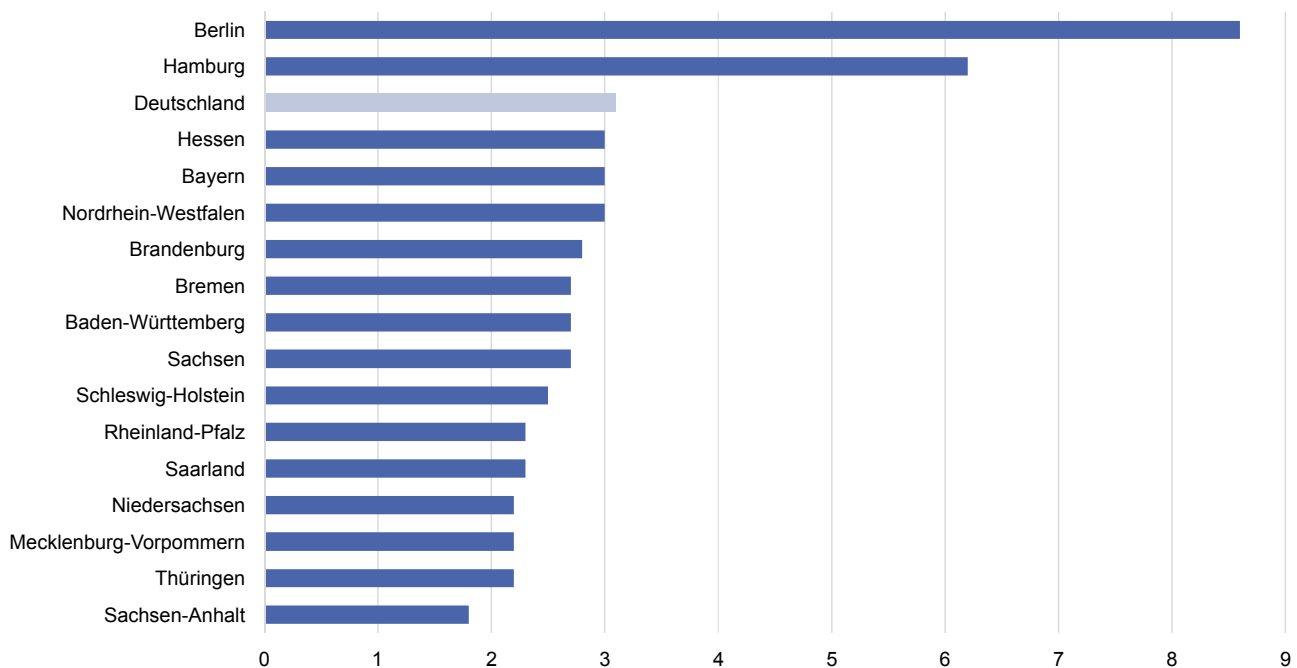
Erwerbstätige nach Bundesländern

Land	2022			2023		
	Erwerbstätige insgesamt	darunter	Anteil der Erwerbstätigen in Kulturberufen an den Erwerbstätigen insgesamt	Erwerbstätige insgesamt	darunter	Anteil der Erwerbstätigen in Kulturberufen an den Erwerbstätigen insgesamt
		Erwerbstätige in Kulturberufen			Erwerbstätige in Kulturberufen	
	1 000		%	1 000		%
Baden-Württemberg	5 991	164	2,7	6 081	165	2,7
Bayern	7 150	217	3,0	7 267	217	3,0
Berlin	1 901	167	8,8	1 914	164	8,6
Brandenburg	1 248	30	2,4	1 247	35	2,8
Bremen	314	11	3,5	328	9	2,7
Hamburg	979	66	6,7	998	62	6,2
Hessen	3 169	95	3,0	3 263	99	3,0
Mecklenburg-Vorpommern	767	16	2,1	778	17	2,2
Niedersachsen	4 101	94	2,3	4 139	91	2,2
Nordrhein-Westfalen	8 865	259	2,9	9 000	266	3,0
Rheinland-Pfalz	2 096	50	2,4	2 134	50	2,3
Saarland	478	11	2,3	485	11	2,3
Sachsen	1 967	53	2,7	1 971	53	2,7
Sachsen-Anhalt	1 013	19	1,9	1 007	18	1,8
Schleswig-Holstein	1 471	38	2,6	1 485	37	2,5
Thüringen	1 019	22	2,2	1 020	22	2,2
Deutschland	42 527	1 310	3,1	43 117	1 317	3,1

Quelle: Ergebnisse des Mikrozensus; 2022: Endergebnisse des Mikrozensus; 2023: Erstergebnisse des Mikrozensus, eigene Berechnungen der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder

Abbildung VII.7

Anteil der Erwerbstätigen in Kulturberufen an den Erwerbstätigen insgesamt 2023 nach Bundesländern (in %)



Quelle: Erstergebnisse des Mikrozensus 2023, eigene Berechnungen der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder

© Statistische Ämter des Bundes und der Länder

VII.8 Versicherte in der Künstlersozialkasse je 10 000 Einwohnerinnen und Einwohner (2024)

Indikatorenbeschreibung

Die Zahl der bei der Künstlersozialkasse versicherten Künstlerinnen und Künstler sowie Publizistinnen und Publizisten wird auf die Bevölkerungszahl⁹ bezogen. Der Indikator gibt an, in welchem Ausmaß die Einwohnerinnen und Einwohner eines Landes als selbstständige Künstlerinnen oder Künstler arbeiten und mit ihrer künstlerischen Tätigkeit ihren Lebensunterhalt verdienen.

Versichertenzahlen sanken bundesweit leicht

In Deutschland haben selbstständige Künstlerinnen und Künstler sowie Publizistinnen und Publizisten die Möglichkeit, sich über die Künstlersozialkasse zu versichern. Zum Stichtag 1. Januar 2024 waren dort insgesamt rund 191 100 Personen registriert. Das waren rund 1 500 Personen weniger als im Jahr 2023. Im Zehnjahresvergleich zwischen 2014 und 2024 stieg die Anzahl der Versicherten um rund 12 000 Versicherte an. Am stärksten vertreten waren die Versicherten im Jahr 2024 mit 35,0 % in der Gruppe der Bildenden Künstlerinnen und Künstler. In den Bereichen „Musik“ und „Wort“ waren 27,8 % bzw. 20,3 % der selbstständigen Künstlerinnen und Künstler tätig. Die wenigsten Versicherten fanden sich hingegen in der Gruppe „Darstellende Kunst“ (16,9 %).

Berlin hatte mit Abstand die höchste Künstlerdichte

Wird die Anzahl der Versicherten auf die Bevölkerungszahl in Deutschland bezogen, ergab sich für das Jahr 2024 ein Indikatorwert von 22,6 selbstständigen Künstlerinnen und Künstler je 10 000 Einwohnerinnen und Einwohner. Im Ländervergleich zeigte sich vor allem in Berlin und Hamburg eine hohe Dichte an Kunstschaaffenden. Berlin lag mit 108,5 Versicherten je 10 000 Einwohnerinnen und Einwohner im Jahr 2024 an der Spitze, Hamburg folgte mit 68,2 Versicherten. Auf dem dritten Platz der Rangliste befand sich mit deutlichem Abstand Bremen (27,2 Versicherte). Die Flächenländer hingegen lagen alle unter dem Bundesdurchschnitt. Unter ihnen hatte Bayern mit 21,6 Künstlerinnen und Künstlern je 10 000 Einwohnerinnen und Einwohner den höchsten Indikatorwert. Die wenigsten Versicherten je 10 000 Einwohnerinnen und Einwohner fanden sich im Saarland (10,4), in Thüringen (10,1) und in Sachsen-Anhalt (9,5). Während sich der Versichertenbestand zwischen 2014 und 2024 in den allermeisten Bundesländern erhöhte (lediglich drei Bundesländer wiesen einen geringen Rückgang auf), entwickelte sich die Anzahl der Künstlerinnen und Künstler bezogen auf die Bevölkerungszahlen im Zehnjahresvergleich unterschiedlich. Den größten Zuwachs konnte Berlin um 8,2 Künstlerinnen und Künstler je 10 000 Einwohnerinnen und Einwohner zwischen 2014 und 2024 verzeichnen. Der größte Rückgang, um 4,3 Versicherte, war in Hamburg festzustellen.

Bildende Künstlerinnen und Künstler stellten die größte Gruppe in der Künstlersozialkasse

In allen Stadtstaaten und in neun Flächenländern stellten die Bildenden Künstlerinnen und Künstler die größte Gruppe unter den Versicherten der Künstlersozialkasse dar. Die höchsten Anteile waren in Sachsen-Anhalt (41,9 %), Mecklenburg-Vorpommern (39,9 %) und Hamburg (39,1 %) zu verzeichnen. Hingegen hatten selbstständige Musikerinnen und Musikern den größten Anteil unter den Versicherten der Künstlersozialkasse im Saarland (41,5 %), Thüringen (39,4 %), Rheinland-Pfalz (36,3 %) und Baden-Württemberg (35,3 %). In Hessen waren die Gruppe der Bildenden Künstlerinnen und Künstler sowie der Musikerinnen und Musiker (33,8 % und 33,2 %) fast gleich stark vertreten. In Hamburg stellten die Publizistinnen und Publizisten als einziges Bundesland die zweitgrößte Gruppe dar (22,4 %). In Berlin waren die Darstellenden Künstlerinnen und Künstler die zweitgrößte Gruppe (23,2 %). In allen anderen Bundesländern waren diese die kleinste Gruppe unter den Versicherten der Künstlersozialkasse.

Methodische Hinweise zum Indikator VII.8

Die verwendeten Daten geben den Versichertenbestand der Künstlersozialkasse wieder, der aus selbstständigen Künstlerinnen und Künstlern sowie Publizistinnen und Publizisten zum Stichtag 1. Januar des jeweiligen Jahres besteht. Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Künstlerinnen und Künstler werden für diesen Indikator nicht berücksichtigt. Daher ist die Anzahl der Versicherten bei der Künstlersozialkasse nicht mit der Anzahl der Künstlerinnen und Künstler insgesamt gleichzusetzen. Bei der Interpretation der Ergebnisse ist zu beachten, dass die versicherten Künstlerinnen und Künstler nach ihrem Wohnort den Bundesländern zugeordnet werden. Ihr künstlerisches Schaffen kann dabei durchaus an einem anderen Ort stattfinden. Weiterhin ist zu beachten, dass bei der Berechnung des Indikators aus methodischen Gründen die Anzahl der Künstlerinnen und Künstler mit dem Stand zum Jahresbeginn jeweils auf den Stand der Bevölkerung am Ende des Vorjahres bezogen wird.

Tabelle VII.8

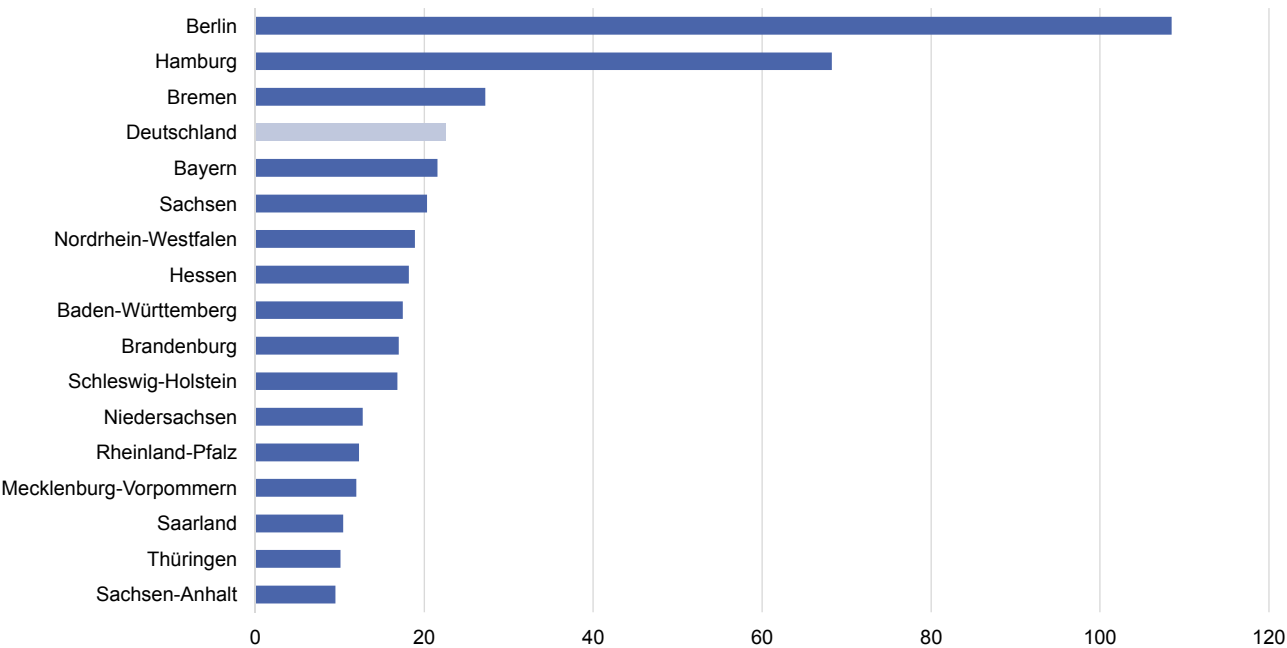
Versicherte in der Künstlersozialkasse nach Bundesländern

Land	2014		2022		2023		2024	
	in 1 000	je 10 000 Einwohnerinnen und Einwohner	in 1 000	je 10 000 Einwohnerinnen und Einwohner	in 1 000	je 10 000 Einwohnerinnen und Einwohner	in 1 000	je 10 000 Einwohnerinnen und Einwohner
Baden-Württemberg	19,6	18,4	20,4	18,3	20,1	17,8	19,8	17,5
Bayern	28,2	22,4	29,5	22,4	29,2	21,8	29,0	21,6
Berlin	34,3	100,2	40,9	111,2	40,9	109,0	41,0	108,5
Brandenburg	3,5	14,3	4,3	16,9	4,4	17,1	4,4	17,0
Bremen	2,0	29,7	1,9	28,3	1,9	27,6	1,9	27,2
Hamburg	12,7	72,5	13,5	72,7	13,2	69,8	13,0	68,2
Hessen	11,7	19,4	12,0	19,0	11,8	18,5	11,7	18,2
Mecklenburg-Vorpommern	1,8	11,0	1,9	11,8	1,9	11,8	1,9	12,0
Niedersachsen	10,0	12,8	10,5	13,1	10,5	12,9	10,4	12,7
Nordrhein-Westfalen	33,6	19,1	35,2	19,6	34,8	19,2	34,3	18,9
Rheinland-Pfalz	5,0	12,5	5,3	12,9	5,2	12,6	5,1	12,3
Saarland	1,1	10,7	1,1	11,0	1,1	10,8	1,0	10,4
Sachsen	7,0	17,4	8,3	20,4	8,3	20,4	8,3	20,3
Sachsen-Anhalt	2,0	8,7	2,1	9,8	2,1	9,6	2,1	9,5
Schleswig-Holstein	4,6	16,4	5,0	17,1	5,0	16,9	5,0	16,9
Thüringen	2,2	10,3	2,2	10,5	2,2	10,2	2,1	10,1
Deutschland	179,1	22,2	194,0	23,3	192,6	22,8	191,1	22,6

Quelle: Künstlersozialkasse (KSK), eigene Berechnungen der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder

Abbildung VII.8

Versicherte in der Künstlersozialkasse je 10 000 Einwohnerinnen und Einwohner 2024 nach Bundesländern



Quelle: Künstlersozialkasse (KSK), eigene Berechnungen der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder

© Statistische Ämter des Bundes und der Länder

VII.9 Durchschnittlicher Bruttostundenverdienst in Kulturberufen (2023)

Indikatorenbeschreibung

Der Indikator beschreibt den durchschnittlichen Bruttostundenverdienst (ohne Sonderzahlungen) von abhängig Beschäftigten in Kulturberufen⁶ in Deutschland. Außerdem gibt er an, wie groß der Verdienstunterschied zwischen Frauen und Männern ist. Die Ursachen und Hintergründe des geschlechtsbedingten Verdienstunterschieds macht dieser Indikator nicht deutlich. Es wird auch jener Verdienstabstand miterfasst, der sich aus unterschiedlichen Faktoren wie Berufswahl, Arbeitszeitumfang und Erwerbsbiografien der Frauen und Männer ergibt.

Frauen in Kulturberufen verdienen im Durchschnitt 16,3 % weniger als Männer

Im Jahr 2023 lag der durchschnittliche Bruttostundenverdienst für Beschäftigte in Kulturberufen in Deutschland bei 24,77 Euro. Während Frauen durchschnittlich 22,52 Euro verdienten, war der Bruttostundenverdienst bei den Männern mit 26,92 Euro um 4,40 Euro oder 16,3 % höher. Der durchschnittliche Bruttostundenverdienst über die Beschäftigungsverhältnisse aller Branchen und Berufe hinweg betrachtet, lag insgesamt sowie bei Männern und Frauen niedriger als in den Kulturberufen. Mit 23,74 Euro war dieser insgesamt knapp einen Euro niedriger als in den Kulturberufen. Frauen verdienten mit 21,39 Euro gut einen Euro pro Stunde weniger und Männer mit 25,49 Euro sogar 1,43 Euro weniger verglichen mit den Kulturberufen. Der Verdienstunterschied aller Beschäftigten in Deutschland lag bei 16,1 % und damit nur geringfügig niedriger.

Der durchschnittliche Bruttostundenverdienst in Kulturberufen stieg von 23,60 Euro im Jahr 2022 auf 24,77 Euro im Jahr 2023 an. Im Vorjahrsvergleich sank der Verdienstunterschied zwischen Frauen und Männern für Beschäftigungsverhältnisse in den Kulturberufen um einen Prozentpunkt (von 17,3 % im Jahr 2022 auf 16,3 % im Jahr 2023).

Höchste durchschnittliche Bruttostundenverdienste in Kulturberufen in den Stadtstaaten

In Thüringen war der durchschnittliche Bruttostundenverdienst für Beschäftigte in Kulturberufen mit 19,18 Euro am niedrigsten, gefolgt von Brandenburg mit 19,50 Euro und Sachsen-Anhalt mit 19,56 Euro. Die höchsten Verdienste waren in den Stadtstaaten festzustellen: Auf dem ersten Platz lag Bremen mit 26,86 Euro, gefolgt von der Bundeshauptstadt Berlin mit 26,60 Euro und Hamburg mit 26,10 Euro.

Im Ländervergleich fielen die Verdienstunterschiede zwischen Frauen und Männern in Brandenburg mit 6,2 % und Sachsen-Anhalt mit 6,6 % am niedrigsten aus. Dabei ist allerdings zu beachten, dass der Aussagewert in Brandenburg eingeschränkt ist, da der Zahlenwert statistisch relativ unsicher ist. Es folgten Rheinland-Pfalz mit 8,6 % und Mecklenburg-Vorpommern mit 8,7 %.

Die größte Differenz bei den durchschnittlichen Bruttostundenverdiensten zwischen Frauen und Männern gab es in Bremen mit 41,1 %, in Sachsen mit 24,6 % und in Nordrhein-Westfalen mit 19,2 %. Das waren gleichzeitig die einzigen Länder, die über dem bundesweiten Durchschnitt von 16,3 % lagen. Auch hier ist zu beachten, dass der Aussagewert in Bremen eingeschränkt ist, da der Zahlenwert statistisch relativ unsicher ist.

Methodische Hinweise zum Indikator VII.9

In den verwendeten Daten sind alle Beschäftigungsverhältnisse (z. B. auch Teilzeitbeschäftigte und geringfügig Beschäftigte sowie Auszubildende) enthalten. Dargestellt werden nur abhängige Beschäftigungsverhältnisse; Selbständige sind nicht enthalten. Im Unterschied zum Gender-Pay-Gap (GPG)⁶, der nach einem EU-weit harmonisierten Verfahren berechnet wird, sind in der vorliegenden Auswertung auch Kleinstbetriebe (unter 10 Beschäftigte) enthalten. Datengrundlage ist die Verdiensterhebung. Mit Beginn des Jahres 2022 löste die neue Verdiensterhebung die seit 2007 bestehende vierteljährliche Verdiensterhebung ab. Die neue Verdiensterhebung wird in Deutschland bei höchstens 58 000 ausgewählten Betrieben durchgeführt. Die Auswahl der Betriebe ist das Ergebnis einer Stichprobenziehung nach für ganz Deutschland einheitlichen Vorgaben, die die Repräsentativität der Stichprobe sicherstellen. Die Periodizität ist monatlich. Die Ergebnisse in diesem Indikator basieren auf den Erhebungen des Monats April.

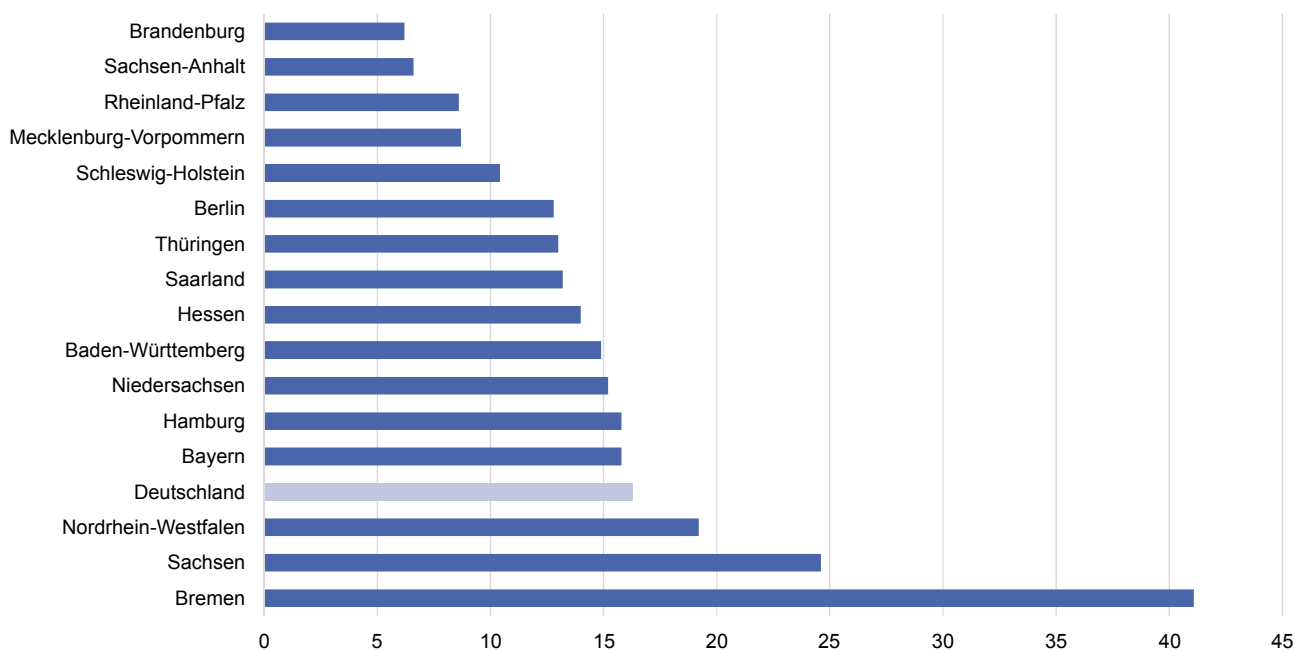
Tabelle VII.9

Durchschnittlicher Bruttostundenverdienst (ohne Sonderzahlungen) von Beschäftigungsverhältnissen im April 2023 nach Geschlecht und Bundesländern

Land	Bruttostundenverdienst (arithmetisches Mittel)						Verdienstunterschied ¹⁾	
	Kulturberufe			insgesamt				
	insgesamt	Frauen	Männer	insgesamt	Frauen	Männer	Kulturberufe	insgesamt
	Euro						%	
Baden-Württemberg	25,31	23,23	27,29	24,97	21,67	27,30	14,9	20,6
Bayern	25,33	23,09	27,42	24,78	21,72	26,96	15,8	19,4
Berlin	26,60	24,71	28,34	25,12	23,47	26,57	12,8	11,7
Brandenburg	19,50	(18,96)	20,21	20,54	20,29	20,75	(6,2)	2,2
Bremen	(26,86)	(20,25)	34,40	24,44	21,67	26,42	(41,1)	18,0
Hamburg	26,10	23,89	28,37	26,55	23,79	28,70	15,8	17,1
Hessen	25,74	23,61	(27,46)	26,15	23,15	28,35	(14,0)	18,3
Mecklenburg-Vorpommern	19,86	19,01	20,83	19,86	19,08	20,56	8,7	7,2
Niedersachsen	21,83	19,95	23,53	22,39	20,27	23,93	15,2	15,3
Nordrhein-Westfalen	25,53	22,76	28,18	23,77	21,35	25,54	19,2	16,4
Rheinland-Pfalz	24,69	23,47	25,67	22,66	20,71	24,10	8,6	14,1
Saarland	23,12	21,32	24,55	22,20	19,81	24,07	13,2	17,7
Sachsen	23,65	20,19	26,78	20,54	19,75	21,18	24,6	6,8
Sachsen-Anhalt	19,56	18,92	20,25	20,03	19,84	20,20	6,6	1,8
Schleswig-Holstein	22,15	20,98	23,41	21,83	20,39	22,91	10,4	11,0
Thüringen	19,18	18,08	20,77	20,20	19,64	20,66	13,0	4,9
Deutschland	24,77	22,52	26,92	23,74	21,39	25,49	16,3	16,1

1) Differenz zwischen den durchschnittlichen Bruttostundenverdiensten von Frauen und Männern in Prozent des durchschnittlichen Bruttostundenverdiensts männlicher Beschäftigter. --- Quelle: Verdiensterhebung

Abbildung VII.9

Verdienstunterschied¹⁾ des durchschnittlichen Bruttostundenverdienstes (ohne Sonderzahlungen) von Beschäftigungsverhältnissen in Kulturberufen im April 2023 nach Bundesländern (in %)

1) Differenz zwischen den durchschnittlichen Bruttostundenverdiensten von Frauen und Männern in Prozent des durchschnittlichen Bruttostundenverdiensts männlicher Beschäftigter. --- Quelle: Verdiensterhebung

© Statistische Ämter des Bundes und der Länder

Kapitel VIII

Öffentliche und private Kulturausgaben

VIII.1 Öffentliche Ausgaben für Kultur je Einwohnerin und Einwohner (2021)

Indikatorenbeschreibung

Der Indikator gibt Aufschluss über die Höhe der aus allgemeinen Haushaltsmitteln finanzierten Kulturausgaben der Gebietskörperschaften (Bund, Länder, Gemeinden). Dabei werden die Ausgaben auf die Bevölkerungszahl⁶ bezogen. Die Gemeindeebene umfasst Gemeinden, Gemeindeverbände und Zweckverbände. Die öffentlichen Kulturausgaben umfassen die Aufgabenbereiche Theater und Musik, Bibliotheken, Museen, Sammlungen und Ausstellungen, Denkmalschutz und -pflege, kulturelle Angelegenheiten im Ausland, sonstige Kulturpflege, öffentliche Kunsthochschulen sowie die Verwaltung für kulturelle Angelegenheiten.

Die öffentlichen Kulturausgaben lagen 2021 bei 14,9 Milliarden Euro

Öffentliche Kulturausgaben gegenüber Vorjahr leicht gestiegen

Die öffentlichen Haushalte haben im Jahr 2021 insgesamt gut 14,9 Milliarden Euro aus allgemeinen Haushaltsmitteln für Kultur zur Verfügung gestellt. Im Vergleich zum Vorjahr war das ein Anstieg um 2,9 % (2020: gut 14,5 Milliarden Euro). Zwischen 2011 und 2021 stiegen die öffentlichen Kulturausgaben um 59,2 % (2011: rund 9,4 Milliarden Euro).

Der Anteil der öffentlichen Kulturausgaben am Bruttoinlandsprodukt⁶ war im Jahr 2021 mit 0,41 % niedriger als im Vorjahr mit 0,43 %. Im Zehnjahresvergleich zu 2011 (0,35 %) ist der Wert dagegen angestiegen. Der Anteil der Kulturausgaben am Gesamtetat der öffentlichen Gesamthaushalte⁶ lag 2021 bei 1,74 %. Gegenüber 2020 entspricht dies einem Rückgang um 0,15 Prozentpunkte (2020: 1,89 %) und gegenüber 2011 einer Steigerung um 0,06 Prozentpunkte (2011: 1,68 %). Mit 39,0 % (5,8 Milliarden Euro) stellten im Jahr 2021 die Gemeinden den größten Anteil an Haushaltsmitteln für Kulturausgaben zur Verfügung, danach folgten die Länder mit 37,6 % (5,6 Milliarden Euro). Der Anteil des Bundes betrug 23,4 % (3,5 Milliarden Euro).

Mit Blick auf die Länder (einschließlich Gemeinden) gab es im Vergleich zu 2020 nur im Saarland (+0,07 Prozentpunkte) und in Mecklenburg-Vorpommern (+0,01 Prozentpunkte) eine Steigerung bei den Kulturausgaben bezogen auf den Gesamthaushalt. Alle anderen Länder verzeichneten einen Rückgang. Die größte Abnahme gab es in Sachsen (-0,40 Prozentpunkte), gefolgt von Hamburg (-0,34 Prozentpunkte) und Bremen (-0,24 Prozentpunkte).

Über die höchsten Kulturausgaben verfügten die drei bevölkerungsreichsten Länder Nordrhein-Westfalen (2,3 Milliarden Euro), Bayern (1,9 Milliarden Euro) und Baden-Württemberg (1,5 Milliarden Euro). Das Saarland und der Stadtstaat Bremen hatten mit 97,6 Millionen Euro bzw. 129,1 Millionen Euro die geringsten Ausgaben.

Sachsen war mit 237,38 Euro je Einwohnerin und Einwohner das Flächenland mit den höchsten Pro-Kopf-Ausgaben für Kultur

Bezogen auf die Bevölkerungszahlen gaben im Jahr 2021 die Länder und Gemeinden zusammen rund 137,54 Euro je Einwohnerin und Einwohner aus (Länder: 67,47 Euro; Gemeinden: 70,06 Euro). Dies waren 1,5 % mehr als im Vorjahr. Die Bundeshauptstadt Berlin verzeichnete mit 264,50 Euro je Einwohnerin und Einwohner die höchsten Pro-Kopf-Ausgaben. Es folgte Sachsen mit 237,38 Euro je Einwohnerin und Einwohner. Das bevölkerungsreichste Land Nordrhein-Westfalen gab im Jahr 2021 insgesamt 126,02 Euro pro Kopf für Kultur aus. Zusätzlich stellte der Bund 42,03 Euro je Einwohnerin und je Einwohner (+7,7 % gegenüber dem Vorjahr) zur Verfügung. Für alle Gebietskörperschaften zusammen betrachtet, lagen die Kulturausgaben deutschlandweit bei 179,59 Euro pro Kopf.

Methodische Hinweise zum Indikator VIII.1

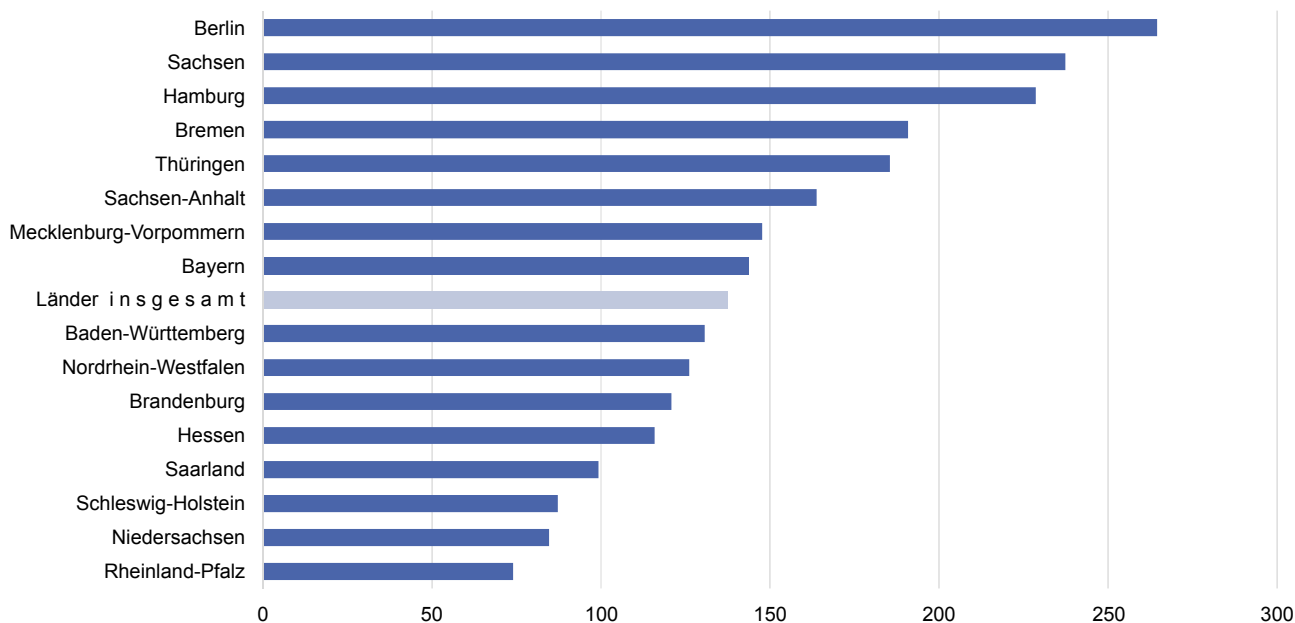
Die Datengrundlage für diesen Indikator bildet die amtliche Finanzstatistik. Dort werden verschiedene Ausgabearten und -konzepte unterschieden. Den hier dargestellten öffentlichen Ausgaben liegt das Grundmittelkonzept der Kulturfinanzstatistik zugrunde: Von den Ausgaben eines Aufgabenbereichs werden die jeweiligen zurechenbaren Einnahmen aus dem öffentlichen und nicht-öffentlichen Bereich abgezogen. Die Grundmittel zeigen damit die aus allgemeinen Haushaltsmitteln (Steuern, Mittel aus Finanzausgleich, Kreditmarktmittel und Rücklagen) zu finanzierenden Ausgaben eines bestimmten Aufgabenbereichs einschließlich der investiven Maßnahmen. Bei den Hochschulen wurden nur Kunsthochschulen öffentlicher Trägerschaft berücksichtigt, nicht aber weitere Hochschularten mit einem kultur- oder kunstbezogenen Studienangebot und Kunsthochschulen in privater Trägerschaft. In Rheinland-Pfalz existiert keine eigenständige Kunsthochschule. Alle kunstbezogenen Studiengänge sind teilautonome Bereiche einer Hochschule. In Brandenburg wird durch die Änderung der Hochschulart der Hochschule Film und Fernsehen in Filmuniversität Babelsberg Konrad Wolf seit dem Berichtsjahr 2014 keine Kunsthochschule mehr ausgewiesen. Daher sind in der Kulturfinanzstatistik für Rheinland-Pfalz und seit 2014 für Brandenburg keine öffentlichen Ausgaben für öffentliche Kunsthochschulen vorhanden.

Tabelle VIII.1

Öffentliche Ausgaben (Grundmittel) für Kultur nach Gebietskörperschaften

Gebietskörperschaft	2011	2020 (vorläufiges Ist)	2021 (vorläufiges Ist)			
	Kulturausgaben insgesamt		je Einwohnerin und Einwohner	Anteil am Brutto- inlandsprodukt	Anteil am Gesamthaushalt	
	Millionen Euro		Euro	%		
Baden-Württemberg	1 055,3	1 450,3	1 453,2	130,63	0,27	1,85
Bayern	1 202,5	1 889,3	1 885,0	143,46	0,28	1,89
Berlin	623,7	914,7	972,7	264,50	0,59	2,78
Brandenburg	234,1	310,7	305,7	120,78	0,38	1,86
Bremen	105,0	129,0	129,1	190,86	0,37	1,87
Hamburg	263,1	416,9	423,9	228,63	0,32	2,17
Hessen	636,6	719,7	729,2	115,88	0,24	1,57
Mecklenburg-Vorpommern	145,5	213,9	237,9	147,66	0,48	2,07
Niedersachsen	543,3	684,7	677,1	84,61	0,21	1,39
Nordrhein-Westfalen	1 552,4	2 170,1	2 259,0	126,02	0,30	1,76
Rheinland-Pfalz	269,4	293,7	303,5	74,05	0,19	1,15
Saarland	67,7	92,2	97,6	99,23	0,27	1,64
Sachsen	665,8	989,8	963,0	237,38	0,71	3,81
Sachsen-Anhalt	304,1	362,8	357,2	163,80	0,53	2,49
Schleswig-Holstein	173,4	260,8	253,9	87,22	0,24	1,29
Thüringen	297,7	372,3	393,2	185,46	0,59	3,10
Länder insgesamt (einschl. Gemeinden)	8 139,6	11 270,9	11 441,3	137,54	0,32	1,92
darunter Gemeinden	4 215,5	5 673,9	5 828,5	70,06	0,16	2,24
Bund	1 245,9	3 246,3	3 498,8	42,03	0,10	1,34
Gebietskörperschaften insgesamt	9 385,5	14 517,2	14 940,1	179,59	0,41	1,74

Abbildung VIII.1

Öffentliche Ausgaben (Grundmittel, vorläufiges Ist) der Länder¹⁾ für Kultur je Einwohnerin und Einwohner im Jahr 2021 (in Euro)

1) Länderergebnisse einschl. der Ausgaben der Gemeinden.

© Statistische Ämter des Bundes und der Länder

VIII.2 Ausgaben der privaten Haushalte für ausgewählte Kulturgüter (2022)

Indikatorenbeschreibung

Der Indikator gibt Aufschluss über die Ausgaben der privaten Haushalte für ausgewählte Kulturgüter. Er ist damit ein Maß für die Kulturrezeption und den Kulturkonsum durch die Bevölkerung. Durch den Bezug dieser Ausgaben auf die Konsumausgaben insgesamt drückt der Indikator den Stellenwert aus, den die Kultur im Rahmen der gesamten privaten Konsumausgaben hat.

Im Schnitt gab 2022 jeder Haushalt 2 940 Euro für Freizeit, Sport und Kultur aus

Die privaten Haushalte in Deutschland gaben im Jahr 2022 durchschnittlich 2 940 Euro für Freizeit, Sport und Kultur aus. Das entsprach 8,6 % der gesamten privaten Konsumausgaben. Der Vergleich der Ausgaben zwischen den westdeutschen und den ostdeutschen Ländern zeigt, dass die privaten Haushalte in Westdeutschland (2 964 Euro) etwas mehr für Freizeit, Unterhaltung und Kultur ausgaben als die Haushalte in Ostdeutschland (2 844 Euro). Werden die Ausgaben für ausgewählte Kulturgüter jedoch auf die Gesamtausgaben der privaten Haushalte bezogen, lagen die ostdeutschen Länder mit einem Anteil von 9,4 % über dem der westdeutschen Länder mit 8,4 %.

Größter Anteil der privaten Ausgaben für Kulturgüter entfiel auf Kulturdienstleistungen

Die Ausgaben für Freizeit, Sport und Kultur enthalten auch Ausgaben für den Erwerb von Musikinstrumenten und audiovisuellen Medien, Büchern (auch CD-ROMs, E-Book-Downloads), Zeitungen, Zeitschriften oder Kulturdienstleistungen. Ihr Anteil an den Ausgaben für Freizeit, Sport und Kultur betrug 2022 bundesweit insgesamt 22,4 %. Davon machten wiederum die Kulturdienstleistungen (z. B. Besuch von Kino-, Theater-, Konzert- oder Zirkusveranstaltungen) den größten Anteil aus. Hierfür gaben die privaten Haushalte durchschnittlich 288 Euro (9,8 %) aus, gefolgt von Ausgaben für Zeitungen, Zeitschriften und Ähnlichen mit 216 Euro (7,3 %). Etwas weniger wurde mit durchschnittlich 120 Euro für den Erwerb von Büchern (auch CD-ROMs, E-Book-Downloads) ausgegeben, was einem Anteil von 4,1 % entsprach. Den kleinsten Anteil an den kulturelevanten Ausgaben (1,2 %) machte der Erwerb von Musikinstrumenten und audiovisuellen Medien mit durchschnittlich 36 Euro je Haushalt aus. Die übrigen 2 280 Euro der Ausgaben für Freizeit, Sport und Kultur entfielen auf weniger kulturelevante Ausgaben wie zum Beispiel Pauschalreisen (27,3 %). Zwischen den ostdeutschen und den westdeutschen Ländern zeigte sich mit 2,5 Prozentpunkten der größte relative Unterschied der Ausgaben der privaten Haushalte für ausgewählte Kulturgüter des Bereichs „Freizeit, Sport und Kultur“ bei den Kulturdienstleistungen. Hier lag der Anteil in Ostdeutschland mit 11,8 % deutlich über dem in Westdeutschland mit 9,3 %.

Auch an den gesamten privaten Konsumausgaben ist der Anteil der Ausgaben für die oben ausgewählten Kulturgüter eher gering. Während bundesweit auf Kulturdienstleistungen 0,8 % der privaten Konsumausgaben entfielen, lagen die Anteile für Zeitungen, Zeitschriften und Ähnlichem mit 0,6 %, Bücher (auch CD-ROMs, E-Book-Downloads) mit 0,4 % und Musikinstrumente und audiovisuelle Medien mit 0,1 % noch darunter. Zwischen den ostdeutschen und den westdeutschen Ländern bestehen bei den relativen Ausgaben von diesen ausgewählten Kulturgütern, wenn überhaupt, nur geringe Unterschiede.

Methodische Hinweise zum Indikator VIII.2

Die hier dargestellten Ausgaben der privaten Haushalte stammen aus den Laufenden Wirtschaftsrechnungen (LWR). Dabei handelt es sich um eine Quotenstichprobe, für die in Deutschland jährlich knapp 8 000 Haushalte zu deren Einkommen, Einnahmen und Ausgaben, Konsumgewohnheiten, Wohnverhältnissen und Ausstattung mit Gebrauchsgütern befragt werden. Die Teilnahme an den LWR ist freiwillig. Die Auswertung der Ergebnisse erfolgt auf nationaler Ebene für Deutschland insgesamt sowie getrennt nach westdeutschen und ostdeutschen Ländern. Daten zu den einzelnen Bundesländern lagen nicht vor. Für den Indikator werden jene Ausgaben der Haushalte gruppiert, aus denen sich auch kulturelevante Ausgabenpositionen identifizieren lassen. Bei der Interpretation der Ergebnisse ist zu beachten, dass die zusammengefasste Darstellung mit den Bereichen Freizeit, Sport und Kultur auch nichtkulturelevante Ausgaben enthält. Seit der LWR 2022 findet die Systematik der Einnahmen und Ausgaben der privaten Haushalte (SEA) 2021 Anwendung. Im Vergleich zur SEA 2013, die bei den LWR 2014 bis 2021 angewendet wurde, gab es bei der SEA 2021 einige größere Änderungen in einzelnen Ausgabebereichen. Das betrifft auch den Bereich Freizeit, Sport und Kultur, der Änderungen gegenüber Bereich Freizeit, Unterhaltung und Kultur aus den Vorjahren aufweist, weshalb ein Vergleich mit den Vorjahren in diesem Indikator nicht vorgenommen wird.

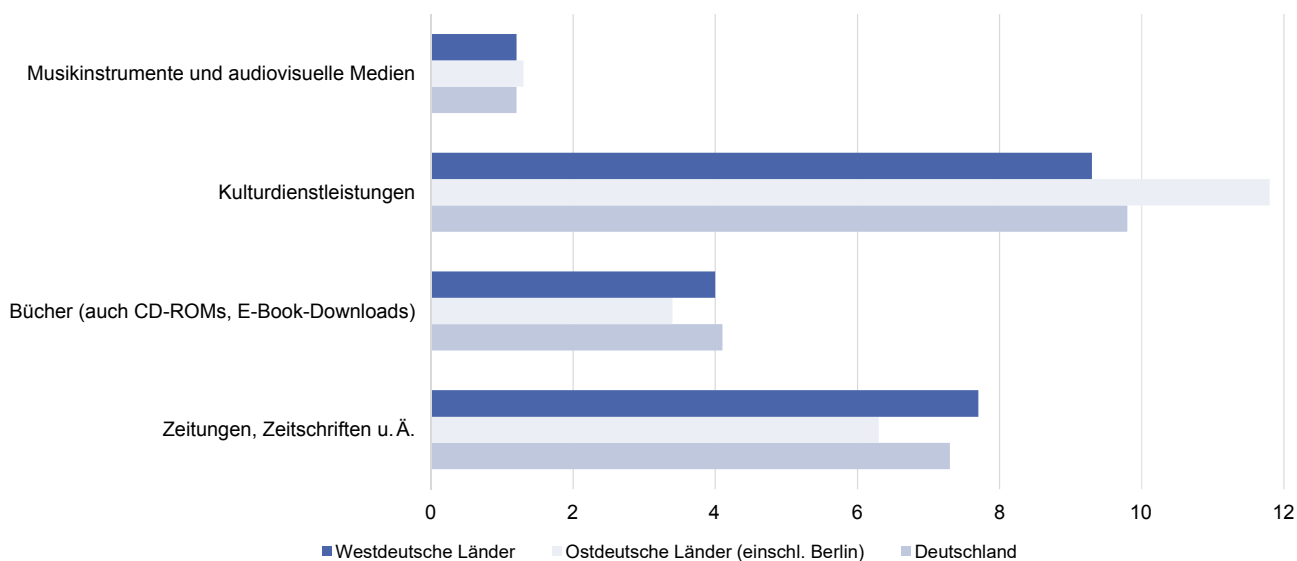
Tabelle VIII.2

Durchschnittliche Ausgaben der privaten Haushalte für ausgewählte Kulturgüter je Haushalt¹⁾ 2022 nach Ländergruppen

Art des Kulturguts	Ausgaben der privaten Haushalte		Anteil an den gesamten privaten Konsumausgaben
	Euro	%	%
Westdeutsche Länder			
Freizeit, Sport und Kultur	2 964	100	8,4
<i>darunter</i>			
Musikinstrumente und audiovisuelle Medien	36	1,2	0,1
Kulturdienstleistungen	276	9,3	0,8
Bücher (auch CD-ROMs, E-Book-Downloads)	120	4,0	0,3
Zeitungen, Zeitschriften u. Ä.	228	7,7	0,6
Ostdeutsche Länder (einschl. Berlin)			
Freizeit, Sport und Kultur	2 844	100	9,4
<i>darunter</i>			
Musikinstrumente und audiovisuelle Medien	36	1,3	0,1
Kulturdienstleistungen	336	11,8	1,1
Bücher (auch CD-ROMs, E-Book-Downloads)	96	3,4	0,3
Zeitungen, Zeitschriften u. Ä.	180	6,3	0,6
Deutschland			
Freizeit, Sport und Kultur	2 940	100	8,6
<i>darunter</i>			
Musikinstrumente und audiovisuelle Medien	36	1,2	0,1
Kulturdienstleistungen	288	9,8	0,8
Bücher (auch CD-ROMs, E-Book-Downloads)	120	4,1	0,4
Zeitungen, Zeitschriften u. Ä.	216	7,3	0,6

*) In einem Haushalt lebten im Berichtszeitraum durchschnittlich 2,0 Personen.

Abbildung VIII.2

Ausgaben der privaten Haushalte für ausgewählte Kulturgüter des Bereichs „Freizeit, Sport und Kultur“ je Haushalt¹⁾ 2022 nach Ländergruppen (in %)

1) In einem Haushalt lebten im Berichtszeitraum durchschnittlich 2,0 Personen.

© Statistische Ämter des Bundes und der Länder

Kapitel IX

Ausstattung privater Haushalte mit Unterhaltungselektronik, Informations- und Kommunikationstechnik

IX.1 Ausstattungsgrad privater Haushalte mit Geräten der Unterhaltungselektronik (2022)

Indikatorenbeschreibung

Die Teilhabe an Kultur erfolgt neben dem direkten Besuch von kulturellen Veranstaltungen auch durch das Herunterladen oder Abspielen von Musik, Lesematerial und Filmen sowie das Spielen von Videospielen über unterhaltungselektronische Medien im heimischen Bereich. Der Indikator gibt differenziert nach ausgewählten Geräten der Unterhaltungselektronik den Anteil privater Haushalte, in denen entsprechende Geräte vorhanden sind, an allen privaten Haushalten an (Ausstattungsgrad⁶). Damit vermittelt er einen Eindruck über die Möglichkeiten der Kulturrezeption privater Haushalte von zu Hause aus.

Mehr als jeder zweite private Haushalt besaß ein Smart TV

Bei Geräten der Unterhaltungselektronik führen die Entwicklungen unter anderem dahin, dass sich zunehmend Funktionen in einem Einzelgerät finden, für die zuvor mehrere, separate Geräte notwendig waren. Bei modernen Fernsehgeräten gehört beispielsweise die internetbasierte Wiedergabemöglichkeit von TV-Sendungen und Online-Videodiensten inzwischen zur Standardausstattung. Dies kann den Erwerb eines DVD- oder Blu-Ray-Gerätes erübrigen. Ebenso bieten moderne Mobilfunktelefone einen Internetzugang, Video, Musikwiedergabe sowie hochwertige Kamerafunktionen.

Deutlicher Rückgang von DVD- und Blu-Ray-Geräten in den privaten Haushalten

Im Jahr 2022 waren in 98,1 % aller privaten Haushalte in Deutschland mindestens ein Mobiltelefon (inkl. Smartphone), in 91,7 % ein Flachbildfernseher sowie in 55,4 % ein DVD- und Blu-Ray-Gerät vorhanden. An der Entwicklung der Ausstattungszahlen dieser Unterhaltungs- und Kommunikationstechnologie wird der oben beschriebene Fortschritt besonders deutlich: Der Ausstattungsgrad in den Haushalten mit DVD- und Blu-Ray-Geräten lag bundesweit im Jahr 2012 bei 72,2 % und sank in den Folgejahren auf 55,4 % im Jahr 2022. Dagegen stieg die Ausstattung mit einem Flachbildfernseher deutlich von 58,9 % im Jahr 2012 auf 91,7 % im Jahr 2022 an. Der in 2022 erstmalig erfasste Ausstattungsgrad der privaten Haushalte mit einem Smart TV (einem mit dem Internet verbundenen Fernsehgerät) lag deutschlandweit bei 58,5 %.

Die weiteste Verbreitung in den privaten Haushalten im Jahr 2022 fanden, neben den bereits erwähnten Mobiltelefonen, Fernsehgeräte insgesamt mit einem Ausstattungsgrad von 96,5 %. West- und Ostdeutschland wiesen hier mit 96,4 % respektive 97,0 % annähernd gleiche Werte auf. Etwas größere Unterschiede zwischen den westdeutschen und den ostdeutschen Ländern als bei den Fernsehgeräten insgesamt gab es bei der Unterkategorie der Flachbildfernseher. Mit 93,5 % war hier ein etwas höherer Ausstattungsgrad in Ostdeutschland festzustellen, in Westdeutschland waren dies 91,2 %. Dagegen besaßen mehr private Haushalte in den westdeutschen Ländern (59,3 %) ein Smart TV als in den ostdeutschen (55,6 %).

Im Jahr 2022 waren außerdem 28,9 % der privaten Haushalte in Deutschland mit einer mobilen oder stationären Spielekonsole ausgestattet. Damit ist der Wert gegenüber 2012 mit 25,5 % leicht angestiegen. Die Haushalte in den westdeutschen Ländern besaßen im Jahr 2022 etwas häufiger (29,6 %) ein solches Gerät als die Haushalte in den ostdeutschen Ländern (26,2 %).

Methodische Hinweise zum Indikator IX.1

Die hier dargestellten Ausgaben der privaten Haushalte stammen aus den Laufenden Wirtschaftsrechnungen (LWR). Dabei handelt es sich um eine Quotenstichprobe, für die in Deutschland jährlich knapp 8 000 Haushalte zu deren Einkommen, Einnahmen und Ausgaben, Konsumgewohnheiten, Wohnverhältnissen und Ausstattung mit Gebrauchsgütern befragt werden. Die Teilnahme an den LWR ist freiwillig. Die Auswertung der Ergebnisse erfolgte auf nationaler Ebene für Deutschland insgesamt sowie getrennt nach westdeutschen und ostdeutschen Ländern. Daten zu den einzelnen Bundesländern liegen nicht vor. Zur Beurteilung des Ausstattungsgrades der privaten Haushalte mit Gütern der Unterhaltungselektronik, die eine Kulturrezeption ermöglichen, wurden hier stellvertretend einige Güter der Unterhaltungselektronik ausgewählt. Bei der Interpretation der Ergebnisse ist zu beachten, dass die hier angegebenen Ausstattungsgrade lediglich einen Hinweis geben auf die Möglichkeit des Zugangs zum kulturellen Angebot. Aussagen über die tatsächliche Nutzung für kulturelle Zwecke können daraus nicht abgeleitet werden.

Tabelle IX.1

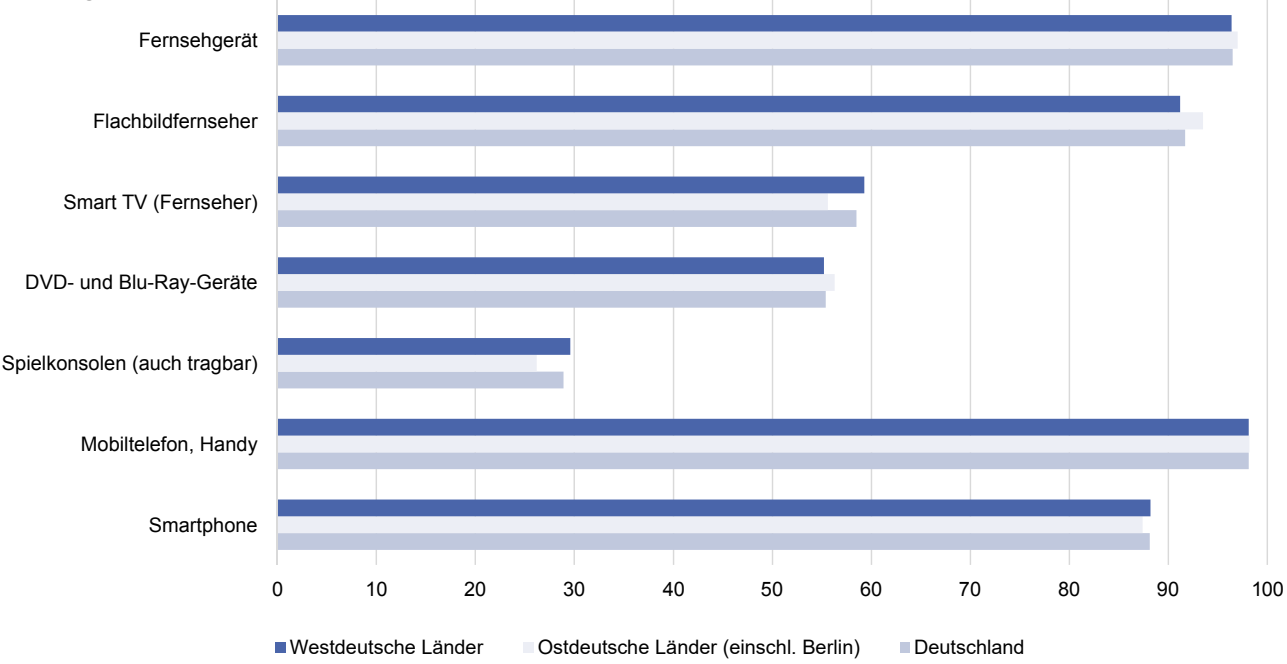
Ausstattungsgrad¹⁾ privater Haushalte mit ausgewählten Geräten der Unterhaltungselektronik nach Ländergruppen (in %)

Ausstattungsmerkmal	2012	2017	2020	2021	2022
Westdeutsche Länder					
Fernsehgerät	96,6	97,8	96,3	96,2	96,4
darunter Flachbildfernseher	58,5	86,5	90,4	90,6	91,2
Smart TV (Fernseher)	•	•	•	•	59,3
DVD- und Blu-Ray-Geräte	71,6	63,9	57,9	56,8	55,2
Spielekonsolen (auch tragbar)	26,4	27,2	29,5	30,5	29,6
Mobiltelefon, Handy	90,2	95,4	97,4	97,5	98,1
darunter Smartphone	•	•	84,7	85,7	88,2
Ostdeutsche Länder (einschl. Berlin)					
Fernsehgerät	95,7	97,6	97,1	96,3	97,0
darunter Flachbildfernseher	60,1	88,5	93,6	93,5	93,5
Smart TV (Fernseher)	•	•	•	•	55,6
DVD- und Blu-Ray-Geräte	74,3	68,8	61,4	59,9	56,3
Spielekonsolen (auch tragbar)	22,4	21,7	24,6	26,5	26,2
Mobiltelefon, Handy	90,7	95,7	97,7	97,9	98,2
darunter Smartphone	•	•	83,7	85,1	87,4
Deutschland					
Fernsehgerät	96,4	97,8	96,5	96,2	96,5
darunter Flachbildfernseher	58,9	86,9	91,1	91,2	91,7
Smart TV (Fernseher)	•	•	•	•	58,5
DVD- und Blu-Ray-Geräte	72,2	64,5	58,6	57,4	55,4
Spielekonsolen (auch tragbar)	25,5	26,1	28,5	29,6	28,9
Mobiltelefon, Handy	90,3	95,5	97,5	97,6	98,1
darunter Smartphone	•	•	84,5	85,6	88,1

*) Anteil der Haushalte, in denen entsprechende Geräte vorhanden waren.

Abbildung IX.1

Ausstattungsgrad¹⁾ privater Haushalte mit ausgewählten Geräten der Unterhaltungselektronik 2022 nach Ländergruppen (in %)



1) Anteil der Haushalte, in denen entsprechende Geräte vorhanden waren.

© Statistische Ämter des Bundes und der Länder

IX.2 Ausstattungsgrad privater Haushalte mit Internetanschluss und Personalcomputer (2022)

Indikatorenbeschreibung

Die Ausstattung privater Haushalte mit Internetanschluss gibt einen Hinweis auf die Möglichkeit via Internetanschluss Zugang zum kulturellen Angebot zu haben. Kulturinteressierte in privaten Haushalten können sich über diesen modernen Verbreitungsweg mit Musik, Filmen, Lesematerial usw. versorgen. Der Indikator gibt den Anteil der privaten Haushalte mit einem Internetzugang^G bzw. einem Personalcomputer (PC) an allen Haushalten in Prozent an (Ausstattungsgrad^G).

2022 waren 95,5 % der privaten Haushalte in Deutschland mit einem Internetzugang ausgestattet

Immer weniger private Haushalte mit stationärem PC

Die Verbreitung und Rezeption von kulturellen Inhalten wie beispielsweise Musikstücken, Filmen sowie Literatur und Presse erfolgt zunehmend über das Internet. Im Vergleich zum Jahr 2021, in dem insgesamt 94,7 % der privaten Haushalte in Deutschland mit Internetzugang ausgestattet gewesen waren, stieg der Wert im Jahr 2022 leicht auf 95,5 %. Im Jahr 2012 war der Anteil mit 79,4 % noch deutlich niedriger. Damit hatten im Jahr 2022 gut 36,3 Millionen private Haushalte in Deutschland Zugang zum Internet. Für die ostdeutschen Länder zeigte sich zwischen 2012 und 2022 mit 19,3 Prozentpunkten ein etwas stärkerer Zuwachs beim Internetanschluss als bei den westdeutschen Ländern mit 15,1 Prozentpunkten. Trotz der relativ stärkeren Steigerung lag der Ausstattungsgrad in Ostdeutschland knapp unter dem in Westdeutschland.

Sinkende Mobilfunk- und Internetpreise sowie neuere Technologien ermöglichen eine immer flächendeckendere mobile Internetnutzung. Im Jahr 2022 waren deutschlandweit 63,4 % der privaten Haushalte mit einem mobilen Internetzugang ausgestattet. Fünf Jahre zuvor waren dies noch 53,1 % gewesen. Dabei zeigten sich in den west- und ostdeutschen Bundesländern tendenziell ähnliche Entwicklungen, obgleich in Ostdeutschland mit 68,1 % der Ausstattungsgrad der privaten Haushalte mit mobilem Internet um rund sechs Prozentpunkte höher lag als in Westdeutschland (62,2 %). Die Ausstattung privater Haushalte mit mobilem Internet schwankte mit dem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen sowie mit dem Alter der Haupteinkommensperson. Demnach hatten private Haushalte mit einem höheren Einkommen sowie Haupteinkommenspersonen jüngerer Altersgruppen auch häufiger einen mobilen Internetzugang. Im Jahr 2022 besaßen 52,7 % der Einkommensgruppe mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von unter 1 250 Euro einen entsprechenden Zugang, in der Einkommensgruppe von 3 500 bis unter 5 000 Euro betrug der Anteil schon 70,7 % und in der Einkommensgruppe 5 000 bis unter 18 000 Euro 74,0 %. In der Altersgruppe von 25 bis 34 Jahren gaben 73,1 % der Haupteinkommenspersonen an, einen mobilen Internetzugang zu besitzen. Bei der Altersgruppe von 70 bis 79 Jahren betrug dieser Anteil 55,7 % und bei der Altersgruppe ab 80 Jahren nur noch 38,1 %. Der bundesweite Ausstattungsgrad der privaten Haushalte mit einem PC erhöhte sich im Vergleich der Jahre 2012 und 2022 von 83,5 % auf 92,0 %. Während sich in diesem Zeitraum die Ausstattung mit einem stationären PC von 59,6 % auf 42,9 % reduzierte, stieg der Ausstattungsgrad der privaten Haushalte mit einem mobilen PC von 57,5 % auf 85,2 %.

85,2 % der privaten Haushalte in Deutschland besaßen 2022 einen mobilen PC

Die Erhebung zur Informations- und Kommunikationstechnologie in Haushalten (IKT-Erhebung^G) gibt Auskunft zur Internetnutzung mit Kulturbezug. Demnach hörten im Jahr 2022 44,0 % der Internetnutzerinnen und -nutzer Musik über Internetradio, Streaming-Dienste oder via Download und 57,8 % lasen Online-Nachrichten/-Zeitung/-Zeitschriften.

Methodische Hinweise zum Indikator IX.2

Die hier dargestellten Ausgaben der privaten Haushalte stammen aus den Laufenden Wirtschaftsrechnungen (LWR). Dabei handelt es sich um eine Quotenstichprobe, für die in Deutschland jährlich knapp 8 000 Haushalte zu deren Einkommen, Einnahmen und Ausgaben, Konsumgewohnheiten, Wohnverhältnissen und Ausstattung mit Gebrauchsgütern befragt werden. Die Teilnahme an den LWR ist freiwillig. Die Auswertung der Ergebnisse erfolgt auf nationaler Ebene für Deutschland insgesamt sowie getrennt nach westdeutschen und ostdeutschen Ländern. Daten zu den einzelnen Bundesländern lagen nicht vor. Zum gleichen Sachverhalt liegen auch aus anderen Quellen der amtlichen Statistik Auswertungen mit ähnlichen Ergebnissen vor (z. B. IKT-Erhebung^G), die jedoch aus methodischen Gründen nicht direkt miteinander vergleichbar sind. Bei der Interpretation der Ergebnisse ist zu beachten, dass der Ausstattungsgrad lediglich die Möglichkeit des Zugangs zum kulturellen Angebot über das Internet beschreibt. Aussagen über die tatsächliche Nutzung für kulturelle Zwecke können daraus nicht abgeleitet werden. Einige Hinweise zur Nutzung liefern die Daten der IKT-Erhebung.

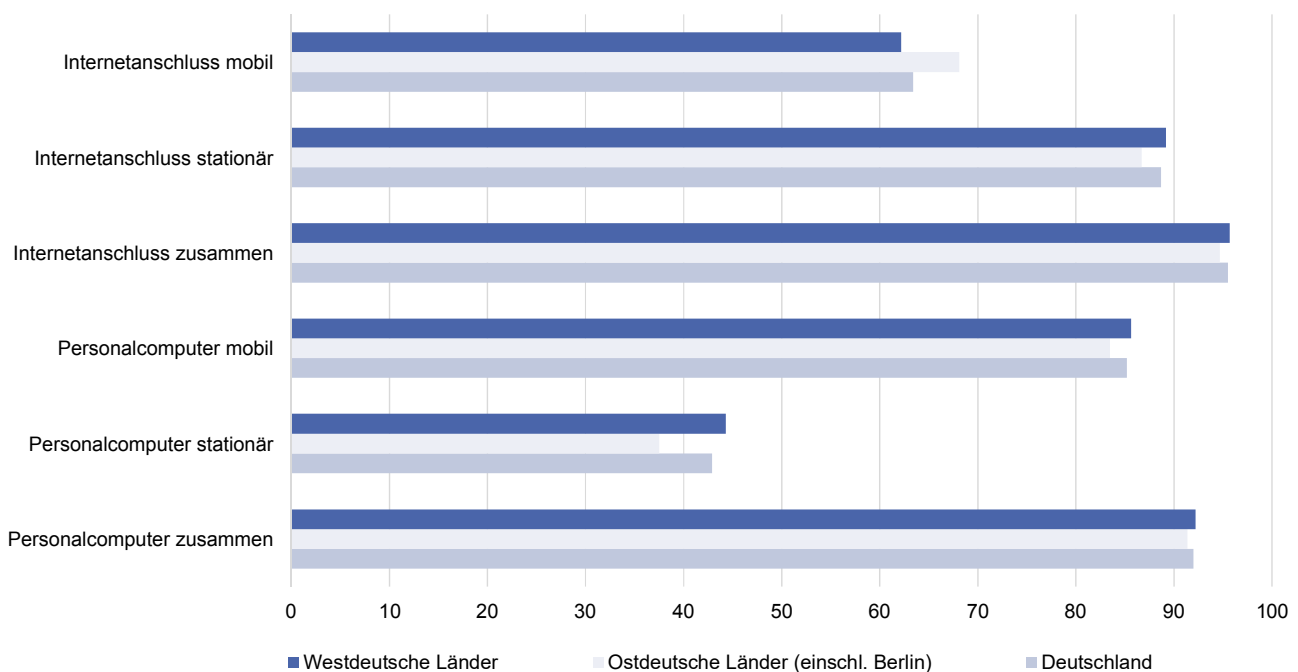
Tabelle IX.2

Ausstattungsgrad¹⁾ privater Haushalte mit Internetanschluss bzw. Personalcomputer nach Ländergruppen (in %)

Ausstattungsmerkmal	2012	2017	2020	2021	2022
Westdeutsche Länder					
Internetzugang, -anschluss	80,6	91,7	94,5	94,8	95,7
Stationär (z. B. DSL, Kabel)	•	87,1	88,3	89,4	89,2
Mobil (z. B. Smartphone, Surfstick)	•	53,7	63,5	63,4	62,2
Personalcomputer	84,5	90,4	92,3	92,6	92,2
Stationär	60,6	49,1	45,5	45,2	44,3
Mobil (Laptop, Tablet, Netbook)	58,9	79,8	83,9	85,4	85,6
Ostdeutsche Länder (einschl. Berlin)					
Internetzugang, -anschluss	75,4	89,1	93,5	94,3	94,7
Stationär (z. B. DSL, Kabel)	•	81,6	84,9	86,0	86,7
Mobil (z. B. Smartphone, Surfstick)	•	50,6	64,7	68,3	68,1
Personalcomputer	80,1	88,5	90,2	91,1	91,4
Stationär	55,8	46,5	38,2	39,1	37,5
Mobil (Laptop, Tablet, Netbook)	52,6	76,1	81,2	82,6	83,5
Deutschland					
Internetzugang, -anschluss	79,4	91,1	94,3	94,7	95,5
Stationär (z. B. DSL, Kabel)	•	85,9	87,6	88,7	88,7
Mobil (z. B. Smartphone, Surfstick)	•	53,1	63,7	64,4	63,4
Personalcomputer	83,5	90,0	91,9	92,3	92,0
Stationär	59,6	48,6	44,0	44,0	42,9
Mobil (Laptop, Tablet, Netbook)	57,5	79,0	83,4	84,8	85,2

*) Anteil der Haushalte, in denen ein Internetanschluss bzw. Personalcomputer vorhanden war.

Abbildung IX.2

Ausstattungsgrad¹⁾ privater Haushalte mit Internetanschluss und Personalcomputer 2022 nach Ländergruppen (in %)

1) Anteil der Haushalte, in denen ein Internetanschluss bzw. Personalcomputer vorhanden war.

© Statistische Ämter des Bundes und der Länder

Tabellenanhang:

- Bevölkerungszahlen nach Jahren und Bundesländern
- Bevölkerungszahlen am 31.12.2022 nach Altersgruppen und Bundesländern
- Kinobesuche nach Jahren und Bundesländern
- Leinwände (Kinosäle) nach Jahren und Bundesländern
- Versicherte in der Künstlersozialkasse 2024 nach Kulturbereichen und Bundesländern
- Sendezeiten in den analogen Hörfunkprogrammen der Landesrundfunkanstalten 2023 nach Programmressorts

Tabellenanhang

Bevölkerungszahlen nach Jahren*) und Bundesländern

Land	2012	2013	2014	2015	2016	2017
Baden-Württemberg	10 569 111	10 631 278	10 716 644	10 879 618	10 951 893	11 023 425
Bayern	12 519 571	12 604 244	12 691 568	12 843 514	12 930 751	12 997 204
Berlin	3 375 222	3 421 829	3 469 849	3 520 031	3 574 830	3 613 495
Brandenburg	2 449 511	2 449 193	2 457 872	2 484 826	2 494 648	2 504 040
Bremen	654 774	657 391	661 888	671 489	678 753	681 032
Hamburg	1 734 272	1 746 342	1 762 791	1 787 408	1 810 438	1 830 584
Hessen	6 016 481	6 045 425	6 093 888	6 176 172	6 213 088	6 243 262
Mecklenburg-Vorpommern	1 600 327	1 596 505	1 599 138	1 612 362	1 610 674	1 611 119
Niedersachsen	7 778 995	7 790 559	7 826 739	7 926 599	7 945 685	7 962 775
Nordrhein-Westfalen	17 554 329	17 571 856	17 638 098	17 865 516	17 890 100	17 912 134
Rheinland-Pfalz	3 990 278	3 994 366	4 011 582	4 052 803	4 066 053	4 073 679
Saarland	994 287	990 718	989 035	995 597	996 651	994 187
Sachsen	4 050 204	4 046 385	4 055 274	4 084 851	4 081 783	4 081 308
Sachsen-Anhalt	2 259 393	2 244 577	2 235 548	2 245 470	2 236 252	2 223 081
Schleswig-Holstein	2 806 531	2 815 955	2 830 864	2 858 714	2 881 926	2 889 821
Thüringen	2 170 460	2 160 840	2 156 759	2 170 714	2 158 128	2 151 205
Deutschland	80 523 746	80 767 463	81 197 537	82 175 684	82 521 653	82 792 351

*) Jeweils am 31.12.

Noch: Bevölkerungszahlen nach Jahren*) und Bundesländern

Land	2018	2019	2020	2021	2022	2023
Baden-Württemberg	11 069 533	11 100 394	11 103 043	11 124 642	11 280 257	11 339 260
Bayern	13 076 721	13 124 737	13 140 183	13 176 989	13 369 393	13 435 062
Berlin	3 644 826	3 669 491	3 664 088	3 677 472	3 755 251	3 782 202
Brandenburg	2 511 917	2 521 893	2 531 071	2 537 868	2 573 135	2 581 667
Bremen	682 986	681 202	680 130	676 463	684 864	691 703
Hamburg	1 841 179	1 847 253	1 852 478	1 853 935	1 892 122	1 910 160
Hessen	6 265 809	6 288 080	6 293 154	6 295 017	6 391 360	6 420 729
Mecklenburg-Vorpommern	1 609 675	1 608 138	1 610 774	1 611 160	1 628 378	1 629 464
Niedersachsen	7 982 448	7 993 608	8 003 421	8 027 031	8 140 242	8 161 981
Nordrhein-Westfalen	17 932 651	17 947 221	17 925 570	17 924 591	18 139 116	18 190 422
Rheinland-Pfalz	4 084 844	4 093 903	4 098 391	4 106 485	4 159 150	4 174 311
Saarland	990 509	986 887	983 991	982 348	992 666	994 424
Sachsen	4 077 937	4 071 971	4 056 941	4 043 002	4 086 152	4 089 467
Sachsen-Anhalt	2 208 321	2 194 782	2 180 684	2 169 253	2 186 643	2 180 448
Schleswig-Holstein	2 896 712	2 903 773	2 910 875	2 922 005	2 953 270	2 965 691
Thüringen	2 143 145	2 133 378	2 120 237	2 108 863	2 126 846	2 122 335
Deutschland	83 019 213	83 166 711	83 155 031	83 237 124	84 358 845	84 669 326

*) Jeweils am 31.12.

Bevölkerungszahlen am 31.12.2022 nach Altersgruppen und Bundesländern

Land	Insgesamt	Davon im Alter von				
		unter 6 Jahren	6 bis 9 Jahren	10 bis 14 Jahren	15 bis 18 Jahren	19 oder mehr Jahren
Baden-Württemberg	11 280 257	671 577	437 991	523 779	433 748	9 213 162
Bayern	13 369 393	791 944	508 921	598 574	486 955	10 982 999
Berlin	3 755 251	225 966	146 148	168 177	126 210	3 088 750
Brandenburg	2 573 135	130 109	99 940	121 931	90 479	2 130 676
Bremen	684 864	41 363	26 524	30 482	25 604	560 891
Hamburg	1 892 122	117 018	74 574	84 188	66 834	1 549 508
Hessen	6 391 360	370 765	248 668	299 695	243 971	5 228 261
Mecklenburg-Vorpommern	1 628 378	78 421	59 437	74 591	55 947	1 359 982
Niedersachsen	8 140 242	468 532	313 717	377 432	313 562	6 666 999
Nordrhein-Westfalen	18 139 116	1 060 746	703 968	842 706	692 811	14 838 885
Rheinland-Pfalz	4 159 150	238 802	158 537	187 447	152 452	3 421 912
Saarland	992 666	51 016	34 232	42 071	34 255	831 092
Sachsen	4 086 152	210 112	157 931	190 536	142 650	3 384 923
Sachsen-Anhalt	2 186 643	104 586	78 501	96 303	73 441	1 833 812
Schleswig-Holstein	2 953 270	158 595	109 695	135 410	111 552	2 438 018
Thüringen	2 126 846	102 002	79 120	96 197	72 646	1 776 881
Deutschland	84 358 845	4 821 554	3 237 904	3 869 519	3 123 117	69 306 751

Kinobesuche nach Jahren und Bundesländern

Land	Kinobesuche				
	2013	2014	2015	2016	2017
	in 1000				
Baden-Württemberg	17 973	16 726	19 041	16 445	16 495
Bayern	22 959	21 474	23 676	21 129	21 536
Berlin	9 402	9 182	10 077	9 297	9 409
Brandenburg	2 755	2 548	3 033	2 626	2 726
Bremen	1 895	1 808	2 006	1 693	1 720
Hamburg	4 157	3 969	4 395	3 966	4 019
Hessen	9 928	9 381	10 706	9 293	9 287
Mecklenburg-Vorpommern	2 070	1 919	2 284	1 943	2 017
Niedersachsen	10 835	10 369	12 331	10 296	10 445
Nordrhein-Westfalen	26 335	24 519	28 367	24 460	24 560
Rheinland-Pfalz	5 658	5 135	5 970	5 112	5 068
Saarland	1 291	1 169	1 351	1 131	1 118
Sachsen	5 343	4 994	5 870	5 100	5 204
Sachsen-Anhalt	2 813	2 633	3 091	2 658	2 658
Schleswig-Holstein	3 722	3 582	4 209	3 566	3 640
Thüringen	2 538	2 334	2 775	2 388	2 403
Deutschland	129 675	121 741	139 181	121 104	122 305

Quelle: Filmförderungsanstalt (FFA)

Noch: Kinobesuche nach Jahren und Bundesländern

Land	Kinobesuche					
	2018	2019	2020	2021	2022	2023
	in 1 000					
Baden-Württemberg	13 913	15 334	4 863	4 990	9 588	11 637
Bayern	18 492	20 348	6 046	6 992	13 200	16 365
Berlin	8 461	9 225	3 234	3 352	6 487	8 226
Brandenburg	2 368	2 688	871	965	1 884	2 179
Bremen	1 508	1 690	490	597	1 107	1 384
Hamburg	3 456	3 953	1 291	1 375	2 643	3 344
Hessen	7 955	8 973	2 896	3 129	5 791	7 305
Mecklenburg-Vorpommern	1 713	1 950	683	711	1 323	1 633
Niedersachsen	9 026	10 355	3 252	3 684	6 635	8 087
Nordrhein-Westfalen	21 021	24 401	7 994	9 271	16 017	19 645
Rheinland-Pfalz	4 354	4 942	1 512	1 753	3 209	3 920
Saarland	945	1 055	311	383	657	782
Sachsen	4 574	5 154	1 960	1 735	3 657	4 376
Sachsen-Anhalt	2 327	2 627	854	986	1 867	2 159
Schleswig-Holstein	3 115	3 565	1 101	1 313	2 368	2 819
Thüringen	2 127	2 352	738	815	1 543	1 792
Deutschland	105 356	118 612	38 095	42 051	77 975	95 653

Quelle: Filmförderungsanstalt (FFA)

Leinwände (Kinosäle) nach Jahren und Bundesländern

Land	Leinwände				
	2013	2014	2015	2016	2017
Baden-Württemberg	632	640	650	665	672
Bayern	800	812	832	843	850
Berlin	266	268	273	275	288
Brandenburg	133	133	137	138	142
Bremen	47	47	47	47	48
Hamburg	78	79	80	80	82
Hessen	319	318	330	337	339
Mecklenburg-Vorpommern	116	114	116	117	118
Niedersachsen	427	442	436	441	447
Nordrhein-Westfalen	861	861	854	867	884
Rheinland-Pfalz	199	193	202	203	201
Saarland	71	68	71	68	65
Sachsen	226	225	228	229	231
Sachsen-Anhalt	131	130	127	126	128
Schleswig-Holstein	168	169	170	165	172
Thüringen	136	138	139	138	136
Deutschland	4 610	4 637	4 692	4 739	4 803

Quelle: Filmförderungsanstalt (FFA)

Noch: Leinwände (Kinosäle) nach Jahren und Bundesländern

Land	Leinwände					
	2018	2019	2020	2021	2022	2023
Baden-Württemberg	680	691	672	676	669	658
Bayern	858	859	859	865	871	869
Berlin	291	284	275	281	279	283
Brandenburg	142	152	150	153	155	159
Bremen	48	49	49	47	47	48
Hamburg	86	87	90	89	89	91
Hessen	332	346	345	345	347	355
Mecklenburg-Vorpommern	120	141	143	140	142	140
Niedersachsen	457	462	459	452	444	435
Nordrhein-Westfalen	884	909	910	908	892	900
Rheinland-Pfalz	212	224	225	225	230	212
Saarland	66	67	64	64	62	61
Sachsen	238	247	247	247	241	248
Sachsen-Anhalt	127	130	131	133	135	136
Schleswig-Holstein	170	175	175	175	176	175
Thüringen	138	138	132	131	132	131
Deutschland	4 849	4 961	4 926	4 931	4 911	4 901

Quelle: Filmförderungsanstalt (FFA)

Versicherte in der Künstlersozialkasse 2024 nach Kulturbereichen und Bundesländern

Land	Insgesamt	Davon							
		Wort		Bildende Kunst		Musik		Darstellende Kunst	
		Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Baden-Württemberg	19 795	3 317	16,8	6 750	34,1	6 996	35,3	2 732	13,8
Bayern	28 956	6 410	22,1	10 397	35,9	7 934	27,4	4 215	14,6
Berlin	41 020	8 600	21,0	14 137	34,5	8 758	21,4	9 525	23,2
Brandenburg	4 384	868	19,8	1 440	32,8	1 232	28,1	844	19,3
Bremen	1 884	320	17,0	655	34,8	598	31,7	311	16,5
Hamburg	13 036	2 915	22,4	5 101	39,1	2 772	21,3	2 248	17,2
Hessen	11 687	2 221	19,0	3 953	33,8	3 881	33,2	1 632	14,0
Mecklenburg-Vorpommern	1 948	304	15,6	777	39,9	580	29,8	287	14,7
Niedersachsen	10 383	2 005	19,3	3 550	34,2	3 424	33,0	1 404	13,5
Nordrhein-Westfalen	34 318	7 629	22,2	11 843	34,5	9 151	26,7	5 695	16,6
Rheinland-Pfalz	5 128	922	18,0	1 702	33,2	1 862	36,3	642	12,5
Saarland	1 036	167	16,1	314	30,3	430	41,5	125	12,1
Sachsen	8 309	1 426	17,2	2 825	34,0	2 665	32,1	1 393	16,8
Sachsen-Anhalt	2 076	334	16,1	870	41,9	553	26,6	319	15,4
Schleswig-Holstein	4 998	1 113	22,3	1 802	36,1	1 457	29,2	626	12,5
Thüringen	2 141	334	15,6	694	32,4	843	39,4	270	12,6
Deutschland	191 099	38 885	20,3	66 810	35,0	53 136	27,8	32 268	16,9

Quelle: Künstlersozialkasse (KSK)

Sendezeiten in den analogen Hörfunkprogrammen der Landesrundfunkanstalten 2023 nach Programmressorts

Landesrundfunkanstalt	Zugehörige Länder	Insgesamt ¹⁾	Darunter			
			Musik		davon	
		Stunden	Stunden	% ²⁾	Stunden	% ²⁾
Bayerischer Rundfunk (BR)	Bayern	45 380	21 526	47,4	9 448	20,8
Hessischer Rundfunk (HR)	Hessen	52 751	30 290	57,4	18 033	34,2
Mitteldeutscher Rundfunk (MDR)	Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen	64 539	40 579	62,9	14 502	22,5
Norddeutscher Rundfunk (NDR)	Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Schleswig-Holstein	70 830	20 157	28,5	9 771	13,8
Radio Bremen (RB)	Bremen	35 040	19 143	54,6	11 131	31,8
Rundfunk Berlin-Brandenburg (RBB)	Berlin, Brandenburg	65 806	29 822	45,3	12 199	18,5
Saarländischer Rundfunk (SR)	Saarland	35 040	21 303	60,8	12 288	35,1
Südwestrundfunk (SWR)	Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz	74 133	51 523	69,5	29 986	40,4
Westdeutscher Rundfunk (WDR)	Nordrhein-Westfalen	53 361	33 511	62,8	11 987	22,5
Insgesamt	Deutschland	496 881	267 854	53,9	129 344	26,0

1) Einschl. Werbefunk. – 2) Anteil der Sendezeiten an den Gesamtsendestunden der Landesrundfunkanstalt. – – – Quelle: Arbeitsgemeinschaft der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten der Bundesrepublik Deutschland (ARD), eigene Berechnungen der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder

Noch: Sendezeiten in den analogen Hörfunkprogrammen der Landesrundfunkanstalten 2023 nach Programmressorts

Landesrundfunkanstalt	Noch: Darunter							
	noch: davon				Wort		darunter	
	Unterhaltungsmusik		Klassik				Kultur und Bildung	
	Stunden	% ²⁾	Stunden	% ²⁾	Stunden	% ²⁾	Stunden	% ²⁾
Bayerischer Rundfunk (BR)	3 611	8,0	8 467	18,7	23 532	51,9	4 547	10,0
Hessischer Rundfunk (HR)	6 581	12,5	5 676	10,8	21 937	41,6	2 889	5,5
Mitteldeutscher Rundfunk (MDR)	20 257	31,4	5 820	9,0	23 478	36,4	2 115	3,3
Norddeutscher Rundfunk (NDR)	3 654	5,2	6 732	9,5	50 482	71,3	5 879	8,3
Radio Bremen (RB)	7 330	20,9	683	1,9	15 549	44,4	5 280	15,1
Rundfunk Berlin-Brandenburg (RBB)	12 311	18,7	5 312	8,1	35 547	54,0	5 881	8,9
Saarländischer Rundfunk (SR)	4 325	12,3	4 690	13,4	13 356	38,1	2 585	7,4
Südwestrundfunk (SWR)	16 517	22,3	5 020	6,8	22 120	29,8	4 061	5,5
Westdeutscher Rundfunk (WDR)	15 288	28,6	6 237	11,7	19 550	36,6	7 732	14,5
Insgesamt	89 875	18,1	48 635	9,8	225 551	45,4	40 970	8,2

1) Einschl. Werbefunk. – 2) Anteil der Sendezeiten an den Gesamtsendestunden der Landesrundfunkanstalt. – – – Quelle: Arbeitsgemeinschaft der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten der Bundesrepublik Deutschland (ARD), eigene Berechnungen der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder

Glossar

Ausstattungsgrad

Der Ausstattungsgrad ist das statistische Maß dafür, wie viele Haushalte ein bestimmtes Gut besitzen; beispielsweise bedeutet ein Ausstattungsgrad von 96 % bei Mobiltelefonen, dass 96 von 100 Haushalten mindestens ein Mobiltelefon besitzen.

Bevölkerungszahl

Die Bevölkerungszahl (Einwohnerinnen und Einwohner) umfasst die Anzahl der Personen, die zu einem bestimmten Stichtag in einem bestimmten Gebiet leben. Aus redaktionellen Gründen wird die in dieser Veröffentlichung verwendete Bevölkerungszahl anhand der Bevölkerungsfortschreibung auf Grundlage des Zensus 2011 ermittelt. Die durch den Zensus 2022 revidierte Bevölkerungsfortschreibung wird in dieser Ausgabe noch nicht berücksichtigt, wird aber in späteren Ausgaben herangezogen. Hierdurch kann es künftig zu abweichenden Angaben kommen. Stichtag der in diesem Bericht zugrundeliegenden Bevölkerungszahlen ist der 31.12. des jeweiligen Jahres.

Bruttoinlandsprodukt

Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) ist ein Maß für die wirtschaftliche Leistung einer Volkswirtschaft in einem bestimmten Zeitraum. Das BIP misst den Wert der im Inland hergestellten Waren und Dienstleistungen (Wertschöpfung), soweit diese nicht als Vorleistung für die Produktion anderer Waren und Dienstleistungen verwendet werden. Die Veränderungsrate des Bruttoinlandsprodukts dient als Indikator für das Wirtschaftswachstum der Volkswirtschaften.

Denkmäler

In Deutschland besteht keine einheitliche Klassifikation von Denkmälern. Jedes Bundesland hat sein eigenes Denkmalschutzgesetz, in dem jeweils definiert wird, was als Denkmal anerkannt wird und anzuerkennen ist, sowie dass eine Denkmalliste zu führen ist. Gemein ist den jeweiligen Definitionen, dass Denkmäler als Sache, Sachgesamtheit oder Teile von Sachen gegenständlicher Art gelten, für deren Erhalt und Nutzung ein öffentliches Interesse besteht. Dieses öffentliche Interesse begründet sich häufig durch die historische, kulturell-künstlerische, wissenschaftliche, handwerkliche und technische Bedeutsamkeit. Denkmäler lassen sich typischerweise unterscheiden in Baudenkmäler, darunter zählen alle Einzelbaudenkmäler (Schlösser, Burgen etc.), Gartendenkmäler (Parks und Gärten) und Denkmalbereiche (z. B. historische Ortskerne) sowie in Bodendenkmäler (z. B. archäologisch bedeutsame Stätten) und in bewegliche, d. h. nicht ortsfeste Denkmäler (z. B. Schiffe oder Glocken, aber auch kleinere Einzelgegenstände wie Werkzeuge, Geräte, Schmuck etc.).

Erwerbstätige

Erwerbstätige sind nach der Definition der Internationalen Arbeitsorganisation Personen im Alter von 15 und mehr Jahren, die im Berichtszeitraum wenigstens eine Stunde für Lohn oder sonstiges Entgelt irgendeiner beruflichen Tätigkeit nachgehen bzw. in einem Arbeitsverhältnis stehen (einschl. Soldatinnen und Soldaten), selbstständig ein Gewerbe oder eine Landwirtschaft betreiben, einen freien Beruf ausüben oder als mithelfende Familienangehörige im Betrieb eines Familienmitglieds mitarbeiten, ohne dafür Lohn oder Gehalt zu beziehen.

Fachgebiete des Programmbereichs „Kultur, Gestalten“ in den Volkshochschulen

Die Kurse des Programmbereichs „Kultur, Gestalten“ in den Volkshochschulen werden in folgende Fachgebiete eingeteilt:

- Fachgebietsübergreifende/sonstige Kurse
- Literatur (Theorie)
- Literarische Praxis
- Theater/Tanz (Theorie)
- Theaterpraxis/Kleinkunst
- Tanzpraxis
- Kunst-/Kulturgeschichte
- Malen/Zeichnen/Drucktechniken
- Plastisches Gestalten
- Textiles Gestalten
- Handwerk/Kunsthandwerk
- Foto-, Film-, Audio- und sonstige Medienpraxis
- Musik (Theorie)
- Musikalische Praxis

Gender-Pay-Gap (GPG)

Der Gender Pay Gap beschreibt den Verdienstabstand pro Stunde zwischen Frauen und Männern. Dabei wird zwischen dem bereinigten und unbereinigten GPG unterschieden. Der unbereinigte GPG wird als Differenz zwischen den durchschnittlichen Bruttostundenverdiensten männlicher und weiblicher Beschäftigter im Verhältnis zum durchschnittlichen Bruttostundenverdienst männlicher Beschäftigter definiert. Der unbereinigte Gender Pay Gap vergleicht somit den Durchschnittsverdienst aller Arbeitnehmerinnen bzw. Arbeitnehmer über alle Branchen und Berufe in allgemeiner Form miteinander ohne Berücksichtigung individueller Merkmale. Die Ursachen und Hintergründe des geschlechtsbedingten Verdienstunterschieds macht dieser Indikator nicht deutlich. Bei dem bereinigten GPG wird der Teil des Verdienstunterschieds herausgerechnet, der auf strukturelle Unterschiede zwischen den Geschlechtern zurückzuführen ist, wie Unterschiede im Hinblick auf Beruf, Branche, Beschäftigungsumfang, Qualifikation oder Karrierelevel. Der bereinigte Gender Pay Gap beschreibt somit den Verdienstunterschied von Frauen und Männern in einer vergleichbareren Situation. Der bereinigte Gender Pay Gap ist als „Obergrenze“ der Verdienstdiskriminierung zu verstehen, da nicht sämtliche verdienstrelevanten Einflussfaktoren für die Analyse zur Verfügung stehen. So liegen zum Beispiel in der Verdiensterhebung keine Angaben zu familienbedingten Erwerbsunterbrechungen vor.

IKT-Erhebung

Die IKT-Erhebung ist eine jährliche europäische Stichprobenerhebung der amtlichen Statistik über die private Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) der privaten Haushalte. Bei der Befragung werden Daten zur Ausstattung und zur Nutzung moderner Informations- und Kommunikationstechnologien erhoben, insbesondere von Computer und Internet. Die Schwerpunkte liegen auf Fragen zu der Art, der Häufigkeit und den ausgewählten Zwecken der Internetnutzung (z. B. E-Government, E-Commerce oder E-Learning). Zusätzlich werden Informationen darüber erhoben, welche Bedenken und Hindernisse die Menschen vom direkten Kontakt mit neuen Technologien abhalten.

Internetzugang

Im Fragebogen für die privaten Haushalte der Laufenden Wirtschaftsrechnungen wird zwischen mobilem (z. B. Smartphone, Surfstick) und stationärem (z. B. DSL, Kabel) Internetzugang unterschieden. Dahinter steht die Differenzierung zwischen der jeweiligen Verbindungsart zum Internet: Während der stationäre Internetzugang in der Regel an den entsprechenden stationären Telefonanschluss des jeweiligen Zugangsorts gebunden ist, wird der mobile Internetzugang über eine Funkverbindung hergestellt, der sich über mobile Geräte wie Smartphones oder Surfsticks in der Regel ortsunabhängig aktivieren lässt.

Kulturberufe

Die Abgrenzung der kulturelevanten Berufsgruppen erfolgte durch die Abstimmung im Arbeitskreis Kulturstatistik auf Grundlage bisheriger Abgrenzungen durch das Statistische Bundesamt und den Ergebnissen des European Statistical System Network (ESSnet) zum Bereich „Kultur“. Bei der Entscheidung für Kulturberufsgruppen wurde nach dem Schwerpunktprinzip vorgegangen, wonach jene Berufsgruppen einbezogen wurden, die einen kulturelevanten Anteil von mindestens 50 % besaßen (bspw. Lehrtätigkeiten an außerschulischen Bildungseinrichtungen). Für die statistische Betrachtung wurden als Kulturberufe folgende 22 Berufsgruppen (darunter acht Berufsgruppen ohne Auszubildende) berücksichtigt:

- Technische Mediengestaltung
- Fototechnik und Fotografie
- Buch-, Kunst-, Antiquitäten- und Musikfachhandel
- Veranstaltungsservice und -management
- Medien-, Dokumentations- und Informationsdienste
- Lehrtätigkeiten an außerschulischen Bildungseinrichtungen (ohne Auszubildende)
- Geisteswissenschaften (ohne Auszubildende)
- Verlags- und Medienwirtschaft
- Redaktion und Journalismus (ohne Auszubildende)
- Produkt- und Industriedesign
- Innenarchitektur, visuelles Marketing, Raumausstattung
- Kunsthandwerk und bildende Künste
- Kunsthandwerkliche Keramik- und Glasgestaltung
- Kunsthandwerkliche Metallgestaltung
- Musikinstrumentenbau
- Musik-, Gesangs- und Dirigententätigkeiten (ohne Auszubildende)
- Schauspiel, Tanz und Bewegungskunst (ohne Auszubildende)
- Moderation und Unterhaltung (ohne Auszubildende)
- Theater-, Film- und Fernsehproduktion (ohne Auszubildende)
- Veranstaltungs-, Kamera- und Tontechnik
- Bühnen- und Kostümbildnerei, Requisite
- Museumstechnik und -management (ohne Auszubildende)

Studienbereiche und Studienfächer der Fächergruppe „Kunst, Kunstwissenschaft“ an den Hochschulen nach Studienbereichen

Die Studienfächer der Fächergruppe „Kunst, Kunstwissenschaft“ an den Hochschulen sind einzelnen Studienbereichen zugeordnet:

Studienbereiche	Studienfächer
Kunst, Kunstwissenschaft allgemein	Interdisziplinäre Studien (Schwerpunkt Kunst, Kunstwissenschaft) Kunsterziehung, Kunstgeschichte, Kunstwissenschaft Restaurierungskunde
Bildende Kunst	Bildende Kunst/Grafik Bildhauerei/Plastik Malerei Neue Medien
Gestaltung	Angewandte Kunst Edelstein- und Schmuckdesign Grafikdesign/Kommunikationsgestaltung Industriedesign/Produktgestaltung Textilgestaltung Werkerziehung
Darstellende Kunst, Film und Fernsehen, Theaterwissenschaften	Darstellende Kunst/Bühnenkunst/Regie Film und Fernsehen Schauspiel Tanzpädagogik Theaterwissenschaft
Musik, Musikwissenschaft	Dirigieren Gesang Instrumentalmusik Jazz und Populärmusik Kirchenmusik Komposition Musikerziehung Musikwissenschaft/-geschichte Orchestermusik Rhythmik Tonmeister

Öffentlicher Gesamthaushalt

Der öffentliche Gesamthaushalt umfasst die staatlichen Haushalte des Bundes, der Länder und der kommunalen Haushalte. Zu den Erhebungseinheiten zählen im Einzelnen:

- Bund
- Kamerale Sondervermögen des Bundes (unvollständig)
- Länder einschließlich der Stadtstaaten Berlin, Bremen, Hamburg und kamerale Sondervermögen der Länder (unvollständig)
- Gemeinden und Gemeindeverbände
- Kommunale Zweckverbände

Quotensummenverfahren

Zunächst wird für jeden einzelnen Altersjahrgang der Bevölkerung der Anteil der Erstabsolventinnen und Erstabsolventen berechnet. Die Anteile werden anschließend addiert, sodass alle Absolventinnen und Absolventen mit in die Kennzahl eingehen.

Tageszeitungen

Tageszeitungen lassen sich unterteilen in: überregionale Abonnementzeitungen, lokale und regionale Abonnementzeitungen sowie Kaufzeitungen. Eine Abonnementzeitung ist jenes Verkaufsexemplar einer Zeitung, das überwiegend an feste und zahlende Einzelpersonen innerhalb eines bestimmten Zeitraumes geliefert wird. Die große Masse der Abonnementzeitungen ist lokal und regional geprägt. Kaufzeitungen erzielen ihren Umsatz überwiegend über den Einzel- bzw. Straßenverkauf.

Volkshochschulkurse

Volkshochschulen in Deutschland sind öffentliche Weiterbildungsinstitutionen mit breitem Fächerangebot. Die Kurse der Volkshochschulen werden nach der Volkshochschulstatistik des Deutschen Instituts für Erwachsenenbildung in die folgenden sieben Programmbereiche eingeteilt: „Politik, Gesellschaft, Umwelt“, „Kultur, Gestalten“, „Gesundheit“, „Sprachen“, „Qualifikationen für das Arbeitsleben- IT – Organisation/Management“ sowie „Schulabschlüsse – Studienzugang und -begleitung“ und „Grundbildung“.

Verwendete Datenquellen außerhalb der amtlichen Statistik

Arbeitsgemeinschaft der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten der Bundesrepublik Deutschland (ARD), www.ard.de

Börsenverein des Deutschen Buchhandels e.V., Frankfurt am Main, www.boersenverein.de

Bundesarchitektenkammer e.V. (BAK), Berlin, www.bak.de

Bundesverband Digitalpublisher und Zeitungsverleger e.V. (BDZV), Berlin, www.bdzv.de

Deutscher Bühnenverein e.V. – Bundesverband der Theater und Orchester, Köln, www.buehnenverein.de

Deutsches Institut für Erwachsenenbildung e.V. (DIE), Bonn, www.die-bonn.de

Filmförderungsanstalt (FFA), Berlin, www.ffa.de

Hochschulbibliothekszentrum des Landes Nordrhein-Westfalen (hbz), Deutsche Bibliotheksstatistik (DBS), Köln, www.hbz-nrw.de

Informationsgemeinschaft zur Feststellung der Verbreitung von Werbeträgern e.V. (IVW), Berlin, www.ivw.de

Institut für Museumsforschung der Staatlichen Museen zu Berlin, Berlin, www.smb.museum

Unfallversicherung Bund und Bahn, Geschäftsbereich Künstlersozialversicherung (Künstlersozialkasse, KSK), Wilhelmshaven, www.kuenstlersozialkasse.de

Verband deutscher Musikschulen e.V. (VdM), Bonn, www.musikschulen.de

Zeitungsmarktforschung Gesellschaft der deutschen Zeitungen (ZMG) mbH, Frankfurt am Main, www.zmg.de

Hinweis:

Zu den verwendeten Datenquellen zählt auch die Erhebung der Länderdaten der Kultusministerkonferenz (KMK, Berlin, www.kmk.org) zu den Belegungen von Kursen in der gymnasialen Oberstufe (Qualifikationsphasen I und II) der Integrierten Gesamtschulen und Gymnasien.

Literatur aus dem Projekt „Bundesweite Kulturstatistik“

Statistische Ämter des Bundes und der Länder (Hrsg.) (2024a): Kulturfinanzbericht. Wiesbaden.

Statistische Ämter des Bundes und der Länder (Hrsg.) (2024b): Kulturindikatoren | kompakt. Wiesbaden.

Statistische Ämter des Bundes und der Länder (Hrsg.) (2024c): Kulturindikatoren auf einen Blick – Ein Ländervergleich. Wiesbaden.

Statistisches Bundesamt (2024): Zeitverwendung für Kultur und kulturelle Aktivitäten in Deutschland – Sonderauswertung der Zeitverwendungserhebung 2022. Wiesbaden.

Statistisches Bundesamt (2022): Spartenbericht Literatur und Presse. Wiesbaden.

Statistisches Bundesamt (2021a): Erwerbstätige in Kultur und Kulturwirtschaft. Sonderauswertung aus dem Mikrozensus. Wiesbaden.

Statistisches Bundesamt (2021b): Spartenbericht Bildende Kunst. Wiesbaden.

Statistisches Bundesamt (2021c): Spartenbericht Darstellende Kunst. Wiesbaden.

Statistisches Bundesamt (2020): Spartenbericht Soziokultur und Kulturelle Bildung. Wiesbaden.

Statistisches Bundesamt (2019): Spartenbericht Film, Fernsehen und Hörfunk. Wiesbaden.

Statistisches Bundesamt (2018): Spartenbericht Baukultur, Denkmalschutz und Denkmalpflege. Wiesbaden.

Statistisches Bundesamt (2017): Spartenbericht Museen, Bibliotheken und Archive. Wiesbaden.

Statistisches Bundesamt (2016): Spartenbericht Musik. Wiesbaden.

Statistisches Bundesamt (2015): Beschäftigung in Kultur und Kulturwirtschaft. Sonderauswertung aus dem Mikrozensus. Wiesbaden.

Hinweis:

Alle Veröffentlichungen der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder aus dem Projekt „Bundesweite Kulturstatistik“ sind online verfügbar unter: www.statistikportal.de

Alle Veröffentlichungen des Statistischen Bundesamtes aus dem Projekt „Bundesweite Kulturstatistik“ sind online verfügbar unter: https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bildung-Forschung-Kultur/Kultur/_inhalt.html

Die Gemeinschaftsveröffentlichung „Kulturindikatoren auf einen Blick 2024“ der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder wurde vom Hessischen Statistischen Landesamt erstellt und vom Arbeitskreis Kulturstatistik begleitet.

Autorin

Yvonne Lieber

Unter Mitarbeit von

Annika Döringer

Charlotte Pfeil

Ulrike Schedding-Kleis

Mitglieder des Arbeitskreises Kulturstatistik

Ulrike Blumenreich	Institut für Kulturpolitik der Kulturpolitischen Gesellschaft e. V.
Pia Brugger	Statistisches Bundesamt
Dr. Angela Göllnitz	Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien
Franziska Hammer	Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur des Landes Brandenburg
Lieselotte Hofmann	Statistisches Bundesamt
Dr. Henning Krüger	Niedersächsisches Ministerium für Wissenschaft und Kultur
Yvonne Lieber	Hessisches Statistisches Landesamt
Anja Liersch	Statistisches Bundesamt
Dr. Marco Mundelius	Sekretariat der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland
Anja Papke	Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur des Landes Brandenburg
Ulrike Schedding-Kleis	Hessisches Statistisches Landesamt
Benno Schöfl	Hessisches Ministerium für Wissenschaft und Forschung, Kunst und Kultur
Christina Stausberg	Deutscher Städtetag
Marlon Suárez	Statistisches Bundesamt
Dr. Martin Szibalski	Statistisches Bundesamt
Susanne Wilhelm	Bayerisches Landesamt für Statistik

Adressen der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder

Statistisches Bundesamt

Statistisches Bundesamt

Gustav-Stresemann-Ring 11
65189 Wiesbaden
<https://www.destatis.de>
www.destatis.de/kontakt

Statistische Ämter der Länder

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

Raiffeisenplatz 5
70736 Fellbach
Telefon: 0711 641-2833
www.statistik-bw.de
auskunftsdienst@stala.bwl.de

Bayerisches Landesamt für Statistik

Nürnberger Str. 95
90762 Fürth
Telefon: 0911 98208-6563
www.statistik.bayern.de
info@statistik.bayern.de

Amt für Statistik Berlin-Brandenburg

Steinstraße 104-106
14480 Potsdam
Telefon: 0331 8173-1777
www.statistik-berlin-brandenburg.de
info@statistik-bbb.de

Statistisches Landesamt Bremen

An der Weide 14-16
28195 Bremen
Telefon: 0421 361-6070
www.statistik.bremen.de
info@statistik.bremen.de

Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein

Steckelhörn 12
20457 Hamburg
Telefon: 040 42831-1766
www.statistik-nord.de
info@statistik-nord.de

Hessisches Statistisches Landesamt

Rheinstraße 35/37
65185 Wiesbaden
Telefon: 0611 3802-0
www.statistik.hessen.de
info@statistik.hessen.de

Statistisches Amt Mecklenburg-Vorpommern

Lübecker Straße 287
19059 Schwerin
Telefon: 0385 58856-712
www.statistik-mv.de
statistik.auskunft@statistik-mv.de

Landesamt für Statistik Niedersachsen (LSN)

Göttinger Chaussee 76
30453 Hannover
Telefon: 0511 9898-1134
www.statistik.niedersachsen.de
auskunft@statistik.niedersachsen.de

Information und Technik Nordrhein-Westfalen

Geschäftsbereich Statistik
Mauerstraße 51
40476 Düsseldorf
Telefon: 0211 9449-2495
www.it.nrw.de
statistik-info@it.nrw.de

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Mainzer Straße 14-16
56130 Bad Ems
Telefon: 02603 71-4444
www.statistik.rlp.de
info@statistik.rlp.de

Statistisches Amt Saarland

Virchowstraße 7
66119 Saarbrücken
Telefon: 0681 501-5925
www.statistik.saarland.de
presse@statistik.saarland.de

Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen

Macherstraße 63
01917 Kamenz
Telefon: 03578 33-1913
www.statistik.sachsen.de
info@statistik.sachsen.de

Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt

Merseburger Straße 2
06112 Halle (Saale)
Telefon: 0345 2318-777
<https://statistik.sachsen-anhalt.de>
info@statistik.sachsen-anhalt.de

Thüringer Landesamt für Statistik

Europaplatz 3
99091 Erfurt
Telefon: 0361 57331-9642
www.statistik.thueringen.de
auskunft@statistik.thueringen.de

